

Chaja Boebel, Stefan Müller, Ulrike Obermayr (Hg.)

Vom Erinnern an den Anfang

70 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus – Was hat die IG Metall
daraus gelernt?



büchner

Chaja Boebel, Stefan Müller, Ulrike Obermayr (Hg.)

Vom Erinnern an den Anfang

**70 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus – Was hat
die IG Metall daraus gelernt?**

Impressum

Herausgeber

IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Gewerkschaftliche Bildungsarbeit
Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main
Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Druck und Bindung

Beltz Bad Langensalza GmbH

Redaktion

Chaja Boebel, Stefan Müller, Ulrike Obermayr

Umschlaggestaltung

Karsten Meier unter Verwendung des Fotos mit dem Titel „Protestaktion des DGB in München im Januar 1948“ (© AdsD der Friedrich- Ebert-Stiftung – Fotograf unbekannt) sowie Fotos aus Privatarchiven der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.

Satz und Layout

visualisierung & konzepte, Braunschweig

Abbildungen

Wir danken allen Zeitzeugen für die Überlassung der Fotos aus ihrem privaten Archiv.

In Fällen, in denen wir Rechteinhaber oder Rechtsnachfolger von Abbildungen nicht ermitteln konnten, fordern wir mögliche Rechteinhaber auf, mit den Herausgebern in Kontakt zu treten.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

Printed in Germany

IG Metall-Produktnummer: 33409-59964

ISBN 978-3-941310-39-1

© Büchner-Verlag eG, Darmstadt
www.buechner-verlage.de

Alle Rechte vorbehalten

Inhalt

Vorwort	4
<i>Chaja Boebel, Stefan Müller, Ulrike Obermayr</i>	
Über dieses Projekt	5
Nachkriegszeit/Kindheitserlebnisse	7
<i>Ulrike Obermayr</i>	
Die ersten Jahre nach dem Krieg	7
Zeitzeugen: Biographien und Kindheitserlebnisse	9
Wiederaufbau	19
<i>Karl Lauschke</i>	
Wiederaufbau der Gewerkschaften 1945	19
<i>Christian Hall</i>	
Einheit um jeden Preis – Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB)	25
Zeitzeugen-Statements zum Kapitel: Wiederaufbau	29
Nachwirkungen der NS-Zeit	41
<i>Christian Raabe</i>	
Die Wirkung des Frankfurter Auschwitz-Prozesses (1963–1965) in der Öffentlichkeit	41
<i>Holger Gorr</i>	
Die Diskussion in der IG Metall über Schuld und Verantwortung in den Nachkriegsjahren ...	45
Zeitzeugen-Statements zum Kapitel: Nachwirkungen der NS-Zeit.....	53
Politisch-kulturelle Entwicklungen in der jungen BRD	59
<i>Stefan Müller</i>	
Nach dem Krieg: Neuordnung oder Westintegration	59
<i>Albert Fußmann</i>	
Jugendkultur(en) in Westdeutschland von 1945 bis 1960	65
Zeitzeugen-Statements zum Kapitel: Politisch-kulturelle Entwicklungen in der jungen BRD..	71
Gewerkschaftliche Identität/gewerkschaftliche Bildung	75
<i>Witich Roßmann</i>	
„Kollektives Gedächtnis“ und gewerkschaftliche Orientierung	75
<i>Chaja Boebel, Ulrike Obermayr</i>	
Sich seiner selbst bewusst werden, um selbstbewusst zu handeln	83
Zeitzeugentexte zum Kapitel: Gewerkschaftliche Identität/gewerkschaftliche Bildung	89
Anhang	95
Zu den Autorinnen und Autoren	95

Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
70 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus – wir möchten erinnern. Wir lassen Kolleginnen und Kollegen sprechen, wir dokumentieren ihre Erfahrungen. Die Erlebnisse und Berichte zeigen, wie wichtig eine wehrhafte Demokratie und wie unverzichtbar Asyl- und Menschenrechte sind.

Für diese gilt es sich auch heute immer wieder konsequent einzusetzen.

Seit Monaten machen Rechtsextreme Stimmung gegen das Recht auf Asyl, verunglimpfen Menschen, die vor Krieg, Folter und Verfolgung aus ihrem Heimatland geflohen sind, und schrecken auch vor verbrecherischen Methoden wie Brandstiftung nicht zurück.

Gleichzeitig bieten viele Menschen, auch Metallerinnen und Metaller, Hilfe und Unterstützung an. Die große Solidarität ist beeindruckend. Sie zeigen: Dumpfer Rassismus, Gewalt und Hass haben hier keinen Platz.

Sympathie und Respekt entstehen insbesondere aus Begegnungen mit Menschen, mit ihrer Vergangenheit und unserer Geschichte. Zu diesen Begegnungen lädt das vorliegende Buch ein.

„Wer keine Vergangenheit hat, dem fehlt die Kraft für die Zukunft“, warnte der Soziologe Oskar Negt. Das vorliegende Lesebuch erinnert mit Texten, Bildern und Interviews an die Befreiung vom Nationalsozialismus. Zeitzeugen berichten über die Jahre vom Kriegsende bis zum Frankfurter Auschwitzprozess und dem Prozess gegen Eichmann Anfang der sechziger Jahre.

Auch für die Gewerkschaften ging es nach 1945, in Ost- und Westdeutschland, um einen Wiederaufbau. Was haben sie aus Diktatur und Krieg gelernt, welche Schlussfolgerungen haben sie gezogen? Dazu bietet dieses Buch viele Informationen und Erläuterungen, wobei natürlich die IG Metall im Fokus steht.

Engagierte Zeitzeugen aus der IG Metall haben das Wort. Ihrer Bereitschaft, sich an diesem Projekt zu beteiligen, gilt mein besonderer Dank. Unsere älteste Gesprächspartnerin, Maria Burgi aus Ulm, Ehrenmitglied der IG Metall, war zum Zeitpunkt des Interviews 102 Jahre alt. Ihre Geschichte wird jede Leserin und jeden Leser beeindrucken. Neben dem Werdegang, dem familiären und politischen Umfeld haben uns besonders die persönlichen Erlebnisse nach Kriegsende interessiert, der Zugang zur Gewerkschaft und die Erfahrungen mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus im Alltag.

Die Interviews sind auch in einem Film zusammengefasst, der es lohnt, angesehen zu werden, und der sich für den Einsatz in unseren Bildungsveranstaltungen eignet.

Ich danke der Projektgruppe und dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung für dieses Buch und wünsche allen Leserinnen und Lesern eine erkenntnisreiche Lektüre.

Irene Schulz

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Chaja Boebel, Stefan Müller, Ulrike Obermayr

Über dieses Projekt

Unter dem Arbeitstitel „70 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus“ hat der Funktionsbereich Gewerkschaftliche Bildungsarbeit beim Vorstand der IG Metall mit Unterstützung des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung dieses kleine Projekt Ende 2014 initiiert, um ein geschichtliches Lesebuch mit Passagen aus Zeitzeugeninterviews zu erstellen.

Ziel der Publikation ist es, interessierte Mitglieder über die Zeit unmittelbar nach 1945 aus gewerkschaftlicher Sicht zu informieren. Eine Bearbeitung der Zeit des Nationalsozialismus selbst wollten wir nicht vornehmen, da es hierzu bereits zahlreiche Publikationen und aufbereitetes Material gibt, insbesondere für die Bildungsarbeit. Zum anderen war es uns ein Anliegen, mit Zeitzeugen über diese Phase zu sprechen und ihre Erinnerungen daran zu dokumentieren. Schließlich geht es uns aus aktuellen Anlässen – der wieder erstarkende Rassismus einerseits, Kriege und Bürgerkriege, die Menschen zu Millionen in die Flucht treiben, andererseits – darum, die Erfahrungen zu besprechen und zu dokumentieren, die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus politischer Verfolgung, Weltkrieg und der Ermordung der europäischen Juden gezogen haben.

Die Redaktionsgruppe legte die Konzentration dabei auf die Zeit unmittelbar nach der Befreiung vom Nationalsozialismus bis zum Eichmann-Prozess in Israel 1961 und dem ersten Frankfurter Auschwitzprozess 1963 bis 1965. Wir sind davon ausgegangen, dass diese Prozesse sowie die beginnende außerparlamentarische Bewegung in den 1960er Jahren die Sensibilität für den Holocaust und den Terror des von der deutschen Wehrmacht geführten Krieges allmählich

erhöht haben. Spätestens seit den 1970er Jahren sind die Themen Nationalsozialismus und Krieg Schwerpunkte im gewerkschaftlichen Gedenken und auch in der Bildungsarbeit. In dieser Broschüre interessieren wir uns nun vor allem dafür, wie Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den ersten eineinhalb Jahrzehnten nach Kriegsende mit diesen Erfahrungen umgegangen sind.

Unsere Leitfragen waren dabei: Welche Lernerfahrung gab es nach Kriegsende und wie spiegelte sich das im Besonderen beim Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen wider? Wie wurde in den Gewerkschaften über die Ursachen des Nationalsozialismus gedacht und wie verhielten sich die Gewerkschaften gegenüber den politischen Entwicklungen in der jungen Bundesrepublik und wie wurde mit dem Ost-West-Konflikt umgegangen?

Das Buch ist in fünf Kapitel gegliedert, die sich aus der historischen Abfolge ergeben haben: Nachkriegszeit, Wiederaufbau, Nachwirkungen der NS-Zeit, politisch-kulturelle Entwicklungen und gewerkschaftliche Identität. Neben Textbeiträgen sind im Anschluss Auszüge aus den Zeitzeugeninterviews den Kapiteln zugeordnet.

Über Empfehlungen aus den Bezirken der IG Metall haben wir Kontakt mit sieben Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aufgenommen, die den Wiederaufbau nach 1945 als junge Erwachsene erlebt und gewerkschaftlich mitgestaltet haben. Wichtig war uns dabei, die ehrenamtliche Perspektive einzufangen, unterschiedliche Regionen abzudecken sowie den Osten nicht zu vergessen.

Bei der Vor- und Nachbereitung der Interviews, die wir in der Regel im häuslichen Umfeld oder in

der Verwaltungsstelle durchgeführt haben, waren uns die Erfahrungen aus der Zeitzeugenarbeit des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung sehr hilfreich. Die Interviews waren in einen biographisch-narrativen Teil und einen Teil zur gewerkschaftspolitischen Arbeit in der Nachkriegszeit gegliedert. Die Gespräche mit den Zeitzeugen waren für uns nicht nur interessant und lehrreich, sondern auch sehr bewegend. Wir möchten uns an dieser Stelle herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken, die mit uns diese Gespräche geführt haben und Anteil an ihrem Leben nehmen ließen.

Alle Zeitzeugeninterviews sind als Filmdokumente in ihrer Langversion im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn erhältlich. Für den Einsatz in Bildungsveranstaltungen gibt es einen Kurzfilm, der auf der Youtube-Seite der IG Metall heruntergeladen werden kann.

Über die Sommermonate 2015 hat die Kollegin Steffy Uwaifo im Rahmen eines HBS-Praktikums das Projekt intensiv begleitet und unterstützt.

Nachkriegszeit/Kindheitserlebnisse

Ulrike Obermayr

Die ersten Jahre nach dem Krieg

Chaos und Anarchie in Deutschland

Im Frühjahr 1945 brach das politische System in Deutschland zusammen. Die politischen Führer des Nationalsozialismus verschwanden aus ihren Ämtern. Die Antifaschistischen Ausschüsse, in denen Sozialisten aus verschiedenen Parteien und Gewerkschaften eine Einheitsorganisation schaffen wollten, wurden schon im Juni 1945 von den Besatzungsmächten verboten – Eigenaktivitäten der Deutschen waren nicht erwünscht. Erst später wurden Parteien und Gewerkschaften erlaubt, in denen meist die politischen Kräfte der Weimarer Republik, die die Nazizeit überlebt hatten, das Ruder übernahmen. Nach 1949 krochen in den Westzonen auch die alten Nazikader wieder aus ihren Löchern und besetzten als „Fachleute“ Führungspositionen – v. a. in der Verwaltung, Justiz, der Bundespolitik, in den 50er Jahren auch beim Militär und Geheimdienst. Alte Strukturen wurden restauriert.

In den sechs Kriegsjahren kannte man in Deutschland zwar Versorgungsengpässe und man hätte sich mehr und besseres Essen gewünscht, aber es gab keinen Hunger. Die deutsche Wehrmacht plünderte die besetzten Länder Europas aus und es gab das Lebensnotwendige zu essen. Am Hungertod starben ließ man Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. Dies änderte sich, als die Alliierten die faschistischen Heere aus den besetzten europäischen Ländern vertrieben. Nachdem von Januar bis Mai 1945 die Bevölkerung zu Selbstversorgern wurde und noch vorhandene Vorratslager plünderte, begann danach die Zeit des wirklichen Hungers.

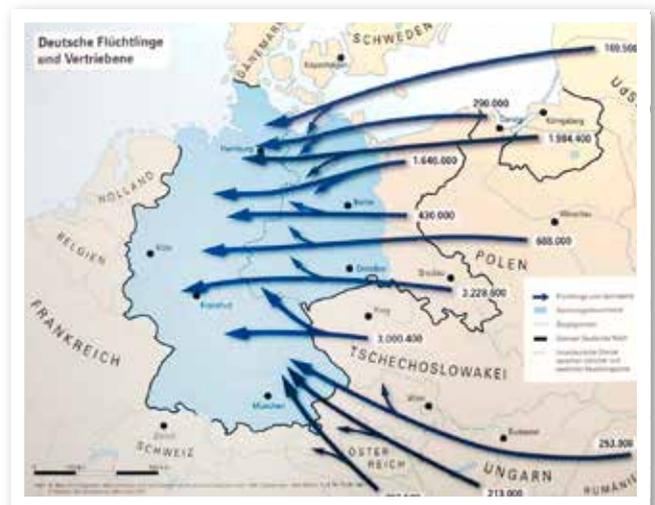
Besonders prekär war die Lage der Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem Osten, die zu Millionen Zuflucht im Westen suchten.

Die Alliierten Besatzungsmächte verstanden sich nicht als Versorger und freundliche Care-Paket-Spender, sondern waren strafende Sieger. Ihr Ziel war es, Seuchen und Unruhen zu vermeiden und nicht die Ernährungslage in Deutschland zu sichern. In der französischen Zone war der Hunger besonders schlimm, denn Frankreich – selbst geschwächt und zerstört – konnte und wollte keine Lebensmittel für die besiegten Deutschen erübrigen. Da die zugeteilten Rationen in allen Besatzungszonen nicht reichten, beschaffte man sich Lebensmittel sowie Kleidung und Heizmaterial auf illegale Weise. Sittliche und moralische Normen lösten sich auf. Missernten 1947/48 ließen die Lage bis 1948 nicht besser werden. Der Schwarzmarkt blühte auf und hatte – wie manche Erzählung heute beschönigt – nichts Romantisches. Jeder war sich selbst der Nächste. Das Spektrum reichte von individuellen Überlebensstrategien bis hin zur organisierten Großkriminalität.

Auch die Produktion brach bei Kriegsende zusammen. Der Hunger sowie die Trümmerland-

Karte zur Vertreibung der Deutschen aus Mittel- und Osteuropa

© Stiftung Haus der Geschichte Bonn



Kinder spielen in einem Abfallhaufen alten Wehrmachtgutes in München.

© AdsD

schaften und die Wohnungsnot verbargen den Reichtum, der unter dem Schutt und hinter all der Not lag. Die Arbeiter, die in der ersten Zeit glaubten, sie könnten alles übernehmen, gruben Verschüttetes aus und brachten Schadhafes wieder in Gang. Die alten Firmenbesitzer hielten sich anfangs bedeckt. Als die Entnazifizierungswellen verebten und viele Altnazis mit dem Status des Mitläufers oder gar Unbelasteten davorkamen, erhielten die vorherigen Besitzer das Eigentum zurück. Schon im Dezember 1945 lagen die Produktionsziffern bei 20, im Herbst 1946 bei 50 Prozent des Standes von 1936. Die Bevölkerung sah anfangs nichts von den Waren. Die Unternehmer horteten die Produkte, da das Geld, das sie für den Verkauf bekommen hätten, nichts wert war. Erst mit der Währungsreform von 1948 änderte sich in den Westzonen die Situation. Jetzt waren die Schaufenster wieder mit vorher gehamsterten Vorräten und eingelagerten Industrieprodukten gefüllt.

Eine Kindheit in Trümmern

Nur wenige der Ende 1930er/Anfang 1940er Jahre Geborenen haben ihre Kindheit an einem Ort verbracht. Sie wurden evakuiert, ausgebombt oder waren auf der Flucht. Auch nach dem Krieg zog man um – entweder an den alten Ort, manchmal auch in ganz andere Gegenden.

Die Väter waren für ihre Kinder oftmals Fremde, denn die meisten waren im Krieg, viele gerieten in Gefangenschaft, selbst Männer, die vom Kriegsdienst freigestellt waren, lebten meist nicht bei ihren Familien. So verbrachte man die Kindheit zusammen mit der Mutter und den Geschwistern. Aber auch die Mutter war ständig unterwegs und hatte ein großes Arbeitspensum zu bewältigen. Selbst wenn der Vater wieder mit der Familie lebte, blieb die Mütter die Versorgerin.

Die Kinder hielten sich meist im Freien auf. Die Trümmerlandschaften waren spannende Spielplätze, voller Gefahren und Abenteuer. Auch



der Kontakt zu Besitzern, den die Erwachsenen verboten, war zu verlockend, denn die Soldaten besaßen Schätze wie Süßigkeiten und anderes Essbares.

Häuser, die Nachbarschaft und Straßen wurden zum Revier von Kinderbanden. Die Älteren waren die Anführer, die Jüngeren waren froh, mitmachen zu dürfen oder zumindest geduldet zu sein. Die weitere Umgebung war „Feindesgebiet“, in dem andere Banden das Sagen hatten. Von dem, was man tagtäglich so trieb – u. a. kleine Diebstähle – erzählte man den Erwachsenen wenig. Diese waren in der Regel froh, wenn nichts passierte und sie sich ungestört der Nahrungsbeschaffung und dem Wiederaufbau widmen konnten.

Literatur

Ulf Preuss-Lausitz u. a.: Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder – Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg. Weinheim und Basel 1983

Eckhard Siepmann u. a.: Heiß und kalt – Die Jahre 1945–69, Berlin (West) 1986

Im Folgenden stellen wir in kurzen biographischen Angaben die sieben Zeitzeugen vor, mit denen wir über mehrere Stunden filmisch dokumentierte Interviews geführt haben. Wir haben uns entschieden, für dieses Buch mit Auszügen aus den Interviews zu arbeiten und diese thematisch im Anschluss an die Textbeiträge der folgenden Kapitel zuzuordnen.

Zeitzeugen: Biographien und Kindheitserlebnisse

Maria Burgi

Maria Burgi (geb. Kienzle) wurde 1912 als erstes Kind eines Lagerverwalters und einer Fabrikarbeiterin in Ulm geboren. Nach Besuch der Volkshochschule schloss sie eine Berufsausbildung als Weißnäherin ab. Von 1929 bis 1961 arbeitete sie als Filzerin bei der Hutfabrik Mayser in Ulm, wo sie einige Jahre später als technische Angestellte (Kontrolle) tätig war. Als Gewerkschaftsfunktionärin war sie 23 Jahre lang Vorsitzende der Frauengruppe der Gewerkschaft Textil und Bekleidung in Ulm und ebenso lange Vorsitzende des DGB-Kreisvorstandes. Für ihr gesellschaftspolitisches Engagement und ihren jahrelangen Einsatz für Chancengleichheit und die Gleichberechtigung der Frau in Beruf und Gesellschaft wurde ihr 1982 von Bundespräsident Karl Carstens das Bundesverdienstkreuz verliehen. Sie ist Ehrenmitglied der IG Metall.

„Mein Vater kommt aus einer sozialistischen Familie. [...] Er wurde natürlich verfolgt. Er hat gesagt, wenn zu mir einer von den Nazis kommt, den schlag ich die Treppe runter. Das hat er auch gemacht. Er hat zwei Nazis rausgeschmissen und dann ist niemand mehr gekommen. Dann haben sie uns in Ruhe gelassen. [...]

Ich war als ganz kleiner Knirps schon bei den Kinderfreunden. Das war die Kinderorganisation der SPD. Ich habe da Kinder beaufsichtigt und mitgeholfen und bin von da aus in die SAJ und von der SAJ in die Partei. Das war mein Werdegang. [...]

Nach 1945, das war eine Hungerszeit. Da hat es ja nichts gegeben. Kein Brot. Garnichts. Sägemehlbrot. Wir hatten drei kleine Kinder, da hat man Milch bekommen. [...] Das war schon

mies, wenn man niemanden in der Verwandtschaft hatte oder jemanden gekannt hat, der einen Garten hatte, von dem man vielleicht ein bisschen Gemüse gekriegt hat. Das war ganz schlimm. Die Kinder haben gefragt, was gibt es denn heute zum Mittagessen? Oh, schon wieder einen Brei. Es hat eben jeden Tag Brei gegeben.“

Hans-Detlef Dahlke

Hans-Detlef Dahlke wurde 1926 im Arbeiterviertel Bremen-Gröpelingen geboren. 1937 Eintritt in die Hitlerjugend. Im Alter von 17 Jahren wurde er 1943, ein Jahr vor Ende seiner Ausbildung zum Metallflugzeugbauer, als Luftwaffensoldat eingezogen. Nach Kriegsende studierte er Maschinenbau und war anschließend jahrelang als Konstruktionsingenieur tätig. Seine Kriegserlebnisse führten zu seiner antimilitaristischen Haltung und konsequenten Hinwendung zur Friedenspolitik. Als langjähriger Vorsitzender (1956–1971) der Deutschen Friedensgesellschaft – Internationale der Kriegsdienstgegner (DFG-IDK) in Bremen sowie als Mitglied und Funktionär der IG Metall hat er sich sein ganzes Leben für Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit eingesetzt.

„Ich bin Detlef Dahlke und 1926 geboren, bin 1933 eingeschult worden. Ich bin im Arbeiterviertel Bremen-Gröpelingen, das ist der Bereich der AG Weser, geboren, habe in Häusern gewohnt, die 1923/24 von der Bauhütte der Gewerkschaft gebaut wurden. Da bekamen junge Familien nur eine Wohnung, wenn sie Gewerkschafter waren, aber auch politisch organisiert waren bei der SPD oder bei der KPD. D. h., da waren also 1933 nur solche Familien. Mein erster Schultag war der 19. April und am 20. April war ja Adolfs Geburtstag, da waren wir schon als Sechsjährige voll in



Abb. links:
Hans-Detlef Dahlke
1933

Abb. rechts:
In Fliegeruniform
der Wehrmacht
1944



dieser Prägung, die wir dann all die Jahre über bekommen haben. Als Zehnjähriger, 1937, da war die Hitlerjugend schon Staatsjugend, da hat uns die Bremer Schule offiziell an einem Wandertag der Hitlerjugend zugeführt. Ich habe bis zu meinem 17. Lebensjahr die volle Prägung bekommen, die dann in der Lehre noch vervollständigt wurde. Durch einen positiven Zufall bin ich 1941 aus der Volksschule in die Lehre gegangen. Man fand damals nicht so leicht eine Lehrstelle, wie mein Vater das gerne gehabt hätte. Ihm war klar, dass die Nazis den Krieg nicht gewinnen würden und da müsste der Junge einen ordentlichen Beruf gelernt haben, damit er nach dem Krieg einigermaßen als Handwerker über die Runden kommt. Das war die Ausgangsposition. [...]

Der Zufall war, dass ich bei Kriegsende – ich bin ein Jahr Soldat gewesen – in der Nähe von Bremen war und am 8. Mai praktisch bei uns in Gröpelingen auf der Landbude saß, weil ich in Uniform nicht durch die Unterführung

dieser Eisenbahnlinie kam. Das hat mein Vater dann auch geschafft, dass ich in Jugendkleidung in einem günstigen Moment nach Hause kam.

Der nächste Glücksfall war, dass der Unternehmer, bei dem mein Vater als Heizungsleger arbeitete, schon Ende Mai den Auftrag hatte, die Wohnungen der Offiziere heizungsmäßig betriebsbereit zu machen. Er hat am 1. Juni angefangen und ab dem 15. Juni war ich sein Helfer. In der Heizungslehre musste man als Helfer anfangen, jahrelang, und dann wurde man Hilfsmonteur, Monteur usw. D. h., ich habe bis 1949 als Heizungsleger gearbeitet und habe erlebt, wie im Oktober 1945 die Amerikaner die Gewerkschaftsarbeit für sechs Gewerkschaften zugelassen haben. Die hatten sich aber vorher schon organisiert, denn bis zum 8. oder 10. Mai, ich glaube, bis zum 10. Mai galt das, was Adenauer als Order gegeben hatte, dass die Arbeitnehmer sich organisieren konnten. Das ging in Aachen sehr früh los. Und auch

in Bremen. Am 28. April war hier Kriegsende, da war ja klar, dass die Kollegen zu den Atlas-Werken und zu ihren Betrieben gingen, um zu gucken, wie es da aussieht. Und sie haben sich auch organisiert. Ein besonderes Beispiel sind hier die Atlas-Werke. Da hatte mein Vater als Maschinenschlosser gelernt. [...]

Meine Karriere als Pimpfenführer begann ja erst 1939 bei Kriegsbeginn. Da haben sie uns ausgeguckt, mich und den Sohn von dem, der den Oberschenkeldurchschuss hatte. Gerade wir beide. Die Führer, die wir als Zehn-, Zwölfjährige hatten, das waren achtzehnjährige Soldaten. Der Fähnleinführer war glaube ich ein 25-Jähriger. So wurden wir benutzt. Und wir haben uns auch gleich nützlich machen müssen, wir haben Sandsäcke gefüllt, um sie auf die Kellerschächte zu legen. Der Luftschutz war ja schon 1934 organisiert. Da haben sich dann auch viele Sozialdemokraten für den Luftschutz gemeldet, um nicht über die SA belästigt zu werden.

Der nächste Zufall war, dass unser Landnachbar ein Obernazi beim Flugzeugwerk war, wo die JU 87, diese Bomber, produziert wurden. In Oslebshausen, wo heute das Kraftwerk steht, da war eine neue Flugzeugproduktion. Der sagte dann zu meinem Vater: Emil, hast du schon eine Lehrstelle für deinen Jungen? Frag ihn doch mal, ob er nicht Flugzeugbauer werden will. Und welcher Junge wollte das nicht, damals, 1941! [...]

Dann war der nächste Glücksfall, dass ich einer der ersten war, der am 3. Januar, als die Amerikaner den Angriff Richtung Deutschland begannen, verwundet wurde. Noch war alles intakt, doch nach drei Tagen habe ich Order gekriegt: Du kannst ja laufen. Dann bin ich mehr oder weniger zu Fuß von Prüm nach Andernach gelaufen. Dort standen die Lazarettzüge.

Ich bin dann aus dem Lazarett raus und Ende Februar zum ersten Mal in Bremen gewesen. Dort habe ich dann gesehen, wie eine Großstadt aussieht. Ich habe auch gesehen, wie ein Elendszug von russischen Kriegsgefangenen und KZ-Leuten von Neuengamme abends von der Werft zurückkamen. Teilweise hatten sie noch ihre Toten dabei, die mussten sie ja mitbringen für den Zählapell. Das habe ich gesehen und daher bin ich auch noch dafür Zeitzeuge, wie der Zufall das so will.“

Gerhard Bohling

Gerhard Bohling wurde 1931 in Pöttmes (Oberbayern) geboren, lebt jedoch seit seinem dritten Lebensjahr in Bremen. Die Schule konnte er kriegsbedingt nur sporadisch besuchen. Im Jahr 1947 begann er eine Ausbildung zum Laboranten bei der Norddeutschen Hütte (später Klöckner-Werke AG und heute ArcelorMittal Bremen). Bei dieser Firma begann sein gewerkschaftlicher Werdegang zunächst als Betriebskassierer und schließlich als Vorsitzender des Angestelltenausschusses. Nach 47 Jahren bei der Norddeutschen Hütte und 35 Jahren Betriebsratsarbeit ging er 1994 in den Ruhestand. Heute engagiert er sich weiterhin als Vorsitzender des Senioren-Arbeitskreises der IG Metall-Senioren.

„Ich bin im Juli 1931 zur Welt gekommen. Und zwar nicht in Bremen, sondern in Bayern. Denn meine Mutter lebte in Bayern und somit bin ich gebürtiger Oberbayer. Allerdings bin ich trotzdem echter Bremer, denn ich bin seit meinem dritten Lebensjahr hier und verkünde immer, dass ich ein echter Bremer bin. [...]

Ich bin sporadisch zur Schule gegangen. Eingeschult wurde ich an der Hans-Gerri-Schule, die Michaeli-Schule, ging dann in die Olbers-Schule, dann war noch eine Schule. Die Schulen wurden immer wieder geschlossen, weil keine Lehrer da waren. Die meiste Zeit verbrachten wir im Bunker. Zwischendurch war ich



Abb. links:
Gerhard Bohling
1933

Abb. rechts:
Erster Schultag
1938



im Rahmen der Kinderlandverschickung ein halbes Jahr ganz alleine am Bodensee. Total fremdes Land, fremde Sprache, das ging mit „gelle“ los und ich hab immer gesagt, ich hab doch gar kein Geld. Totales Heimweh. Meiner Mutter habe ich geschrieben: Wenn du mich nicht abholst, gehe ich in den Bodensee. Das war ein ganz kleines Dorf, in dem wir wohnten. Es gab eine Klasse, da waren alle Schüler drin, so 30 Kinder. Dort auf dem Land habe ich vom Krieg eigentlich wenig erlebt. [...]

Mein Vater war Soldat in Afrika und hatte meiner Mutter geschrieben, dass es mit den Bombenangriffen immer schlimmer werde: Ihr müsst sehen, dass ihr aus Bremen wegkommt. Wir sind dann nach Rauschenberg gekommen, einem kleinen Ort in der Nähe von Marburg in Hessen. Dort waren wir bis zum Kriegsende evakuiert. Ich denke heute daran, wenn Flüchtlinge kommen: Auch wir waren Flüchtlinge. Wir kamen am Bahnhof an, da standen die Einheimischen und guckten: Ach die, die mögen wir leiden, kommt ihr mal mit. Wir hatten das große Glück, dass wir in einer Forstmeis-

tere untergekommen sind, wo der Forstmeister mit Familie lebte, mit einem Sohn, der so alt war wie ich. Und eine weitere Familie aus Köln wohnte dort. Da haben wir bis zum Kriegsende gelebt und ich bin dort zur Schule gegangen. Gegen Kriegsende kam mein Vater als letzter mit einem Schiff aus Afrika zurück. Er war dann in Sardinien, ist schwer an Malaria erkrankt und deswegen nach Hause gekommen und daran fast gestorben. Als er wieder gesund war, war er noch in Rumänien und ist dann nach Bremen gekommen. In den letzten Kriegstagen sollte er noch zum Volkssturm. Da hat er sein altes Fahrrad geschnappt und ist nach Hessen geradelt, in die Gegend von Marburg, durch die amerikanische Front. Er ist nicht verhaftet worden, im Gegenteil, er kam bei uns an und hatte sogar amerikanische Zigaretten. Das war erstaunlich, aber er sagte, die Amerikaner hätten ihn ganz gut behandelt. Für uns Kinder war das natürlich alles interessant. Bei uns war im März der Krieg zu Ende gewesen. Wir am Berg in der großen Forstmeisterei, wir konnten in das Tal reingucken und sahen so komische Fahrzeuge. Hinten waren sie orange,

solche Autos kannten wir gar nicht. Das waren amerikanische Jeeps, die ich zum ersten Mal in meinem Leben gesehen habe. Sie kamen morgens um 11 Uhr bei uns in der Forstmeisterei an, das ganze Offizierskorps der Amerikaner. Der Chef war ein Deutscher aus Bremen von der Benkwegstraße. Der hat mit uns, weil wir ja auch aus Bremen kamen, ganz nett gesprochen. Aber das Resultat war, dass wir bis drei Uhr das Haus verlassen mussten. [...]

Ich bin in Bremen groß geworden. Ich habe keine Erlebnisse als Soldat gehabt, dafür war ich zu jung. Mein erstes politisches Erlebnis habe ich so mit sechs Jahren gehabt, als mein Onkel, der Seemann war, hier in Bremen verhaftet wurde. Er wurde von der Gestapo verhaftet und ins Findorf gebracht. Dort, wo jetzt das Findorf-Krankenhaus steht, da war die Station, wo die Schutzhäftlinge eingeliefert wurden. Er wurde verhaftet, nur weil er Kommunist war. Er ist später nach Dachau gekommen. Ich habe am Ende des Krieges noch ein Schreiben bekommen, dass er in Dachau verstorben war. Ich habe auch zwei Briefe von ihm bekommen, wie man sie so aus dem KZ schreiben durfte. Aber die Todesursache war einfach: Er ist in Dachau verstorben. [...]

Ich bin hier in Bremen zur Schule gegangen, habe den Krieg erlebt, mit 10 Jahren die ersten großen Bombenangriffe mit den großen Bränden in der Innenstadt. Die haben mich sehr geprägt, weil ich nachts nicht mehr schlafen konnte. Ich habe noch nie so große Feuer gesehen wie damals, als das Farka-Haus am Brühl und der ganze Teerhof brannten. Das war etwas Unvorstellbares. Und die Bombenangriffe fingen an. Wir wohnten am Wall. Bei uns gegenüber wurden Erdbunker gebaut. Zuerst mussten wir in den Bunker an der Sparkasse. Ich war immer derjenige, den meine Mutter mit Zwang aus dem Bett holen musste, egal wann, nachts um eins, um zwei, um drei, wann

gerade der Angriff war. Dann mussten wir über die Straße in den Bunker rein und manchmal war das dann so spät, dass schon die ersten Bomben fielen. Das waren meine Erlebnisse und die Wirkung ist nie ganz weggegangen. Die positiven Kindheitserlebnisse waren, dass wir morgens ganz früh aufgestanden sind und Bombensplitter gesucht haben.“

Horst Matysik

Horst Matysik wurde 1934 als Sohn eines Drahtumwalzers und einer Verkäuferin in Duisburg geboren. 1949 begann er im Alter von 15 Jahren eine Ausbildung als Schablonenschlosser bei der Thyssen Stahl AG in Duisburg. Im Laufe seiner 41-jährigen Betriebszugehörigkeit war er unter anderem Vertrauensmann der Schwerbehinderten sowie Vorstandsmitglied des Arbeitskreises „Vertrauensmänner/-frauen der Schwerbehinderten“ des DGB-Kreises Duisburg. Seine ehrenamtlichen Tätigkeiten führt er heute noch im Rentenalter fort. So engagiert er sich weiterhin bei den Senioren und Seniorinnen der Duisburger IG Metall. Für seinen Beitrag zur Demokratie und sozialen Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft wurde ihm 2010 die Willy-Brandt-Medaille verliehen.

„Herzlich willkommen bei mir in der Wohnung auf der Lotharstraße in Duisburg. Ich bin im Januar 1934 in Duisburg geboren, bin also Duisburger Urgewächs. Ich bin in dem Stadtteil groß geworden, in dem die Großindustrie zu Hause war, vor dem Krieg und auch nach dem Krieg. Meine Mutter war Verkäuferin, mein Vater war Drahtumwalzer, damals schon bei der Niederrheinischen Hütte, die ja leider im letzten Jahr ganz geschlossen wurde. Ich bin in Duisburg-Hochfeld zur Schule gegangen. Die ersten zwei Schuljahre waren schon vom Krieg geprägt. Mein Vater war 1936 bis 1938 als Drahtumwalzer auf Montage in Indien und hat dort Drahtwalzwerke in Betrieb genommen. 1938 musste er wegen dem

Horst Matysik mit
Mutter Helene und
Schwester Margot
1937



Kriegsausbruch nach Duisburg zurückkommen, wurde später eingezogen und war bei der 6. Armee in Stalingrad. Dort wurde er später zum Glück noch rausgeflogen, er hatte einen Schulterdurchschuss, 3 cm vom Herzen. [...]

Als wir dann 1946, ein Jahr nach Kriegsende, hier wieder ankamen, war alles zerbombt, es gab kaum was zu essen. Es gab Lebensmittelmarken, aber man konnte dafür nichts kaufen. Meine Mutter, meine Schwester und ich, wir haben uns am frühen Morgen an drei verschiedenen Geschäften angestellt. Die Schlangen

In der Schule 1948
(Zweiter von links in
der 2. Reihe oben)



waren 100 bis 200 Meter lang - wenn man dann dran war, war kein Brot mehr da. [...]

Statt zur Schule – wir hatten ja noch die Konfessionsschulen, evangelisch und katholisch, das war alles ein Durcheinander 1946, 1947 – ging ich jeden Tag zu einem Bäcker, der sammelte Steine. Ich habe Steine gekloppt, also Häuser abgebrochen, die Steine geputzt und zu diesem Bäcker getragen. Ich war damals noch ein Jüngelchen, mit 14, 15 Jahren, und habe jeden Tag 300 Steine gekloppt und geputzt. Ich kriegte dann 300 Reichsmark dafür. Dann kriegten wir von ihm auch ein Brot, so dass wir was zu essen hatten und überleben konnten. Da war meine Mutter natürlich stolz und die Schule spielte überhaupt gar keine Rolle, das war nebensächlich.“

Ingrid Henneberg

Ingrid Henneberg wurde 1936 in Magdeburg geboren. 1950 bis 1953 machte sie im Volkseigenen Betrieb (VEB) Förderanlagen Magdeburg eine Berufsausbildung als technische Zeichnerin. Sie studierte 1960 bis 1967 an der Ingenieurschule für Schwermaschinenbau und Elektrotechnik Magdeburg und erwarb im Abend- und Fernstudium einen Abschluss als Ingenieurin in der Fachrichtung Konstruktion. Nach ihrem Umzug nach Berlin im Jahr 1965, wo sie heute noch lebt, war sie im VEB Bergman-Borsig beschäftigt. Während ihrer 25-jährigen Betriebszugehörigkeit war sie neben ihrer Funktion als Ingenieurin für Vorschlagswesen auch als Abteilungsleiterin tätig. Als IG Metall-Mitglied engagierte sie sich stets für die Belange der Arbeitnehmer(innen). Zudem war sie jahrelang Mitglied eines politischen Kabarets.

„An die ersten drei Jahre kann ich mich natürlich nur schwach erinnern, ich will mal so sagen, ich habe gute Erinnerungen seit meinem fünften Lebensjahr, weil wir da die Wohnung gewechselt haben. Dort hatten wir schon Fliegeralarme, dass wir in die Keller mussten, dass



Abb. links:
Ingrid Henneberg
mit Eltern 1938



Abb. rechts:
Am Tag der Einschulung 1942

wir halbe Nächte in den Kellern verbracht haben, bis Entwarnung kam, und das hat uns auch geprägt. Wir wussten in etwa auch durch Radioansagen, wann also Magdeburg damit rechnen musste, dass es bombardiert wurde. Immer, wenn die Anflüge aus Hannover/Braunschweig kamen, dann wussten wir, wir sind dran, dann flogen die nach Berlin, aber über Magdeburg, da haben sie dann schon was abgesetzt, den Rest in Berlin und auf dem Rückweg war das genauso.

Ich kam dann 1942 in die Schule, mein Vater war während der Zeit bei Junkers beschäftigt und er hatte den Beruf nicht abschließen können, weil er im Ersten Weltkrieg war. Danach war er Hilfsschlosser, Transportarbeiter, hat also Arbeiten gemacht, wo kein Facharbeiterbrief verlangt wurde, und es stand an, dass er irgendwann mit der Firma Junkers nach Frankreich kam. Er war aber noch da, als ich 1942 eingeschult wurde und kurz danach musste er weg. [...]

Die Fliegeralarme nahmen dann zu und es wurde dann schlimmer, weil Magdeburg eine Stadt des Schwermaschinenbaus war. Krupp und die ganzen anderen Betriebe wurden ja als erstes bombardiert und mein Vater schrie dann aus Frankreich, seht mal zu, dass ihr aus der Stadt raus kommt. Nun, von seinen Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg war er immer geprägt. Er war als junger Mensch im Ersten Weltkrieg gewesen. Wir hatten dann das Glück, dass meine Pflegemutter in der Nähe von Magdeburg, 15 bis 20 Kilometer entfernt, eine Schulfreundin hatte. Dort haben wir ein kleines Zimmerchen bekommen. Wir hatten unsere Magdeburger Wohnung, aber konnten dahin ausweichen.

Ja, und dann wurde es natürlich schlimmer, dann mussten wir jede Nacht raus. Wir haben uns gar nicht mehr ausgezogen, haben uns nur die Oberbekleidung abgelegt, wir wussten ja genau, um halb zehn standen wir wieder auf. Wir hatten in dem Häuschen, wo die Tante

wohnte, keinen Keller und mussten durchs Dorf in ein altes Gutshaus, das unterkellert war, und haben dort gewartet, bis Entwarnung kam. Du hast praktisch von halb zehn bis halb zwölf im Keller gesessen und Angst gehabt.

Dann kamst du wieder nach Hause, warst auch immer ein bisschen aufgewühlt, denn wir Kinder haben uns ja da unten im Keller noch irgendwie beschäftigt und dann musstest du schlafen und am nächsten Tag um acht musstest du wieder zur Schule. [...]

Ach, mein Gott, was haben wir als Kind gemacht? Wir haben mal kranke Soldaten in Lazaretts besucht. [...] Ich sage ganz ehrlich, ich habe mich gefreut, dass dann irgendwann ... das war aber noch, wo ich noch Kind war, dass ich dann mit zehn Jahren auch zum BDM gehen konnte, ohne den faschistischen Hintergrund zu verstehen. Mit zehn Jahren wurdest du ja da geholt, das habe ich ja nicht mehr erlebt, Gott sei Dank, nicht. [...] Ich meine, die armen Soldaten, die da nur im Bett lagen und krank waren, das war doch auf die Tränendrüsen gedrückt, wenn wir da angewackelt kamen mit unseren selbstgebastelten Körbchen und was wir da gemacht hatten, ja? Das war doch alles Propaganda, nicht? [...] Aufgewacht bist du, als der Krieg in die heiße Phase kam und du unendlich darunter gelitten hast, wo du ständig Angst hattest, nicht? So, und das hat natürlich bei denen, die das miterlebt hatten eine leichtere Umerziehung bewirkt, als bei denen, die es nicht erlebt hatten, ja?“

Gerhard Küther

Gerhard Küther wurde 1939 in Stolp, einer kleinen Stadt in Pommern, geboren. Im Zuge der Vertreibung der Deutschen aus Mittel- und Osteuropa wurden er und seine Mutter 1945 nach Thüringen abgeschoben. Nach dem Tod seiner Mutter lebte er bei Verwandten in Bochum.

Nach Beendigung der siebten Klassen verließ er 1954 die Schule und begann eine Ausbildung als Schlosser bei der Firma Dr. C. Otto in Bochum. Einen Monat später wurde er zum Jugendsprecher gewählt. Dies war der Beginn seines jahrelangen gewerkschaftspolitischen Engagements. Bereits während seines Studiums an der Akademie der Arbeit (AdA) in Frankfurt am Main übernahm er freiwillig die Leitung von Wochenendseminaren. Von 1973 bis 1997 war er Sekretär der IG Metall Verwaltungsstelle Ludwigshafen. Nach seinem Ausscheiden aus der hauptamtlichen Tätigkeit hat er sich weitere zehn Jahre im Referenten-Arbeitskreis der VS Ludwigshafen-Frankenthal betätigt.

„Ich bin im Oktober 1939 in Stolp in Pommern geboren. Mein Vater war Polizeiüberwachmeister und meine Mutter Hausfrau. Stolp in Pommern, eine Kleinstadt an der Ostsee, sehr beschaulich, sehr schön. Dort habe ich gelebt bis 1946/47. Als 1945 die Rote Armee einmarschierte in Deutschland, dort oben in Pommern, wurden wir Deutsche alle aus dieser Stadt ausgewiesen. Man packte uns in Güterwaggons, da war nichts außer Stroh drin, in einem Waggon war noch ein alter Ofen. Meine Mutter und ich wurden in Stolp in so einen Güterwaggon gesteckt und ab ging die Post, keiner wusste wohin. Wir landeten dann in Saalfeld, im Süden von Thüringen, und wurden von dort in den kleinen Ort Reichmannsdorf gebracht. Das ist so 15 km südlich von Thüringen. Und in Reichmannsdorf wurden wir, meine Mutter, ich und noch eine Frau, in einem Zimmer in einer Metzgerei untergebracht, unterm Dach oben, das war so ein Türmchenhaus.

Meine Mutter war zu der Zeit schon sehr krank. [...] Diese Krankheit hat meine Mutter so geschwächt, dass sie dann am 2. Januar 1947 morgens nicht mehr aufgewacht ist. [...]

Dann habe ich lange Zeit in Reichmannsdorf alleine gewohnt. Gewohnt kann man nicht sa-

gen, gelebt, wo auch immer, das weiß ich nicht mehr so ganz genau. Denn damals war ich ja gerade mal knapp acht Jahre. Meine Tante, die Schwester meiner Mutter, auch auf der Flucht, sie wohnte damals in Bernsdorf bei Dresden. Die hat über das Rote Kreuz erfahren, dass ich jetzt alleine durch Thüringen laufe und nicht weiß, wo ich hin soll. Und dann hat die Tante mich durch ihre beiden Töchter holen lassen. Sie haben mich nach Bernsdorf geholt, 1947, so Februar, März, um diese Zeit. Dann bin ich in Bernsdorf eingeschult worden. Wir haben in Bernsdorf in einem Zimmer auf einem Bauernhof gelebt. Es gab nicht viel zu essen, man musste sich das Essen schon besorgen. Besorgen auch auf illegalem Wege, aber das war dir dann wurscht, du hattest Hunger und musstest irgendwas auf dem Bauernhof greifen, damit du satt wurdest. [...]

In Bernsdorf wurde ich zu Ostern eingeschult. Aber die Verhältnisse waren dermaßen schlecht. Es gab gar nichts zu essen, es gab nichts zu heizen, und wir waren mit vier Leu-

ten in einem kleinen Raum beim Bauern. Mein Onkel, der im Januar 1948 aus der Kriegsgefangenschaft kam, hat gesagt, ich gehe jetzt einfach schwarz in den Westen und versuche da, für uns ein Quartier zu kriegen und auch Arbeit. Das hat funktioniert. Und dann sind wir im Frühjahr 1948, im April war es glaube ich, von Bernsdorf nach Bochum geflüchtet. Man kann sagen wieder geflüchtet, denn es war ja ein Weglaufen von etwas. Am 9. April 1948 kamen wir in Bochum-Dahlhausen an. Eine Nacht haben wir im Bahnhof geschlafen und dann sind wir zu der Schwester meines Onkels, die schon in Bochum wohnte, und waren dort untergebracht. Aber das war eine Wohnung, keine 40 qm und sieben Leute, man kann sich vorstellen, wie das ausgesehen hat.

Ich will jetzt nicht sagen, dass mich das arg gestört hat. Als Kind hat man das eigentlich gar nicht registriert. Du hast dein Essen gehabt, einigermaßen, nicht viel aber etwas. Und du hattest deine Freunde, dein Spielen und damit war die Welt für dich eigentlich wieder in Ordnung. Und so war das auch für mich."

Bernd Strutz

Bernd Strutz wurde 1942 als Sohn sozialdemokratischer Eltern in Magdeburg geboren. Von 1957 bis 1960 wurde er im damaligen Volkseigenen Betrieb (VEB) Ernst-Thälmann-Werk zum Schlosser ausgebildet. Aufgrund seiner exzellenten Leistungen als Lehrling bekam er die Chance, das Abitur an einer Bauern- und Arbeiterschule nachzuholen. Anschließend studierte er Maschinenbau und Elektrotechnik an der Ingenieurschule Magdeburg. Im Rahmen seiner Funktion als Leiter der Kundendienst- und Offert-Abteilung bei einem Hydraulik-Hersteller war er viel im sozialistischen Ausland auf Dienstreise. Zwischen 1990 und 1994 war Bernd Strutz Betriebsratsvorsitzender beim VEB Entstaubungstechnik Magdeburg. Seit 2004 ist er im Ruhestand.

Gerhard Küther
1948





Bernd Strutz 1946

„Ich wurde im September 1942 hier in Magdeburg geboren, hatte eigentlich eine sehr schöne Kindheit. Trotzdem, dass ich in den Krieg hineingeboren wurde, habe ich in so einem kleinen Vorort, nennt sich Hopfengarten, von Magdeburg gewohnt: Es sind wenig Bomben gefallen bei uns, in unserer Ecke. Aber das Thälmann-Werk oder damals das Krupp-Werk war natürlich in Schutt und Asche gelegt worden. Wir haben aber da oben, obwohl wir bloß 500 Meter entfernt waren, nicht sehr viel abbekommen.“

Ich bin eigentlich in einer Familie aufgewachsen, die grundsätzlich sozialdemokratisch eingestellt war. Meine Oma, mein Opa und meine Eltern waren Sozialdemokraten und ein paar waren dann natürlich Kommunisten und es hat dann auch in der Familie, na ja, ein bisschen gehadert zwischen diesen beiden Strömungen, sie waren sich nicht so richtig grün. Aber wenn es um Feierlichkeiten ging, dann war alles ok.“

Wiederaufbau

Karl Lauschke

Wiederaufbau der Gewerkschaften 1945

Ein schwieriger Anfang

Bereits am 18. März 1945 – sieben Wochen vor dem Kriegsende – wurde im besetzten Aachen der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund gegründet. Nach Jahren des Verbots und der Unterdrückung durch das NS-Regime gingen die Gewerkschafter sofort nach der Befreiung mit allen ihren Kräften daran, nicht nur Belegschaftsvertretungen in Betrieben einzurichten, sondern darüber hinaus auch ihre Verbandsorganisation wieder aufzubauen. Statt konkurrierender Richtungs-gewerkschaften wie vor 1933, darin waren sie sich einig, wollten sie als Lehre aus der Geschichte diesmal eine parteipolitisch unabhängige und weltanschaulich pluralistische Einheitsgewerkschaft errichten. Ähnliche Initiativen gab es in den folgenden Monaten auch in anderen Orten Deutschlands. Allerdings setzten die Besatzungsmächte diesen Bemühungen Grenzen. Um die politische Entwicklung zu kontrollieren, legten sie in Direktiven fest, wie sich die gewerkschaftliche Organisationsbildung zu vollziehen habe. Jede Besatzungsmacht verfolgte dabei ihre eigene Politik, so dass in den einzelnen Zonen zunächst unterschiedliche Organisationen entstanden.

In der Sowjetischen Besatzungszone konnte schon im Februar 1946 – kurz vor der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED – ein zentraler Verband, der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), gegründet werden, der vier Monate später bereits 2,7 Mio. Mitglieder zählte. Die einzelnen Industriegewerkschaften, die mittlerweile entstanden waren, gingen als Untergliederungen in diesem Zentralverband auf, der allerdings keine eigenständige Interessenvertretung der Arbeiterschaft darstellte, sondern Instrument der sowjetischen Militäradministration war und von den Kommunisten dominiert wurde.

In den westlichen Besatzungszonen setzte sich dagegen unter dem Druck der Besatzungsmächte, die zentralistische Einheitsgewerkschaften mit lediglich untergeordneten Branchenverbänden ablehnten, das Prinzip selbstständiger Industriegewerkschaften durch. Um sicherzustellen, dass freie und demokratische Organisationen entstehen, wurde den Gewerkschaften ein langsamer, schrittweiser Aufbau von unten nach oben vorgeschrieben. Nach einem Drei-Stufen-Modell sollten Gewerkschaften zunächst auf lokaler Ebene Versammlungen abhalten sowie Programme und Satzungen entwerfen, anschließend sollten Räume angemietet und Mitglieder geworben werden. Erst in der letzten Phase sollten Funktionäre gewählt und mit der regulären überregionalen Gewerkschaftsarbeit begonnen werden. Der Prozess der Verbandsbildung auf der Zonenebene wurde dadurch verzögert.

In der britischen Zone schlossen sich die Metallgewerkschaften im Februar 1947 zusammen, und im Oktober 1948 vereinigten sie sich mit den drei Landesverbänden der amerikanischen Zone. Die drei Metallgewerkschaften der französischen Zone schlossen sich dem Bizonen-Verband erst im August 1949 an, der nun rund 1,3 Mio. Mitglieder umfasste und seitdem den Namen „Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland“ trägt. Auf interzonalen Tagungen war zwar versucht worden, auch die Metallgewerkschaft der sowjetischen Zone einzubeziehen, und im Februar 1947 war sogar ein gemeinsamer Ausschuss eingerichtet worden. Aber in dem Maße, wie die Spannungen zwischen den Siegermächten ab Sommer 1947 zunahmen, waren die Bemühungen zur Bildung einer gesamtdeutschen Organisation zum Scheitern verurteilt.

In der britischen Besatzungszone hatten sich die Gewerkschaftsverbände, die auch in anderen Industriezweigen gegründet worden waren, im April 1947 zu einem zonenweiten Dachverband, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), mit 2 Mio. Mitgliedern unter der Führung von Hans Böckler zusammengeschlossen. Da in der amerikanischen Besatzungszone Gewerkschaftsbünde nur auf Landesebene erlaubt waren, wurde dort im April 1946 für die insgesamt rund 1 Mio. Mitglieder lediglich ein gewerkschaftlicher Zonenausschuss als Koordinationsgremium eingerichtet. Noch schwieriger war es in der französischen Besatzungszone, wo ab Februar 1947 Landesverbände in Südwürttemberg-Hohenzollern, in Rheinland-Pfalz und in Baden gegründet wurden.

15.10.1947:
Trümmerfrauen
entleeren Loren
am Friedrichshain
(Berlin).

© AdsD

Die nach Regionen und Branchen unterschiedlichen Gewerkschaftsverbände erschwerten die Bildung eines einheitlichen Dachverbandes, der sich auf das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin erstreckt. Erst nach mehrmonatigen Verhandlungen konnten sich schließlich die sechzehn Industriegewerkschaften im Oktober 1949 in München zum Deutschen Gewerkschaftsbund zusammenschließen. Als Einheitsgewerkschaft mit rund 5 Mio. Mitgliedern umfasste er gleichermaßen Arbeiter, Angestellte und Beamte unabhängig von ihrer parteipolitischen, weltanschaulichen oder konfessionellen Einstellung. Mit der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG), die das Industrieverbandsprinzip nicht akzeptierte, stand jedoch ein gewerkschaftlicher Verband mit rund 230.000 Mitgliedern außerhalb des DGB, so dass das Prinzip der Einheitsgewerkschaft nur unvollkommen verwirklicht wurde.

Gegen Hunger und Not

Unter den Bedingungen der „fragmentierten Zusammenbruchsgesellschaft“ im Schatten zerstörter Fabriken, ausgebombter Häuser, allgemeiner Not und quälenden Hungers standen

„Der Arbeitnehmer
baut auf ...“

© AdsD (Fotograf
unbekannt)



zunächst Probleme der materiellen Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung, Brennmaterial und Wohnraum im Vordergrund. Der Schwarzmarkt blühte, und mit Hamsterfahrten versuchte man individuell, das Nötigste zum Überleben zu orga-



nisieren. Betriebsräte und Gewerkschafter(innen) waren bemüht, die Produktion in den zerstörten oder beschädigten Werken so schnell wie möglich wieder in Gang zu setzen, um durch gemeinsame Anstrengung die Existenz der entkräfteten und notleidenden Menschen zu sichern, die oft alles verloren hatten, und um auf diese Weise zugleich die Voraussetzungen für einen gesellschaftlichen Neuanfang zu schaffen. Der Protest gegen die unzureichende Ernährungslage entlud sich ab Winter 1946/47 in zahlreichen Kundgebungen, Hungermärschen und Streiks. Aber auch gegen die drohenden Demontagen von Maschinen und ganzen Werken, die in den Westzonen insgesamt sehr viel geringer ausfielen als in der sowjetischen Zone, entwickelte sich Widerstand. Dieser Widerstand war teils erfolgreich, wie etwa bei den Reichswerken in Salzgitter, vielfach konnte er aber den Abbau und Abtransport der Produktionsanlagen nicht verhindern.

Von Anfang an forderten die Betriebsräte und Gewerkschaften eine grundlegende gesellschaftliche Neuordnung. Über die Entnazifizierung hinaus sollte auch die Macht der großen Konzerne, die das demokratische System der Weimarer Republik destabilisiert und auf diese Weise dem NS-Regime den Weg geebnet hatte, gebrochen werden. Die Schlüsselindustrien, d. h. der Bergbau, die Eisen- und Stahlindustrie, die chemische Industrie, die Energiewirtschaft, die wichtigsten Verkehrseinrichtungen sowie die Banken, sollten daher vergesellschaftet werden. Im Interesse der Allgemeinheit sollte außerdem die Wirtschaft durch Körperschaften der Selbstverwaltung zentral geplant und gelenkt werden, um die Vergeudung von Ressourcen ebenso zu vermeiden wie die selbstsüchtige Bereicherung einzelner Unternehmer. Als Ergänzung der politischen Demokratie sollte schließlich die Wirtschaft durch paritätisch besetzte Organe, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichberechtigt vertreten sind, umfassend demokratisiert werden.

Nur in der Eisen- und Stahlindustrie konnte die paritätische Mitbestimmung ab Februar 1947 im Zuge der Entflechtung der ehemals mächtigen Ruhrkonzerne erreicht werden. Entsprechende Regelungen für andere Wirtschaftsbereiche wurden von den westlichen Besatzungsmächten verhindert, da einer späteren Entscheidung eines neuen deutschen Staates nicht vorgegriffen werden sollte. Zu einer demokratischen Wirtschaftsverfassung, durch die die Arbeitnehmer aus „Wirtschaftsuntertanen“ zu „Wirtschaftsbürgern“ werden sollten, die mitentscheiden und mitgestalten, kam es jedoch auch nach Gründung der Bundesrepublik nicht. Unter dem Druck eines Arbeitskampfes konnte die paritätische Mitbestimmung Anfang 1951 lediglich in der Montanindustrie gesichert werden.

Mit dem Alliierten Kontrollratsgesetz vom April 1946 hatte die Tätigkeit der Betriebsräte zwar eine rechtliche Grundlage erhalten, aber Vereinbarungen, die den Belegschaftsvertretern darüber hinaus Mitbestimmung in maßgeblichen wirtschaftlichen Angelegenheiten einräumten, konnten auch auf betrieblicher Ebene nur selten abgeschlossen werden. Der Streik bei Bode-Panzer im November und Dezember 1946, einem metallverarbeitenden Werk in Hannover, in dem sich der Betriebsrat durchsetzte, blieb eine Ausnahme. Der Marshall-Plan, der im Juni 1947 verkündet wurde, versprach einen Ausweg aus der erdrückenden Notlage, in der sich die Bevölkerung befand, und die Gewerkschaften stimmten ihm mehrheitlich zu, auch wenn die Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in dem Sinne, wie sie den Gewerkschaften vorschwebte, dadurch gefährdet wurde. Als Programm, das auch andere europäische Länder einschloss, bahnte der Marshall-Plan zugleich den Weg zu einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und damit zu einer Eingliederung Deutschlands in eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft, wie sie mit der Montanunion im April 1951 in einem ersten Schritt schließlich auch verwirk-

16.04.1948:
Unterzeichnung der
Charta der europä-
ischen Wiederauf-
bauorganisation der
dem Marshall-Plan
angeschlossenen
Nationen in Paris

© Picture Alliance/AP



licht wurde. Angesichts des enormen finanziellen Bedarfs, den der Wiederaufbau des zerstörten Landes kostete, war die in Aussicht gestellte Hilfe der USA willkommen und wurde von den Menschen begrüßt.

In die Defensive gedrängt

Die Währungsreform von Juni 1948, die ohne Rücksicht auf soziale Gerechtigkeit vollzogen wurde, begünstigte die Besitzer von Sachwerten, während die Arbeitnehmer(innen) mit ihren kleinen Sparguthaben quasi enteignet wurden. Zudem stiegen die Preise für Verbrauchsgüter, ohne

dass auf der anderen Seite der Lohnstopp aufgehoben wurde. Der Einfluss der Gewerkschaften wurde zurückgedrängt. Aus Protest dagegen riefen die Gewerkschaften der britisch-amerikanischen Zone zu einer „Demonstration gewerkschaftlichen Willens“ auf, einer 24-stündigen Arbeitsniederlegung, an der sich insgesamt fast 10 Mio. Arbeitnehmer(innen) beteiligten. Eine wirtschaftspolitische Kursänderung konnte trotzdem nicht erreicht werden.

Auch bei den Beratungen des Parlamentarischen Rates über das Grundgesetz ab September 1948 konnten die Gewerkschaften mit ihren Forderungen zum Streikrecht, zur Mitbestimmung und zur Überführung ganzer Wirtschaftszweige in Gemeineigentum nicht durchdringen. Im Unterschied zu manchen Länderverfassungen, in denen weitreichende Forderungen zur Wirtschafts- und Sozialordnung verankert werden konnten, enthielt das dann im Mai 1949 beschlossene Grundgesetz keine derartigen Bestimmungen. Es verstand sich als Provisorium, in dem die Gestaltung der Lebensordnung nicht endgültig festgelegt werden sollte, solange die Menschen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) darüber nicht mitentscheiden könnten (die DDR wurde am 7. Oktober 1949 gegründet).

Trotz oder gerade wegen dieser Entwicklung, die den gewerkschaftlichen Vorstellungen mehr und mehr zuwider lief, hielten der DGB und seine Einzelgewerkschaften an ihren Zielen fest, die unmittelbar nach Kriegsende formuliert worden waren. In seinem Grundsatzprogramm, das auf dem Münchener Kongress im Oktober 1949 verabschiedet wurde, orientierte sich der DGB weiterhin am Leitbild der Wirtschaftsdemokratie. In der „Herstellung einer Ordnung, in der der arbeitende Mensch Subjekt und nicht nur Objekt wirtschaftlichen Geschehens ist“, sah er nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur eine unverzichtbare „Voraussetzung für den Bestand einer freiheitlichen Demokratie“. Das



Mitgliederwerbung
IG Metall-Jugend
Saarland, 1954
© Monogrammist



DGB-Gründungskongress am 12.10.1949 – Blick in den Saal auf die Delegierten und das Podium

© AdsD (Fotograf unbekannt)

beinhaltete konkret: eine volkswirtschaftliche Gesamtplanung, die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und die Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmerschaft in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und -gestaltung. Daneben standen Forderungen, die die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmerschaft unmittelbar verbessern sollten und die Tagespolitik der Gewerkschaften in den folgenden Jahren bestimmten, wie Sicherung der Reallöhne und Förderung des Arbeiterwohnungsbaus.

Literatur

- Johannes Kolb: Metallgewerkschaften in der Nachkriegszeit. Der Organisationsaufbau der Metallgewerkschaften in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands, Frankfurt/Main 1970
- Hans-Otto Hemmer, Kurt Thomas Schmitz (Hrsg.): Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990
- Siegfried Mielke (Bearb.): Organisatorischer Aufbau der Gewerkschaften 1945 – 1949 (= Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Band 6), Köln 1987

Christian Hall

Einheit um jeden Preis – Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB)

Groß war der Drang vieler ehemaliger Gewerkschafter, nach der Zerschlagung und dem Verbot der Gewerkschaftsbewegung der Weimarer Republik durch die Nationalsozialisten endlich wieder freie Arbeitnehmervertretungen zu gründen. Allerdings erwiesen sich erste derartige Versuche lokaler Gewerkschaftsgruppen unter den schwierigen Bedingungen der Nachkriegszeit als kompliziert. Die westlichen Besatzungsmächte ließen nur zögernd und unter strengen Vorgaben derartige Aktivitäten zu. Anders verhielt es sich im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands. Hier wurde bereits im Sommer 1945 die Gründung von antifaschistischen Parteien und Gewerkschaften gestattet, ihre Arbeit jedoch unter die Kontrolle der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) gestellt. Die Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) um Walter Ulbricht war mit Unterstützung der SMAD auf diesen frühen

Schritt vorbereitet. Unter den verschiedenen gewerkschaftlichen Neugründungen gab letztlich der kommunistisch dominierte Vorbereitende Gewerkschaftsausschuss für Groß-Berlin, sozusagen ein provisorischer FDGB-Vorstand, mit seinem Gründungsauftrag die Richtung für die folgenden Betriebs-, Kreis- und Landesdelegiertenwahlen vor. Durch massive Manipulationen und mit großzügiger Hilfe der SMAD beeinflusste die KPD diese Wahlen und konnte auf der ersten Allgemeinen Delegiertenkonferenz im Frühjahr 1946 den ersten Vorsitzenden des FDGB stellen: Hans Jendretzky, gelernter Metallarbeiter, bereits vor 1933 Gewerkschafter und KPD-Funktionär, nach 1933 mehrfach inhaftiert und im Widerstand gegen die Nationalsozialisten tätig. Die Gründung der Einheitsgewerkschaft diente auch propagandistisch der wenige Monate später folgenden Zwangsvereinigung von KPD und Sozialdemokratischer Partei Deutschlands (SPD) zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED).

Obwohl die Spitzengremien des FDGB als auch der wichtigsten Industriegewerkschaften (Bergbau, Chemie und Metall) überwiegend in kommunistischer Hand waren, standen in den ersten beiden Jahren nach Kriegsende entsprechend fachlich geschulte KPD-Funktionäre nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung. So musste vorläufig auch auf alte, d. h. in der Zeit vor 1933 bereits aktive, sozialdemokratische oder christliche Gewerkschafter zurückgegriffen werden, auch wenn diese eine andere Gewerkschaftspolitik als die Kommunisten vertraten. Natürlich versuchte die SED-Führung im Zusammenspiel mit der SMAD, diese Kräfte möglichst zügig aus dem FDGB und den Einzelgewerkschaften zu verdrängen. Ihre personalpolitischen



Mitgliederwerbung
IG Metall-Jugend
Saarland, 1954

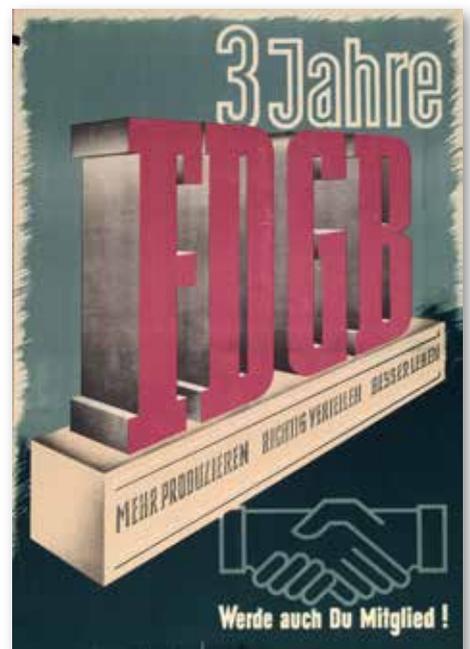
Quelle: AdSD

© unbekannt

Vorgaben stießen aber noch an ihre Grenzen. Beispielsweise verhinderten bei der IG Metall die sozialdemokratisch geprägten Delegierten die abgesprochene Wahl des Kommunisten Paul Peschke zum erneuten Vorsitzenden. Nur durch nachträgliche Wahlmanipulation gelang ihm die Amtsübernahme doch noch. Auf solche und ähnliche Weise gelangten mehr und mehr linientreue SED-Mitglieder in die Gewerkschaften. Da insbesondere für die in den Massenorganisationen, also auch die Mitglieder im FDGB tätigen SED-Mitglieder, die Parteibeschlüsse als absolut bindend galten, steuerte letztlich die Einheitspartei den Kurs der Einheitsgewerkschaft.

Der FDGB wurde, anders als der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) der Weimarer Zeit, nicht von autonomen Einzelorganisationen finanziert und kontrolliert. Seine 1946 gebildeten 15 Industriegewerkschaften und drei Gewerkschaften unterstanden der Kontrolle und Finanzhoheit des Dachverbandes. Auf dieser Struktur aufbauend konnte die SED bis 1950 ihre führende Rolle und ihr Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus auf den FDGB übertragen. Nach diesem Prinzip wurden zwar einerseits alle leitenden Gremien jeweils von unten nach oben gewählt, andererseits sollten die Weisungen der höheren Gewerkschaftsgremien für alle nachgeordneten Ebenen ohne Ausnahme gültig sein. Wenn beispielsweise ein Gewerkschaftsmitglied neben den von der übergeordneten Leitung vorgeschlagenen Kandidaten eigene Wahlvorschläge machte, missachtete es damit die Verbindlichkeit der Weisungen der höheren Organe. Eine demokratische Wahl war unter diesen Bedingungen im Grunde nicht möglich. Durch das Prinzip des demokratischen Zentralismus fiel dem Bundesvorstand des FDGB und seinem Sekretariat praktisch eine uneingeschränkte Weisungsbefugnis zu. Den Weg zur SED-hörigen kommunistischen Massenorganisation untermauerten der 2. FDGB-Kongress 1947 und die Bitterfelder FDGB-Konferenz 1948. 1947

propagierte der FDGB die Einschränkung des Streikrechts auf private Betriebe, das sozialistische Wirtschaftssystem sowie Produktionssteigerungen. In Bitterfeld 1948 wurde die Auflösung der Betriebsräte beschlossen und gegen die innergewerkschaftliche, zumeist sozialdemokratische, Opposition im FDGB vorgegangen. Der Wechsel von Hans Jendretzky zu Herbert Warnke als Vorsitzender des FDGB erfolgte 1948 bereits ohne gewerkschaftliche Neuwahlen und allein auf Basis eines SED-Beschlusses. Gleichzeitig wurde mit der Bildung eines Sekretariates des FDGB-Bundesvorstandes ein übergeordneter Machtzirkel nur aus SED-Mitgliedern geschaffen und damit die Struktur des SED-Parteiparates übernommen. Neben strukturellen Anpassungen gab es zur Sicherung der Vormacht der Partei auch personelle Verflechtungen bis in die höchsten Gewerkschaftsämter. So war Walter Ulbricht selbstverständlich Mitglied des FDGB-Bundesvorstandes und die langjährigen Gewerkschaftsvorsitzenden Herbert Warnke als auch Harry Tisch Mitglieder des Politbüros der SED, de facto die Machtzentrale der DDR. Bis hinunter in die



FDGB-Plakat zur Mitgliederwerbung, 1948

Quelle: AdsD

© unbekannt



„Berlin (Ost), Mai-
feier 1948“

© akg-images

betrieblichen Gewerkschaftsgruppen ragte die Vormachtstellung der Partei. Auf den Sitzungen der SED-Grundorganisationen (GO), den kleinsten Parteieinheiten, wurden generell der Ablauf der Gewerkschaftswahlen und die zu wählenden Vertrauensleute festgelegt. Die Vorschläge des Parteisekretärs wurden zumeist einstimmig angenommen. Regelmäßig mussten die Vertrauensleute der betrieblichen Parteileitung über die Arbeit der Gewerkschaftsgruppe berichten.

So unterschiedlich ab 1945 der gewerkschaftliche Neuaufbau in Ost und West verlief, bestand doch grundsätzlich Einigkeit darin, eine parteipolitische Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung, wie sie in der Weimarer Republik bestand, zu verhindern und eine einheitliche, überparteiliche Gewerkschaftsorganisation zu schaffen. Diese Lehre aus zwölf Jahren Naziherrschaft war auch für die Gründung des FDGB entscheidend. Um alle politischen Richtungen für die Etablierung einer Einheitsgewerkschaft zu gewinnen, waren die deutschen Kommunisten in den Jahren 1945

und 1946 noch dazu bereit, die Schuld für die Spaltung der Arbeiterbewegung und damit den Aufstieg des Nationalsozialismus mit zu verantworten und keine einseitigen Schuldzuweisungen vorzunehmen. Das daraus resultierende, durchaus offene und selbstkritische Geschichtsbild des FDGB änderte sich aber mit seiner zunehmenden Wandlung in eine von der SED gesteuerte Massenorganisation.

Die vielbeschworene „antifaschistische Einheit“ wurde spätestens mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR zum propagandistischen Kampfbegriff. Der Aufstand war im Grunde eine Reaktion der Arbeiterschaft auf erhöhte Arbeitsnormen, d. h., bei gleichem Lohn wurden höhere Leistungen eingefordert. Diese Normerhöhungen hatte der FDGB, selbstverständlich auf Weisung der SED, mitgetragen und sich damit als Vertretung der „Werk tätigen“ selbst diskreditiert. In den Verlautbarungen des FDGB wurde das Aufbegehren der Bevölkerung, das schnell auch politische Reformen bis hin zur Entmachtung

der SED einschloss, als „faschistischer Putsch“ gebrandmarkt und die Ereignisse mit dem Aufstieg Hitlers verglichen oder gar gleichgesetzt. Der historische Rückgriff auf die brennenden Gewerkschaftshäuser 1933 diente dem FDGB als Schutzbehauptung, um die Ursachen für den Aufstand vermeintlichen feindlichen Agenten in die Schuhe zu schieben. Provokateure hätten, so der FDGB, auf Geheiß westdeutscher und amerikanischer Bank- und Monopolherren erneut die Errichtung einer faschistischen Diktatur geplant. Für die Geschichtsschreibung der DDR sollte diese Deutung maßgebend sein. Eine ähnliche tagespolitische Instrumentalisierung der nationalsozialistischen Machtergreifung verfolgte der FDGB 1963 gegen sogenannte „rechte Führer“ in der SPD und im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), um die kontrovers diskutierten Pläne einer Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik zu verurteilen. So verglich die „Tribüne“, die Tageszeitung des FDGB, diese Pläne mit den Notverordnungen, über die sich Hitler die Macht erschlichen hatte. Im Gegensatz zur westdeutschen DGB-Spitze hätte der FDGB aus den Fehlern des Jahres 1933 gelernt und würde sich konsequent und geschlossen gegen die Bonner Notstandspolitik stellen.

Die Erinnerung an die Naziherrschaft wurde vom FDGB als aggressives Propagandainstrument zur Legitimation der eigenen und zur Verleumdung der westdeutschen Gewerkschaftspolitik ausgenutzt. Dafür griff die DDR-Einheitsgewerkschaft auf das geschichtsverfälschende kommunistische Dogma zurück, dass Hitler und die Nationalsozialisten nur Auftragnehmer des Monopolkapitals gewesen seien und dass nur die KPD als einzige wirkliche Widerstandskraft gegen das nationalsozialistische Regime gekämpft habe. Auf dieser Basis war eine tatsächlich kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit und Schuld nicht zu erwarten. Ganz im Gegenteil, diente diese Erinnerungspolitik des FDGB doch als hervorragendes Mittel, um die

„Werk tätigen“ von allem, was sich ab 1933 in Deutschland abspielte, zu entlasten. Der staatlich propagierte Antifaschismus verlor allerdings im Zuge einer durch Willy Brandt initiierten Entspannungspolitik gegenüber dem Ostblock und der Übersättigung der DDR-Bevölkerung mit den immer gleichen antifaschistischen Slogans über Heiligenfiguren des nationalsozialistischen Widerstandes, wie Ernst Thälmann, an Wirkung.

Literaturhinweise

- Detlev Brunner: Sozialdemokraten im FDGB. Von der Gewerkschaft zur Massenorganisation, 1945 bis in die frühen 1950er Jahre, Essen 2000
- Dieter Dowe, Karlheinz Kuba, Manfred Wilke (Hrsg.): FDGB-Lexikon. Funktion, Struktur, Kader und Entwicklung einer Massenorganisation der SED (1945–1990), Berlin 2009. [Online-Ausgabe: <http://library.fes.de/FDGB-Lexikon>]
- Ulrich Gill: Die DDR-Gewerkschaft von 1945 bis zur ihrer Auflösung 1990, Köln 1991
- Rüdiger Schmidt: Sieger der Geschichte? Antifaschismus im „anderen Deutschland“. In: Thomas Großbölting (Hrsg.): Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand, Berlin 2009, S. 208–223.

Zeitzeugen-Statements zum Kapitel: Wiederaufbau

Maria Burgi – Schwätzt doch mal zusammen

„Und dann war ich bei Mayser, 27 Jahre. Ich habe als Hilfsarbeiterin angefangen, als Stundenlöhner, ganz billig, aber es war immer nett. Ich habe mich mit den anderen Frauen ein bisschen befreundet und die habe ich so ein bisschen beeinflusst. Ihr müsstet besser zusammenstehen, jeder schwätzt hier für sich und die schwätzen dann auch für sich. Schwätzt doch mal zusammen. [...] Ihr schafft für 17 Pfennig in der Stunde. Guckt doch mal, dass ihr wenigstens 18 oder 19 kriegt.

Und ich bin dann aufs Büro gegangen zum Herrn Stegmeier und hab gesagt: Ich komme wegen dem Geld. – Ja, was fehlt denn dem Geld? – Dem Geld fehlt so viel, dass es wenigstens 2 Pfennig zu wenig sind. – Wieso? – Das ist schon jahrelang so, darum dreht es sich, dass das so lange dauert. Ihr könnt Häuser bauen und ganze Straßenzüge kaufen und unsereins geht heim mit dem leeren Sack. – Ich soll mich doch nicht so aufspielen. – Da spiele ich mich gar nicht auf, das ist meine Meinung, und wenn ihr das noch weitermachen wollt, mache ich auch weiter. Und das habe ich auch gemacht und habe es dann daheim erzählt. Da hat mein Mann gesagt, mach das nicht, ich schaff beim Eberhard. Das kriege ich zum Büßen. Ich habe ihm gesagt: Das kriegst du nicht zum Büßen. Und es ist auch nichts gekommen. Aber zwei Pfennig haben wir mehr gekriegt! [...]

Wir hatten keine Bäder und keine Handwaschgelegenheiten. Da hab ich gesagt: Also Bäder müssen her. Und dann haben wir drei Bäder gekriegt und haben nach Feierabend

abwechselnd duschen können. Wir haben auch Waschbecken gekriegt, zwei Reihen, rechts und links. Da haben die gesagt: Wie du das machst! – Na ja, das muss man denen oben halt sagen. Das wissen die nicht, die haben daheim ein Bad. Die brauchen das nicht. Das hat eigentlich so geklappt. [...]

Die jungen Leute haben wir mit Ausflügen für die Gewerkschaft gewonnen. Da haben wir gesagt, wir machen einen Ausflug, wir fahren nach Wiesensteig oder nach Aalen oder mal ins Gebirge oder an den Bodensee. Und wer mit will, muss in der Gewerkschaft sein. Da sind immer welche dazu gekommen, so vier, fünf, sechs. Dann haben die gesagt, das war bombig, bei denen bleiben wir. [...]



Frauenkongress der Gewerkschaft Textil-Bekleidung 1952 in Bielefeld (Maria Burgi vorne links)



Maria Burgi (1. Reihe Mitte) mit Seminarteilnehmenden vor der DGB-Bildungsstätte in Hattingen 1954

Wenn man mit jemandem direkt spricht, erreicht man mehr, als wenn einer oben redet und unten steht ein Haufen Leute. Die nehmen nichts mit, die laufen auseinander wie eine Schafherde. Wir haben uns um die Leute gekümmert, hauptsächlich um die Frauen mit ihren Kindern. Wir wollten ja wissen, wo sie ihre Kinder haben, in welcher Krippe usw. Die Kinder mussten um neun in die Schule und um sieben waren wir im Geschäft. [...] Da haben wir mit der Schule eine Verabredung gehabt, dass die Zeiten sich danach richten. Die einen gingen von 8 bis 11 und die anderen vielleicht von 10 bis 12. Das ging gut, man muss es eben nur machen.“

Hans-Detlef Dahlke – Wiederaufbau der bremischen Gewerkschaften

„Ich bin gleich IG Metall-Mitglied geworden, habe erstmal studiert und dann bei den Atlas-Werken eine Anstellung bekommen. Die machten damals schon Echolote für diese Fischlupen, mit denen man die Fischschwärme sehen kann. Mir war aber klar, dass ich hätte Elektrotechnik studieren müssen, wenn ich da hätte bleiben wollen. Man fing ja da mit 120 DM als Ingenieur an, damals 1952. Dann ergab es sich, dass ich bei der Hansa-Waggon, die Straßenbahnwagen für Bremen konstruierten, einen Job bekommen konnte. Da bin ich dann geblieben. Die Firma hatte das Problem, dass sie von den vielen Straßenbahnbetrieben aus

dem Ruhrgebiet keine Aufträge bekam. Die durften nämlich nur bei der DÜWAG in Düsseldorf bestellen oder in Örding, bei ihren Länder-Fabriken. Und mit der Bremer Straßenbahn alleine war die Firma nicht lebensfähig.

Auch wieder ein Zufall. Ich stand bei den Atlas-Werken mit einem Kollegen am Reißbrett, der als Hubschrauberpilot 1936 mit dem Fogger-Hubschrauber hier in Bremen den Höhenrekord geflogen hat. [...] Der hat dann dafür gesorgt, dass ich bei Borgward, die den Hubschrauber als weiteres Standbein haben wollten, anfangen konnte. So bin ich dummerweise 1960 dann in die Borgward-Pleite reingeraten. [...]

Ich hatte ja die Heizungslegerkollegen. Mein Vater war schon, nicht Betriebsrat, aber Sprecher dieser etwa 20 Menschen in der Heizungslegerfirma. Als in Bremen ab Oktober das Organisieren richtig losging, war auch die Heizungslegerbranche sehr schnell dabei, wieder alle zusammenzuholen. Das waren ja alles Kollegen, die vor 1933 und auch in der Nazi-Zeit zusammengearbeitet hatten, die kannten Gewerkschaftsarbeit und was dahintersteckte und wussten auch, dass in den Heizungslegerbetrieben in der Regel nur jemand arbeiten kann, der auch organisiert ist. Damals lief das alles noch unter DMV in den Anfängen, IG Metall, glaube ich, erst seit 1947. Die hatten auf der Rückseite vom Wall einen Raum im Keller, wo die IG Metall und andere saßen. Ich bin dann zwischen Weihnachten und Neujahr auch dahin gegangen und habe mich organisiert. Deswegen ist der Eintritt ab 1. Januar 1946. Das ist mein Datum.

Ich glaube am 20. März 1946 war die erste Vertreterversammlung, da war mein Vater Delegierter und ich war Gast. Das war, wenn ihr am Marktplatz steht, zwischen Rathaus und Brückenbau, da war der Versammlungsraum.

Hans-Detlef Dahlke (rechte Tischseite mit Brille) während einer Sitzung des Betriebsrats der Firma Hansa Waggonbau Bremen 1955



Das waren alles ältere Kollegen, die vor 1933 schon aktiv waren. Da ging es heiß her zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Wir hatten ja in Bremen die Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus. Die hat sich im Dezember 1945 wieder aufgelöst, weil Mitte des Jahres, sehr geprägt durch Schumacher, die Partei gegründet wurde. Wieweit die Kommunisten sich auch schon gegründet hatten, weiß ich nicht. Aber da gab es schon knallhart die zwei Parteien. Diese Auseinandersetzung war auch gleich in der ersten Delegiertenversammlung. [...]

Aber wir waren ja eben bei 1946, bei der ersten Delegiertenversammlung, im Grunde die Gründungsversammlung, wo der Bevollmächtigte gewählt werden musste und die Sekretäre. Das war die knallharte Auseinandersetzung zwischen KPD und SPD. Da hatten die Kommunisten schon schlechte Karten. Deswegen konnte Johann Reiners auch nicht Bevollmächtigter werden, sondern Oskar Schulze, der als ADGB-Vorsitzender vor 1933 und als Metall-Vorsitzender davor auch einen entsprechenden Anspruch hatte. Aber er war gar nicht so gewollt, war nicht mehr der Mann. Jedenfalls waren die beiden ersten SPD-Leute. Und dann durfte noch Johann Reiners als Kommunist, der dann nachher auch den Revers unterschrieben hat, mit dem sich die Gewerkschaftsfunktionäre von den Parteitagthesen der KPD 1951 distanzieren mussten.“

Gerhard Bohling – Nachkriegsalltag und Beginn der Gewerkschaftsarbeit

„Dann waren wir in Bremen, eine Familie mit zwei Kindern ohne Wohnung. Wir sind auf eine Parzelle gezogen, haben in diesem Parzellenhaus gewohnt, das war ein Raum. Der Bürgermeister Wilhelm Kaisen hat damals gesagt, ihr könnt hier ohne Genehmigung bauen, das

waren dann die sogenannten Kaisen-Häuser. Mein Vater hatte noch nie im Leben gebaut, aber mit mir zusammen hat er da ein Haus gebaut. Um das Parzellenhaus wurde ein Steinhaus gebaut, dann hatten wir zwei, drei ganz kleine Zimmer. Ich habe am Wall 3.000 Steine gekloppt, am anderen Tag hatten wir jemanden gefunden, der uns mit dem Pferdewagen die Steine ins Blocklandhaus brachte. Aber dann waren die Steine geklaut worden. Das war hart. Wieder mussten wir 3.000 Steine kloppen. In dem Haus auf der Parzelle haben wir dann gelebt bis 1957. Das war im Sommer schön. Ein schöner Garten, 800 qm. Bis in die Stadt über die Heerstraße war es eine halbe Stunde zu Fuß, bei Regen und bei Schnee. [...]

Ich bin in Bremen nochmal zur Schule gegangen. Meine Schulzeit war sehr sporadisch. Als der Krieg zu Ende war, war erst einmal gar keine Schule. Das erste, was die Amerikaner gemacht haben, war, den Schulleiter zu verhaften, weil er ein Nazi war. Das fanden wir gar nicht so schlecht, dass er weg war. Den mochten wir nicht. Den haben sie auf einem Lastwagen



Gerhard Bohling
1954

weggebracht. Im März war der Krieg zu Ende, im August bin ich nach Bremen gekommen. Im August haben wir das Haus gebaut, dann ist mein Vater krank geworden. Er hatte eine ansteckende Krankheit, da durfte ich nicht zur Schule. Ich bin ein Jahr lang nicht in der Schule gewesen und habe dann innerhalb eines halben Jahres meinen Schulabschluss gemacht. In die Schule regnete es rein, die Fenster waren kaputt. [...]

Ich habe da meine Ausbildung gemacht und bin 1948 in die Gewerkschaft eingetreten. 47 Jahre habe ich in dieser Firma gearbeitet: Erst Norddeutsche, dann Klöckner, zuletzt Arcelor, da war ich schon weg. Dort habe ich meinen gewerkschaftlichen Werdegang gemacht. Mein politischer Werdegang, der ist ziemlich schnell passé gelegt worden. Du musst in die SPD reingehen, hat man immer gesagt. Ich bin dann reingegangen ohne große Überzeugung. Aber es gab den Willy Brandt, der hatte mich damals beeindruckt, das war der Grund, warum ich reingegangen bin. Dann war ich bei den Jusos, aber das war nicht meine Welt. Die sprachen eine andere Sprache und die hatten auch nicht meine Gedankengänge. Da war ich ganz schnell weg. Dann kam jemand von der Gewerkschaft zu mir und sagte: Hör zu, wir brauchen einen Kassierer, willst du nicht Kassierer werden, in der Betriebskassierung? So habe ich angefangen. Betriebskassierer, Vertrauenskörper, Vertrauenskörperleiter auf der Hütte, mehr als 35 Jahre Betriebsrat. [...]

Meine Frau kam aus einer bürgerlichen Familie. Sie hatten ein Schuhgeschäft und mit der Gewerkschaft und der Arbeiterschaft nichts am Hut. Ich wurde als Delegierter zum Gewerkschaftstag 1954 in Bremen gewählt. Das war für uns beide der große Durchbruch. Da habe ich Otto Brenner kennengelernt. Das war etwas, das kann ich gar nicht beschreiben. Das war ein Mensch, solche gibt es heute gar nicht

mehr. Meine Frau war auch dabei. Sie wurde zu einer Fahrt und zur Abschlusskundgebung eingeladen. Da haben wir, das erzählt sie heute noch, Hand in Hand mit allen gestanden und haben „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ gesungen. Und dann war alles geritzt. Sie hat gesagt: Das war für mich so ein tolles Erlebnis, das habe ich noch nie gehabt. Von da an hatte ich dann freie Fahrt für Gewerkschaftsarbeit. [...]

Ich habe Laborant gelernt, das war ein gewerblicher Beruf, war keine Angestelltentätigkeit. Ich habe 15 Jahre Schicht gearbeitet für den Bereich Zementwerk, für den Bereich Hochofen und Stahlwerk. Ich bin nach 15 Jahren Angestellter geworden und habe das Labor übernommen. Wir haben 12 Stunden pro Tag gearbeitet. Angefangen haben wir mit einer Wochenarbeitszeit von 56 Stunden. Ich war alleine auf Schicht, habe 12 Stunden gearbeitet und habe dann auf meine Ablösung gewartet. Und wenn meine Ablösung nicht kam, durfte ich nicht nach Hause, dann musste ich nochmal 12 Stunden ran. [...]

Ich bin ja angesprochen worden, ob ich Kassierer werden will im Betrieb. Da habe ich mich überreden lassen. Dann hat sich das so entwickelt – der Heinz Brott war da maßgeblich – ich habe viele Lehrgänge gemacht mit der Gewerkschaft. Angefangen habe ich mit Rhetorik, da war ich in Dortmund, dann habe ich einen DGB-Lehrgang über Sozialpolitik gemacht und so weiter. Das war eigentlich mehr dieser bildungspolitische Werdegang, der bei mir eine Rolle gespielt hat, bevor ich in die eigentliche Arbeit richtig eingestiegen bin. Erstmal im Betrieb als Vertrauensmann und als stellvertretender Leiter und nachher Leiter des Vertrauenskörpers. Wir hatten ja immerhin einen Vertrauenskörper von weit über 100 Leuten bei Klöckner. Das war eine Arbeit, die mir Spaß gemacht hat.“

Horst Matysik – Einstieg in die Gewerkschaftsarbeit und Sozialplan auf der Hütte

„Bei mir zu Hause spielte Politik überhaupt keine Rolle. Mein Vater war sehr wenig zu Hause. Aus Indien zurückgekommen, wurde er eingezogen und war in der Nachkriegszeit viel auf Montage. Politik, da habe ich von meinem Vater überhaupt nichts erfahren. Ein einziges Mal hat er erzählt, wie es ihm gegangen ist, da in Stalingrad, wie sie in den Schutzgräben gelegen haben, wie die russischen Panzer über die deutschen Landser hinweg geholt sind und sie dann nicht mehr rausgekommen sind. Er hatte das Glück, mit dem Schulterdurchschuss mit dem letzten Flieger noch rauszukommen. [...]

Ich war vom ersten Tag meiner Tätigkeit an IG Metall, das war gang und gäbe. Wer auf der Niederrheinischen Hütte angefangen hat, der ist mit dem ersten Tag IG Metall geworden. Von 1949 bis heute 2015 – da könnt ihr euch ausrechnen, wie lange ich schon Mitglied der IG Metall bin. [...]



Anfang der 50er Jahre: Der erste Anzug

Zur Gewerkschaftsarbeit bin ich erst gekommen, als die Kollegen im Betrieb gesagt haben: Mensch, du bist derjenige, der den Mund aufmacht und dem Alten mal die Zähne zeigt. Dann haben die mich ohne mein Wissen zum



Gruppenbild der Belegschaft der Niederrheinischen Hütte Duisburg (Horst Matysik vorn, 2. von links)

Vertrauensmann aufgestellt, und da ich so lange im Betrieb war und bekannt war, wurde ich Vertrauensmann der IG Metall. Dadurch konnte ich nachholen, was der Krieg und die Nachkriegszeit an uns bei der schulischen Bildung gesündigt haben. Nur durch die IG Metall habe ich erreicht, dass ich mich weiter fortbilden konnte, durch Schulungsmaßnahmen, die ich sehr oft wahrgenommen habe, bis zum heutigen Tag. Aus Dankbarkeit gebe ich das, was ich durch die IG Metall habe lernen können in den 50er, 60er und 70er Jahren, wieder! [...]

Die vielen ehrenamtlichen Tätigkeiten – nach der Vertrauensleutewahl wurde ich direkt als Betriebsrat aufgestellt, kam direkt aufgrund meines Bekanntheitsgrades unter die ersten vier oder fünf. Ich war in keiner Partei. Das war natürlich Spießrutenlaufen, auch im Betriebsrat. Denn ich wurde immer nur als „Indifferenten“ bezeichnet. Ihr lacht, aber das war in der Tat so. Ich kriegte zu jeder Betriebsratswahl von allen Parteien die Danksagungen, dass ich gewählt worden bin, aber gleichzeitig verbunden mit einem Aufnahmeantrag. Da ich von Geburt an Arbeitnehmer war und später

Arbeitnehmervertreter und mit der IG Metall nicht verheiratet, habe ich auch nicht immer alles gut geheißert in der IG Metall. Aber ich bin schnell in vielen Gremien gelandet mit unheimlich viel ehrenamtlicher Tätigkeit, die sich bis heute niederschlägt. [...]

Ich habe im April 1949 auf der Hütte angefangen als Werkzeug- und Schablonenschlosser. [...] Und da gab es, und das ist das Bedeutende in der Nachkriegsgeschichte, den ersten Sozialplan in Deutschland. Das war ein Sozialplan, da träumen wir heute noch davon. Die Arbeitnehmer kriegten bis zu ihrem 66. Lebensjahr ihr volles Geld weiter, die kriegten Weihnachtsgeld, für die ausgefallenen Jahre monatlich 25 DM für ihre zusätzliche Rente und alles Mögliche. Wir, die Betriebsräte und auch der Arbeitsdirektor, sind vielfach gescholten worden, weil wir der Stilllegung und dem Sozialplan zugestimmt haben. Dafür haben wir sehr viel Schelte bekommen. Arbeitsplatzabbau gab es schon in den 60er Jahren.

Dann hat man sich ausschließlich auf das Profilwalzwerk und Drahtstraße konzentriert. Es



1963: Die letzte Schicht der Drahtstraße 1 (Horst Matysik hinten, 5. von links)

gab die Drahtstraße 1, die schon jahrzehntelang bestand, auch vor dem Krieg schon, wo die Umwalzer noch mit Hand und Schere gearbeitet haben. Dazu kam eine Drahtstraße 2, wo ausschließlich Draht bis 13 mm gewalzt wurde. Dann wurden die Drahtstraße 1 und die Drahtstraße 2 stillgelegt und wir bekamen eine neue, die sogenannte Drahtstraße 3, die war dann schon fast halbautomatisch. Größere Geschwindigkeit, größere Ringe mit größeren Gewichten usw., weil die Industrie sich umgestellt hatte, um größere Drahtbunde zu verarbeiten. Das war in den 50er Jahren.“

Ingrid Henneberg – Entnazifizierung und Politisierung in der jungen DDR

„Dann kam auch der Umschwung. Unser Lehrer musste gehen, weil er in der Partei gewesen war. Wir kriegten einen neuen Lehrer, das war natürlich sehr kompliziert, die waren ja noch so gut wie gar nicht ausgebildet. So, dann war die Neulehrerzeit, aber die haben den alten bald wieder geholt. Und das Schönste war, da erinnere ich mich auch noch dran, wenn wir in die Schule kamen, stellte er sich jeden Morgen an den Katheter und nahm die rechte Hand zum Hitlergruß, Heil Hitler, Kinder. Und wir machten das dann auch, rechte Hand hoch, Heil Hitler, Herr Lehrer. Nur war der Heil Hitler nicht mehr da, nun waren wir schon alle gespannt, wie wird er uns denn begrüßen. Die ganze Bande, da waren wir ja dann schon fünfte, sechste, siebente Klasse. Ohne mit der Wimper zu zucken, hat er sich da vorne hingestellt, guten Morgen, Kinder. Wir dann, guten Morgen, Herr Heinrichs. Das war der Umschwung in der Schule. Wir hatten den Krieg nun praktisch überlebt und wir waren auch zu allem Blödsinn bereit. Das war so befreiend, dass wir nun nicht mehr Krieg hatten. [...]

Wir wurden Lehrlinge, wir saßen alle in dem



Ingrid Henneberg
(mit Handtasche)
mit anderen
Mädchen eines Kin-
derchores 1949

großen Raum, die 70 neuen Lehrlinge. 14-jährige Kinder waren wir ja noch und da lag auf jedem Platz ein Antrag für die Gewerkschaft, ein Antrag für die FDJ, ein Antrag für die deutsch-sowjetische Freundschaft und ein aufgesetzter Lehrvertrag. Und dann hat der Ausbildungsleiter eine Ansprache gehalten, hat uns kurz die Bedeutung der einzelnen Blätter erklärt. Mit 14 trat man in die FDJ ein, mit 14 wurde ich Gewerkschaftsmitglied. DSF war eine Formsache, aber Gewerkschaft war ganz wichtig. Und dann war ich erst mal in allem drin. Mein Vater musste das alles unterschreiben, da ich mit 14 noch nicht unterschreibungsfähig war. Und wenn du erst mal drin bist, dann kommen auch welche und fragen, ob du dies oder das oder jenes eventuell mitmachen möchtest, so wie ihr gekommen seid und wie der Kollege Abel mich dann geschickt hat, so kommst du zu so was. [...]

Frage: Und als Du dann den Gewerkschaftsantrag unterschrieben hast, so Deine erste Begegnung mit dem FDGB, mit der Arbeit ...

„FDGB gar nicht, da habe ich einen Vertrauensmann gehabt, da habe ich meine Marken gekauft, da habe ich die 1.-Mai-Demonstration

Ingrid Henneberg
mit Kollegen im
Konstruktionsbüro,
Magdeburg 1953



mitgemacht, da habe ich gerade jetzt einen Artikel geschrieben und habe zurückgedacht an den 1. Mai und an meine anderen 65-Mal erlebten Maie. Ich habe aber keine Funktionen gehabt. Ich bin ein ganz normales Mitglied gewesen, was nicht geschwänzt hat, sondern was immer da war, wenn es gerufen wurde, aber ich hatte dann keine Funktion, weil ich relativ früh Leiterin wurde, wo du die Reife hattest, dass du auch Funktionen übernehmen konntest. Ich habe keine Gewerkschaftsfunktionen übernommen, sondern war ab 1958 Leiterin. Eine fachliche, ja. [...]

Ich war in einem politischen Kabarett. Das hat mir natürlich auch das nötige Selbstbewusstsein anerzogen, dass du dann auch alleine sein musstest. Ich war dann auch mal mit unserem Ensemble in Hannover. Da haben wir uns getarnt als Sing- und Spielgruppe Magdeburg; in Wirklichkeit waren wir ganz anders und damals war die Kommunistische Partei noch nicht verboten. Dort sind wir auf einer Veranstaltung aufgetreten, und das hatten sie uns eingebläut, wenn ihr also gefragt werdet, wo ihr herkommt, sagt ihr das.“

Frage: Wer hat euch das eingebläut?

„Ja, der Ensemble-Leiter, ihr sagt, wir sind die Sing- und Spielgemeinschaft. Wir sind da angekommen und dann kam ein VW mit einer Antenne und dann haben sie als erstes aus dem

Bus unseren Sing- und Spielleiter rausgeholt und damit war wahrscheinlich das Inkognito geplatzt.“

Frage: Habt ihr den wiedergesehen?

„Natürlich, der hat versucht, ihnen das auch zu erzählen, dann haben die gesagt, wir wissen ganz genau, wer Sie sind. So etwas brauchen Sie uns nicht zu erzählen, wir wissen, dass Sie das Kulturensemble vom VEB sowieso sind. Na und wir sind dann rüber, wieder in unseren Bus und dann fuhr der VW mit der Antenne, der fuhr immer hinter uns her, bis nach Hannover hin hat der uns begleitet. Und abends saßen die dann – das haben uns aber die kommunistischen Leute erzählt – in der hinteren Reihe, wo wir aufgetreten sind. Am nächsten Tag sind wir wieder nach Hause gefahren, wir waren nur eine Nacht da gewesen. Wir haben dann auch bei privat geschlafen, dort bei den Kollegen. Ja, das war auch so lustig, so ein lustiges Erlebnis. Das war das einzige Mal, wo ich die Grenze auch überschritten hatte. [...]

Ach, wie bin ich da reingekommen? Du wirst geworben im Betrieb. Der Betrieb hatte einen Chor. Wir waren ja auch in der FDJ und in der Jugendorganisation. Betriebliche Gewerkschaft und die FDJ, die waren die Träger solcher Gruppen. Ich war im Kabarett und wir hatten jemanden vom Theater, der uns da betreut hat. Dann haben wir von Kurt Tucholsky das Stück aufgeführt „Wo kommen die Löcher im Käse her“, sehr interessantes Stück, muss man gelesen haben. Ja, das war schon so ein kritisches Stück; und andere Sachen haben wir auch gemacht.

Der FDGB in Magdeburg hatte einen eigenen Chor und die sind dann auch mal in die Betriebschöre gegangen und haben mal geguckt, und wenn sie da passende Leute gefunden haben, dann haben sie gesagt, wollt ihr nicht

auch bei uns mitsingen. Das fing im Betrieb an und dehnte sich dann auf die Stadt aus, also, wo du da gebraucht wurdest, oder war auch, wenn du irgendwo neu angefangen hast, haben die gefragt, was haben Sie denn in dem anderen Betrieb gemacht, waren Sie denn irgendwo beteiligt, und dann hast du erzählt, ach, wir haben einen Chor ... haben wir auch, vielleicht machen Sie da auch gerne mit, ja, und so kamst du dann in solche Kulturgruppen rein und das war ja sehr geschätzt. Es war auch eine Tendenz, dass nun die Arbeiter auch an die Kultur herangeführt werden sollten [...]. Jeder größere Betrieb hatte ein Kulturensemble, und wer Interesse hatte, und ich hatte, wurde da eingegliedert.

Das war die Freizeit, die wir gestaltet haben, ja, nicht irgendwo, sondern wir waren in unserem Kollegenkreis und haben da auch unsere Jugend verbracht. Die Feierabende und Wochenenden sind wir irgendwo hingefahren, sind aufgetreten, das Ensemble war unterwegs. Magdeburg hat ja viele kleinere Städte, die haben uns dann eingeladen. Die größten volkseigenen Betriebe hatten Patenschaften mit der Landwirtschaft. Die Kollegen brauchten auch öfter mal was für ihre Maschinen, die wir hatten. So, und die haben dann auch gesagt, ja, Menschenkind, wir haben Erntedankfest, wollt ihr nicht mal kommen, und so entwickelte sich das, das war alles auf Gegenseitigkeit.“

Gerhard Küther – Rote Falken und Gewerkschaftsbeitritt

„Diese Zeit in Bochum-Dahlhausen von 1948/49 hat mich in unserer Familie sehr geprägt. Der Onkel war ein guter Sozialdemokrat, einer, der die Sache immer sehr ernst genommen hat. Ernst in der Auffassung und ernst in der Umsetzung. Er hatte noch eine Schwester, bei der wir vorher gewohnt hatten,



die war auch in der SPD organisiert, in der Arbeiterwohlfahrt. Seine beiden Schwiegersöhne waren stark CDU-orientiert, von daher krachten zwei politische Systeme permanent aufeinander. Für mich war das deshalb gut, denn bei uns kam zweimal im Monat der Familienkreis zusammen, das waren immer so ca. 10 Personen. Da wurden auf den Tisch zwei Platten mit belegten Brötchen gestellt und Käse, jeder kriegte seine Flasche Bier und dann wurde diskutiert. Ich bekam noch keine Flasche Bier, ich habe Sprudelwasser trinken müssen, aber dann hat der Vater, ich nenne den mal so, den Gustav, die Themen angesprochen, die damals brennend waren. Ich erinnere mich sehr gut an das Thema Mitbestimmung. 1951 stand die Frage der paritätischen Mitbestimmung ja auf der Kippe. Die CDU wollte nicht, die SPD hat dann Ja gesagt. Nicht nur die SPD, auch die Gewerkschaften hatten sich dazu schon geäußert, nicht nur in Form von Worten, sondern auch mit Demonstrationen. Ich kann mich gut erinnern, ich habe in Bochum auch schon an zwei Demonstrationen für die Mitbestimmung teilgenommen, da war ich noch in der Schule. Und zusätzlich war ich Mitglied bei den Roten Falken, das war die Jugendorganisation der SPD, dort war ich mit 11 oder 12 Jahren

Gerhard Küther
(2. Reihe ganz links) und seine
Ausbildungsgruppe
im Betrieb 1956

auch Seminarleiter. Auch dort haben wir die Themen diskutiert. [...]

Und natürlich spielte bei den Themen der DGB eine große Rolle oder die Gewerkschaft. Die Gewerkschaft, die für die Fabrik, wo ich dann geschäftig habe, zuständig war, war die IG Chemie. Und für mich gab es nichts Schöneres, als endlich in die Gewerkschaft eintreten zu können. Ich hatte schon lange vorher zu Hause meinen Aufnahmeschein der IG Chemie ausgefüllt. Als dann der 1. April kam, mein erster Ausbildungstag, da bin ich schon morgens um halb sechs auf dem Treppenstein beim Betriebsratszimmer gesessen mit meinem Schein, habe gewartet, bis der Fritz Dahmann kam, um meine Aufnahme in die Gewerkschaft vollziehen zu können. Das war für mich ein ganz wesentlicher Punkt in meinem Leben: Jetzt wird es ernster.“

Bernd Strutz – Aufstand 1953 und Geschichtspolitik in der jungen DDR

„1953, am 17. Juni, da war ich ja nun gerade erst 11 Jahre alt. Da standen dann bei uns auf dem Schulhof die Panzer, die auf das Thälmann-Werk ihre Rohre gerichtet hatten, weil die Schule direkt in unmittelbarer Nähe vom Thälmann-Werk lag, und da haben sie uns dann praktisch um zehn nach Hause geschickt. Wir waren natürlich heilfroh, und wir Bengels waren auch erstmal begeistert, denn da standen Panzer, das war erstmal was. Und dann bin ich nach Hause gekommen und da kam ein Älterer aus unserer Straße, der war in Buckau auf der Schule. Der hat dann gesagt: ‚Komm mal mit, wir fahren jetzt mal nach Buckau ans Wasserwerk, da stehen auch Panzer und da ist was los, da ist Remmidemmi.‘ Wir haben uns aufs Fahrrad gesetzt und sind dahin gefahren und dann pfeifen uns ein paar Kugeln um die Ohren, wir haben uns fast in die Hosen

gemacht und haben uns auf unsere Fahrräder geschwungen und sind hier zum Polizeipräsidium gefahren.

Und da haben wir dann gesehen, wie sie die Akten und Schreibmaschinen und alles aus dem Fenster geschmissen haben, da wurde dann natürlich auch geschossen und wir sind dann auch wieder abgehauen. Aber in der Zwischenzeit war es schon später Nachmittag und meine Mutter war natürlich aus dem Betrieb auch zuhause, und die hat natürlich auf Kohlen gesessen, wo der Bengel sich rumtreibt. Darum sage ich ja, ich war ein Hans-Dampf in allen Gassen, ein Wilddieb. Und dann bin ich nach Hause gekommen und die Mutter fragte: ‚Wo warst Du denn?‘ Ich habe gesagt: ‚In Buckau und dann war ich im Polizeipräsidium.‘ ‚Das kannst Du doch nicht machen!‘ Sage ich: ‚Ich habe das aber gesehen und das kann ich auch nicht vergessen.‘ Na ja, das war dann zumindest dieses Ereignis, was mich damals fasziniert hat, obwohl ich, das muss ich dazu sagen, gar nicht wusste, worum es eigentlich ging, warum das losging. Und meine Mutter hat mir das aber auch nicht erklärt, worum es ging.

Es gab noch ein tiefgreifendes Ereignis, als ich Kind war. Meine Mutter musste ja sonnenabends arbeiten, bis um eins oder zwei war das wohl ungefähr, dann ist sie von der Arbeit gekommen. Und dann war es so üblich, dass ich mich schick anziehen musste und mit der Straßenbahn bis zum Hasselbachplatz gefahren wurde. Wir sind dann den Breiten Weg hoch marschiert, da war ja im Prinzip eine Ruine an der anderen. Aber die unteren Etagen waren eben hergerichtet worden, da waren Geschäfte drin und da konnte man eben einkaufen. Und da hat's denn auch schon mal eine Eisdiele gegeben und man konnte da nochmal gucken. Vor dem Alten Stadttheater gibt es am Breiten Weg einen Platz und auf dem stand das Denkmal von Kaiser Wilhelm. Eine Reiterstatue.

Der stand zu Hitlers Zeiten erst hier hinten auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz, der jetzt der Universitätsplatz ist [...] und wurde dann umgestellt. Jedes Mal, wenn ich dann sonnabends an dem Ding vorbei gekommen bin, habe ich es bewundert, dieses Standbild mit dem Pferd. Und der, der oben drauf sitzt und ... ach, das war meiner. So, na ja, und 1955 sind wir wie immer da hochgegangen und ich gucke: Meiner war weg. Ich sage: ‚Wo is’n der?‘. ‚Ja‘, sagt meine Mutter, ‚den haben sie abgeholt, den haben sie verschrottet.‘ Ich frage: ‚Warum?‘. ‚Na ja‘, hat sie gesagt, ‚der passt nicht mehr in unsere Zeit.‘ Zwölf Jahre, was denkt man da? Der passt nicht mehr in unsere Zeit.

Ich wusste mit dem Kapitalismus nichts anzufangen, ich wusste mit dem Sozialismus nichts anzufangen und mit unserer Zeit, das war meine Zeit, aber ob der da hingepasst hat oder nicht, darüber habe ich mir natürlich keine Gedanken gemacht. So. Ja, und später, als ich in Halle studiert hatte, habe ich dann mitgekriegt, wie das so läuft. Als eben auch das Pro-

blem dort behandelt wurde, was im Nazismus passiert ist, die Bücherstürmer, die Bücherverbrennung und die Vernichtung von allem anderen, was vorher war, aus der Wilhelminischen Zeit, und dass alles, was Sozialismus ist und Gewerkschaft, verboten wurde. [...] Da habe ich dann gedacht: ‚Ja, das macht ja fast jede Gesellschaft. Adolf hat das vernichtet und unser Sozialismus hat das auch vernichtet.‘ Ich meine, das, was da im Nazismus passiert ist, das war nicht in Ordnung und das wird ja wahrscheinlich auch jeder so sagen, dass das, was da passiert ist, furchtbar war, weil es so viel Leid und Not über die Menschen gebracht hat in Europa. Aber dass man dann immer alles kaputt machen muss, was die vorhergehende Gesellschaft aufgebaut hat? Und das hat sich jetzt wieder bei der Wende auch bewahrheitet.“



Handball-Bezirksmeisterschaften 1959 (rechts: Bernd Strutz)

Nachwirkungen der NS-Zeit

Christian Raabe

Die Wirkung des Frankfurter Auschwitz-Prozesses (1963–1965) in der Öffentlichkeit

Das Konzentrationslager Auschwitz wurde 1940 vom deutschen Staat in der Nähe von Krakau errichtet. Bis zur Befreiung und Auflösung des Vernichtungslagers und seiner 40 Nebenlager im Januar 1945 waren dort 965.000 Juden, 75.000 Polen, 21.000 Sinti und Roma, 15.000 sowjetische Kriegsgefangene und 15.000 sonstige Häftlinge ermordet worden. Von Anfang 1942 bis November 1944 kamen etwa 600 „Judentransporte“ der Deutschen Reichsbahn in Auschwitz an. Auf dem Bahnsteig bzw. an der „Rampe“ selektierte die SS, zumeist Ärzte, die Deportierten. Unmittelbar ermordet wurden Frauen mit Kindern, Alte und Kranke. 865.000 Juden wurden unmittelbar nach ihrer Ankunft in Auschwitz in den Gaskammern ermordet, ihre Leichname wurden in Krematorien und Gruben verbrannt.

In das Lager verbracht, registriert und tätowiert wurden rund 200.000 „arbeitsfähige“ Juden

(männlich und weiblich). Von diesen Häftlingen kamen aufgrund mörderischer Arbeitsbedingungen, miserabler hygienischer Bedingungen und ärztlicher Betreuung, schlechter Ernährung sowie sadistischer Behandlung durch die Wachmannschaften und Kapos etwa 100.000 um.

Rund 8.000 SS-Angehörige, darunter 200 Frauen, taten bis Januar 1945 in Auschwitz Dienst. Etwa 800 Auschwitz-Täter wurden seit 1945 abgeurteilt, die meisten, nahezu 700, von polnischen Gerichten. Vor Beginn des großen Auschwitz-Prozesses standen nur etwa zwölf Auschwitz-Täter vor deutschen Gerichten. Von Gerichten in den USA, England, Frankreich, Holland, Sowjetunion und CSSR wurden bis etwa 1949 rund 35 Täter verurteilt.

In der Zeit, als die oben beschriebenen Prozesse vor internationalen Gerichten liefen, begannen Teile des deutschen Volkes, sich der Ungeheu-



Zynismus der Nazis: Tor mit der Aufschrift „Arbeit macht frei“ (Gedenkstätte KZ-Sachsenhausen)

© AdsD

Der ehemalige jüdische Häftlingsarzt Otto Wolken aus Wien berichtet über die grauenhaften Zustände im Lager Auschwitz.
© dapd Nachrichtenagentur GmbH/ddp images (vormals AP)

erlichkeiten der in deutschem Namen begangenen Verbrechen bewusst zu werden. Aufgrund der weltpolitischen Entwicklung wurde dieser notwendige Erkenntnisprozess jedoch sehr bald überlagert von der auch von den westlichen Siegermächten gewünschten Einordnung der Bundesrepublik gegen den „Feind im Osten“. Vor diesem Hintergrund bildete sich in der Bundesrepublik wieder und verstärkt ein Verbund des Schweigens in Bezug auf die eigene schreckliche Vergangenheit. Wer an die in den Vernichtungslagern begangenen Verbrechen erinnerte, konnte leicht in den Geruch des „Nestbeschmutzers“ geraten.

Einige „Störenfriede“, wie der Vizepräsident des Internationalen Pen-Clubs Robert Neumann, hielten sich jedoch nicht an dieses Schweigegebot. Seine im Jahre 1960 ausgestrahlte mehrteilige Rundfunksendung „Ausflüchte unseres Gewissens. Dokumente zu Hitlers ‚Endlösung der Judenfrage‘ mit Kommentar und Bilanz der politischen Situation“ löste eine Debatte aus und hinterließ einen tiefen Eindruck. Ebenfalls 1960 hatte der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) eine Kampagne unter der Losung „Unge-sühnte NS-Justiz“ ausgelöst. Nachdem die deutschen Justizbehörden die Verfolgung der NS-Verbrechen 13 Jahre verschleppt hatten, gründeten die Landesjustizminister 1958 die Zentrale Stelle zur Verfolgung von Naziverbrechen mit Sitz in Ludwigsburg.

Nachdem ehemalige Häftlinge, die das Konzentrationslager Auschwitz überlebt hatten, Strafanzeigen in Stuttgart und Frankfurt am Main erstattet hatten, erwirkte der damalige Frankfurter Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer beim Bundesgerichtshof am 14. April 1959 einen Beschluss, durch den die Zuständigkeit in der angestregten Strafsache gegen Auschwitz-Täter der Frankfurter Staatsanwaltschaft und dem Frankfurter Landgericht übertragen wurde. Nach sehr umfangreichen Ermittlungen reichte die Staatsanwaltschaft am 16. März 1963 beim Schwurgericht die An-



klageschrift gegen 24 Angeschuldigte ein. Mit Beschluss des Landgerichts vom 7. Oktober wurde das Hauptverfahren eröffnet. Von den 24 Angeschuldigten verstarb einer im Juni 1963. Wegen Krankheit schied ein Angeschuldigter vor Beginn und zwei weitere schieden während der Hauptverhandlung aus. Die Hauptverhandlung begann am 20. Dezember des Jahres im Sitzungssaal der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung im Rathaus („Römer“), da die Frankfurter Gerichte nicht über einen ausreichend großen Verhandlungssaal verfügten. Nach 31 Verhandlungstagen wurde die Verhandlung im eben fertig gestellten Großen Saal des Bürgerhauses Gallus in Frankfurt fortgesetzt. Die Verhandlung endete mit der



Auschwitzprozess in Frankfurt, Prozessbeginn 20.12.1963 – Prozessakten
© Picture Alliance/dpa



Beendigung der Urteilsverkündung am 183. Verhandlungstag, der am 20. August 1965 stattfand.

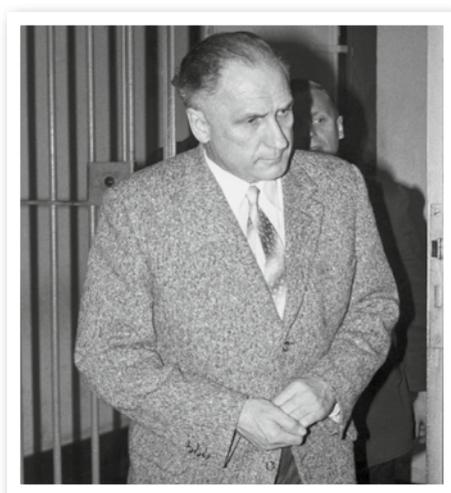
Sowohl die meisten Prozessbeteiligten als auch die zahlreichen Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen bescheinigten dem Gericht, insbesondere dem Vorsitzenden Hofmeyer, den Prozess umsichtig, sachlich und fair geführt zu haben.

Das Gericht führte eine sehr umfangreiche Beweisführung durch. Zu Beginn der Beweisaufnahme trugen Historiker umfassende Gutachten vor, die von der Staatsanwaltschaft in Auftrag gegeben und vor Prozessbeginn schon zu den Gerichtsakten eingereicht worden waren. Die Gutachter stellten die nationalsozialistische Polen- und Vernichtungspolitik, die Terrorherrschaft der SS, das KZ-System und die systematischen Verbrechen an Angehörigen der Roten Armee (sogenannter Kommissarbefehl) dar.

Nach der Erstattung der Gutachten wurden 360 Zeugen vernommen, darunter 211 Überlebende des Lagers Auschwitz und 54 SS-Leute des Lagerpersonals. Während die Angeklagten grundsätzlich jegliche Tatbeteiligung und Schuld bestritten, konnte sie das Gericht durch die überwiegend sehr verlässlichen und oftmals sehr eindrucksvollen Aussagen der Opfer-Zeugen überführen. Zur Wahrheitsfindung trug auch ein Lokaltermin bei, der vom 14. bis 16. Dezember 1964 im Lager Auschwitz stattfand. Das Schwurgericht hatte den beisitzenden Richter Hotz beauftragt, vor Ort

die Beweisaufnahme durchzuführen. Es nahmen Staatsanwälte, Rechtsanwälte der Nebenkläger, Verteidiger und der Angeklagte Dr. Lucas teil. Durch die Augenscheinnahme vor Ort konnten viele Schutzbehauptungen der Angeklagten widerlegt werden. Die Atmosphäre des Lagers hinterließ bei vielen Prozessbeteiligten einen tiefen Eindruck, der sich auch im Urteil niederschlug. Durch das Urteil wurden von den 20 Angeklagten sechs zu lebenslangem Zuchthaus, elf zu zeitlichen Freiheitsstrafen zwischen 14 und 3 Jahren, 3 Monaten verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Blick auf die Vorbereitungsarbeiten für den Prozess im Stadtverordneten-Sitzungssaal im Frankfurter Römer
© Picture Alliance/dpa



Prozess gegen Adolf Eichmann in Frankfurt am Main 06.06.1961:

Der letzte Kommandant von Auschwitz Richard Bär als Zeuge auf dem Weg in den Gerichtssaal
© Picture Alliance/dpa



Auschwitz-Prozess gegen den ehemaligen SS-Oberscharführer Wilhelm Boger in Frankfurt – Foto im Telegraf am 19.04.1966

© Picture Alliance/dpa

Mit den zum Teil für zu mild eingeschätzten Schuldsprüchen und Freisprüchen waren natürlich nicht alle einverstanden. Der Prozess hinterließ dennoch einen tiefen Eindruck in der Bundesrepublik und führte zu einer radikalen Bewusstseinsänderung. Die während des Prozesses zutage geförderten Tatsachen waren überwiegend so grauenvoll, dass seit diesem Verfahren jedermann die Brutalität, die menschenverachtende Infamie und auch Dummheit des nationalsozialistischen Systems erkennen konnte. Ein Leugnen der vom Gericht festgestellten Verbrechen war danach nicht mehr möglich. Das Prozessgeschehen wurde durch viele Tausend Menschen verfolgt, unter denen sich sehr viele jungen Menschen befanden. Die Bewusstseinsänderung im Land wäre allerdings ohne die umfangreiche Berichterstattung von Presse, Rundfunk und Fernsehen nicht möglich gewesen.

Holger Gorr

Die Diskussion in der IG Metall über Schuld und Verantwortung in den Nachkriegsjahren

„Eine Menschheitstragödie hat sich in den letzten zwölf Jahren abgespielt, für die es in der Geschichte kein Beispiel gibt.“

Hans Brümmer, 1946

Häufig wird die Meinung geäußert, die westdeutsche Gesellschaft habe in den Nachkriegsjahren den Faschismus und vor allem den Holocaust kollektiv verdrängt, sich der historischen Verantwortung für diese Verbrechen entzogen. In diesem Beitrag möchte ich der Frage nachgehen, inwieweit diese Haltung auch auf die IG Metall zutrifft, die mit ihrer großen Mitgliedschaft einen nicht zu übersehenden Teil unserer Gesellschaft darstellt. Die Fragestellung lautet konkret, ob und wie sich die IG Metall und ihre Vorläufer in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Befreiung mit der deutschen Vergangenheit befasst haben. Der Begriff Holocaust und verwandte Ausdrücke wie Shoah oder Porejmos sind im deutschen Sprachraum erst seit etwa 1980 gebräuchlich. Sie fallen deshalb während der ersten Kongresse ebenso wenig wie andere denkbare Begriffe, beispielsweise Judenverfolgung. Daraus sollte aber nicht voreilig der Schluss gezogen werden, dass die Zeit von 1933 bis 1945 ausgeblendet war. Das Gegenteil ist zutreffend. Auf den ersten Gewerkschaftstagen zwischen 1946 und 1949 haben die Erfahrungen mit dem Faschismus eine dominante Rolle gespielt, nicht jedoch auf allen.

Als markantes Beispiel kann der Verbandstag des Industrieverbandes Metall Württemberg-Baden, der regionalen Landesgewerkschaft, am 10. und 11. August 1946 in Stuttgart-Untertürkheim gelten. Der erste Verhandlungstag war nahezu ausschließlich der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gewidmet. Konsens war, alle Kraft der wieder entstehenden Organisation dafür aufzuwenden, dass es nie wieder so weit kommen

darf wie 1933. Der Schwerpunkt lag verständlicherweise bei den eigenen Opfern. Viele der anwesenden Delegierten waren selbst politischer Verfolgung ausgesetzt, waren im KZ inhaftiert oder sind misshandelt worden. Die eigene Rolle wurde aber kritisch reflektiert: Die Fehlscheidungen während der Machtübertragung an Hitler wurden offen angesprochen. Auch die mangelnde Zivilcourage unter Arbeitern wurde reflektiert, ohne etwas zu beschönigen oder zu relativieren. Der verbrecherische Charakter wurde festgestellt, Opfer und Profiteure wurden eindeutig identifiziert, Militarismus und Nationalismus der Kampf angesagt. Deutschland war von den Alliierten befreit worden. Daraus wurden Konsequenzen abgeleitet: Die Aufspaltung in Richtungsgewerkschaften sollte durch die Einheitsgewerkschaft überwunden und den Gewerkschaften eine weitgehende Mitbestimmung – in den Nachkriegsjahren im Sinne einer umfassenden Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu verstehen – zugestanden werden. Wichtige Industrien sollten vergesellschaftet werden. Nazis sollten nicht nur aus der Verwaltung, sondern auch aus den Betrieben verschwinden. Die auch unter Betriebsräten verbreitete Praxis, Unternehmern und Führungskräften „Persilscheine“ auszustellen, wurde heftig kritisiert. Schließlich wurde eine sozialistische Gesellschaft angestrebt.

Mit dem für die Zeit üblichen Pathos eröffnete der Vorsitzende Hans Brümmer den Kongress: „Die verflossenen zwölf Jahre sind eine der finsternen und schmerzvollsten Epochen, die das

deutsche Volk je in seiner Geschichte durchlaufen musste. Eine Epoche, die mit Blut und Tränen, Schrecken und Vernichtung gezeichnet ist. Eine Menschheitstragödie hat sich in den letzten zwölf Jahren abgespielt, für die es in der Geschichte kein Beispiel gibt. [...] Die nationalsozialistischen Organisationen sind dank der Hilfe der Alliierten zerschlagen. Nun gilt es aber in erster Linie den bösen Geist, das unheilvolle Gift der Nazis aus den Köpfen und Herzen der Menschen zu holen. [...] Leider hat ja das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit nicht die Kraft und den Willen besessen, die Nazipest auszurotten. Und die kleine mutige Schar deutscher Menschen, die gegen den Wahnsinn der Naziverbrecher kämpfte, waren leider viel zu schwach, sich durchzusetzen. [...] Unser Gedenken gilt allen Opfern des Faschismus einschließlich der im Krieg oder durch Bombenhagel Gefallenen, gleich welcher Nation, Farbe oder Rasse sie auch angehören mögen. [...] Wir ahnen die geistigen, körperlichen und materiellen Schäden, die Hitler und seine Trabanten der Menschheit zugefügt hat. Deshalb ist auch die deutsche Arbeiterklasse bereit, im Rahmen des Möglichen alle Kräfte zu deren Behebung einzusetzen, damit dadurch der Geist der Völkerverständigung und des Friedens lebendig werden kann.“ (Verbandstag Industrieverband Metall Württemberg-Baden, 10./11.08.1946: S. 10, 11 und 13) In seinem Geschäftsbericht erinnerte Brümmer daran, wer zuerst verfolgt wurde: „Die Folge davon war, dass alle Glieder der deutschen Arbeiterbewegung als erste verboten, deren Vermögen gestohlen und die Funktionäre teilweise ermordet oder ins Gefängnis, Zuchthaus oder KZ geworfen wurden. [...] Schon diese Tatsache allein beweist, dass sich der Kampf der Nazis in erster Linie gegen die vorwärts und aufwärts strebende Arbeiterklasse richtete.“ (Ebd.: S. 46)

Nicht nur das Versagen von Organisationen, auch das individuelle Versagen als Person wurde kritisch angesprochen. Der Delegierte Schreck aus Mannheim: „Der deutsche Mensch, leider auch

der Gewerkschaftler, der organisierte Arbeiter, tut in der Regel immer nur dann etwas, wenn er einen Paragraphen auf seiner Seite hat, wenn er gesetzlich gedeckt ist, oder wenn er wie unter Hitler einen Befehl bekommt. Er vergisst, dass er auf eigene Faust und auf eigene Verantwortung etwas tun soll. Ich glaube, der Appell an das Verantwortungsbewusstsein der Betriebsräte und das Handeln auf Grund der Zivilcourage ist ein bedeutender Fortschritt in der deutschen Arbeiterbewegung.“ (Ebd.: S. 70) Oder in der Diktion Brümmers im Schlusswort: „Sind denn wirklich die Arbeitermassen so ganz unschuldig an den heutigen unglücklichen Zuständen? Haben sie denn nicht auch einen Teil zu dem Unglück unseres Vaterlandes beigetragen? Es wäre verhängnisvoll, diese Tatsache zu verleugnen, das würde nur wieder zu einer ganz falschen Schlussfolgerung führen. Sie haben mitgeirrt und müssen nun auch die Folgen tragen. Nur aus dieser Selbsterkenntnis heraus kann ein gesundes Denken und Erkennen wachsen.“ (Ebd.: S. 111)

Einen vergleichbaren Charakter hatten die beiden ersten Gewerkschaftstage der bayerischen IG Metall im Juni 1946 und Januar 1947. Auf dem Kongress von 1947 brach eine heftige Generationsdebatte aus. Ältere Funktionäre hegten starkes Misstrauen gegenüber jüngeren Kollegen. Sie befürchteten, diese wären stark von der Hitlerjugend und von der Propaganda beeinflusst, und misstrauten jungen Mitgliedern grundsätzlich. So wurde von Morddrohungen jüngerer Nazis gegenüber Gewerkschaftern und Betriebsräten berichtet. Schließlich verwiesen jüngere Delegierte darauf, dass es auf die Haltung und nicht auf das Alter ankäme. Am Ende der Debatte ergriff Erwin Essl, Bevollmächtigter der IG Metall in Schweinfurt und von 1949 bis 1974 Bezirksleiter in Bayern, das Wort und rief eindringlich zu Frieden und Völkerverständigung auf. Zur Rolle der Gewerkschaftsführungen 1933 bemerkte er: „Es wäre 1933 gesünder und vernünftiger gewesen, wenn einige Tausend unserer besten Funktio-

näre auf den Barrikaden gestorben wären, denn damit wäre dieses Übel, das über Deutschland gekommen ist und über die Welt, ein für allemal vorbei gewesen und damit hätten wir auch tatsächlich dem Ausland gegenüber uns die Stellung erkämpft, um die wir heute so bitten müssen. Es wird uns nicht in den Schoß fallen; wir müssen uns diese Stellung erkämpfen.“ (Verbandstag IG Metall Land Bayern 28. bis 30.01.1947 in München: S. 156)

Anfang April 1949 führt die Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) ihren Vereinigungskongress in Bad Salzungen durch. Der erste Tag des Kongresses war Grußworten und dem Referat von Ludwig Rosenberg, ab 1949 im Vorstand des DGB und von 1962 bis 1969 DGB-Vorsitzender, vorbehalten. Viele internationale Gäste kamen zu Wort, worauf die GTB offensichtlich großen Wert legte. Die Aussöhnung mit den Nachbarvölkern, die Anerkennung des Widerstands und die Wiederaufnahme in die Internationale der Textilarbeiter – eine Internationale der Bekleidungsarbeiter gab es 1949 noch nicht – standen dabei im Vordergrund. Der Vertreter der niederländischen Gewerkschaften T. v. d. Heeg sprach die deutschen Verbrechen unmissverständlich an: „Zum ersten Mal nach der Befreiung kommt wieder eine Delegation unseres Verbandes nach Deutschland. Während der Besetzung unseres Landes von der deutschen Wehrmacht und nach dem Vorgehen der SS haben wir – und ich will es den Delegierten ganz offen sagen – wiederholt die Frage gestellt, ob man überhaupt wieder freundschaftliche Beziehungen mit den Deutschen werde anknüpfen können. Vergessen Sie nicht, Kollegen, dass allein in Amsterdam von 2.000 Mitgliedern unseres Verbandes 1.000 infolge des Naziterrors in Deutschland und Polen ermordet worden sind.“ „Hört! Hört!“ liest man im Protokoll. Und weiter: „Dabei haben wir manchen Bekannten von unseren alten Kollegen, die hier sind, vom deutschen Bekleidungsarbeiterverband, dabei haben wir auch unsere beliebte

Sekretärin, Fräulein Jung, die auch unter denen war, die in Polen vergast worden sind. Sie verstehen infolgedessen, dass wir noch immer an unsere Kollegen denken. Es ist nicht einfach für uns, nun nach der Befreiung wieder mit Deutschen zu sprechen, mit Deutschen zusammen zu kommen, wieder nach Deutschland zu kommen. Wir haben gehört, wie viele Opfer auch in Ihren Reihen gefallen sind. Wie Sie auch gegen den Naziterror gekämpft haben. Wie viele meiner alten Freunde sind durch den Naziterror ermordet worden! Wir verstehen, dass Sie auch Ihr Elend getragen haben, und wir wissen es auch, welche Folgen ein ewiger Hass zwischen zwei Völkern für die Arbeiterklassen beider Länder haben würde. [...] Sie haben zwölf, wir fünf Jahre unter einer Diktatur gelebt.“ (Vereinigungskongress Gewerkschaft Textil-Bekleidung für die Westzonen Deutschlands 07. bis 09. 04.1949 in Bad Salzungen: S. 17 f.) Der Redner bekommt zweimal lebhaften Beifall, andere ausländische Gäste zumeist nur am Ende ihrer Ansprachen. Es ist davon auszugehen, dass unter den 1.000 Ermordeten sehr viele Juden waren, da das Bekleidungs-gewerbe einen überdurchschnittlichen Anteil jüdischer Beschäftigter hatte. Erstaunlicherweise benutzt Kollege v. d. Heeg weder den Begriff „Auschwitz“ noch „Judenverfolgung“.

Spielten nach 1945 solche Funktionäre eine große Rolle, die bereits vor 1933 in führenden Funktionen tätig gewesen sind, beispielsweise als Vorstandsmitglied oder als Bezirksleiter, fanden auf den Nachkriegskongressen vergleichsweise kurze Ehrungen von Opfern und Toten statt, jedoch keine offene Debatte über die eigene Rolle. Ein Beispiel hierfür ist die IG Metall der britischen Zone, in denen die beiden früheren Bezirksleiter Wilhelm Petersen und Walter Freitag dominierten, und die Gewerkschaft Holz, die den früheren stellvertretenden Vorsitzenden Markus Schleicher zum Vorsitzenden wählte. Man beschränkte sich auf eher symbolische Akte wie z. B. die Enthüllung eines Gedenksteins, für die

die Tagung unterbrochen wurde. Ursache dafür dürfte gewesen sein, dass die führenden Personen bis zum 2. Mai 1933 den Anpassungskurs der Gewerkschaften an den NS-Staat mitgetragen und kein Interesse an einer umfassenden und vor allem selbstkritischen Diskussion hatten, die auch ihre eigene Rolle thematisiert hätte. Als Beispiel kann die Rede Walter Freitag's gelten, der bei der Enthüllung des Gedenksteins in Lippstadt die Einheit in dem Sinn beschwor, dass alles zu vermeiden sei, was die Verbandsleitung in Frage stelle: „Ich bin der Meinung, wir können nicht besser handeln, als dass wir uns hier zu einer Feierstunde zusammenfinden und hierbei persönlich jeder von uns erneut das Gelöbnis geben, alles zu vermeiden, was dazu dienen kann, die Einheit in unseren Reihen zu stören, alles zu tun, was möglich ist, den Zusammenhalt bei uns auch für die Zukunft zu sichern. [...] Hier am Grabstein stehen wir und gedenken stumm aller derjenigen, die ihr Leben lassen mussten als Opfer der fürchterlichen zwölf Jahre, die hinter uns liegen. Ihr Tod ehrt uns, ihr Tod verpflichtet uns. Und in dieser Pflichterfüllung wollen wir handeln. Eins wollen wir sein, treu unserem Schwur, den wir in dieser Feierstunde abgelegt haben. Einigkeit sei unser Grundsatz, Wahrheit unser Wollen.“ (Verbandstag IG Metall für die britische Zone und das Land Bremen, Lippstadt 28. bis 30.09.1948: S. 41 f.)

Deshalb kann folgende These formuliert werden: Hatten die ab 1945 leitenden Funktionäre vor 1933 nur örtliche Funktionen inne, beispielsweise als lokale Sekretäre oder Bevollmächtigte, ohne Verantwortung für den Anpassungskurs auf Reichsebene, haben sie eine breite Debatte über die Vergangenheit nicht nur zugelassen, sondern selbst initiiert. Beispiele sind Alois Wöhrle, der Vorsitzende der Landesgewerkschaft Metall in Bayern, Hans Brümmer im nördlichen Teil von Württemberg und Baden oder auch die Leitung der GTB unter Werner Bock. Oftmals nahmen diese Diskussionen einen ganzen Verhandlungs-

tag ein, bei zweitägigen Kongressen damit die Hälfte der zur Verfügung stehenden Zeit. Die Diskussionen hatten allerdings nicht die Judenverfolgung im Mittelpunkt, sondern waren breit angelegt, drehten sich um die Verfolgung der Gewerkschaften und ihrer Funktionäre, eigene Versäumnisse und Fehler sowie die Frage, welche Konsequenzen daraus zu ziehen seien. Ab 1948 dominierten dann unmittelbare Tagesaufgaben die Kongressdebatten. Die Rolle der Gewerkschaften im Nachkriegsdeutschland, die Versorgungslage, die Lohnsituation, die stärkere Beteiligung von Frauen an der Gewerkschaftsarbeit, die Organisierung von Angestellten, die Demontage und die Reparationen, die Folgen der Währungsreform und die Restauration der alten Besitzverhältnisse beschäftigten die Delegierten. Das sollte nicht als Verdrängung des Holocaust missverstanden werden. Es dürfte angemessener sein, von einem unwidersprochenen Konsens der führenden Funktionäre und der Delegierten auszugehen. Die Mehrzahl der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der IG Metall bis in die 60er Jahre hinein waren Widerstandskämpfer oder NS-Verfolgte. Man wusste, was man selbst und was andere erlebt hatten, dessen brauchte man sich nicht ständig zu versichern, wo doch dringende Tagesaufgaben zu bewältigen waren. Bis etwa 1960 spielt die Vergangenheit auf der Ebene der Gewerkschaftstage keine große Rolle mehr.

Das wird durch die Auskünfte von Volkmar Heusel, früherer Sekretär des Bezirks Frankfurt der IG Metall, unterstrichen.^{*} Der Kollege trat 1958 der IG Metall in Frankfurt bei und begann gleich, in einer der 16 Jugendgruppen im Stadtgebiet mitzuarbeiten. Er lernte dort eine Diskussionskultur kennen, die eine Vielzahl von Themen aufgriff. In diesem offenen und solidarischen Umfeld wurde über Antifaschis-

^{*} Der Verfasser führte zwei ausführliche Telefonate mit dem im Juli 2015 verstorbenen Volkmar Heusel am 16.02.2011, mit Horst Klaus am 23. und 24.07.2015 sowie mit Manfred Leiss am 29. und 30.07.2015. Ich danke den Kollegen für ihre freundliche Unterstützung.

mus, Antimilitarismus, Pazifismus, Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in Algerien und später in Vietnam, und selbstverständlich über gewerkschaftliche betriebliche Belange debattiert. Unterschiedliche Meinungen wurden offen diskutiert. Das antikommunistische Klima der späten Adenauer-Ära spielte keine Rolle. Selbstverständlich wurde auch der Holocaust thematisiert: Dabei waren die Verfolgung von Juden beziehungsweise deren Gründe für viele Jugendliche schwer verständlich, sie konnten im Judentum keine Gegnerschaft zu den Nazis erkennen, wie das bei politischen Gegnern offensichtlich war. Es blieb für sie schwer nachvollziehbar, wieso eine reine Zuordnung zu einer Gruppe diese furchtbaren Konsequenzen hatte. Auf großes Unverständnis stieß die Integration ehemaliger Nazis in das politische System der Bundesrepublik. Die Übernahme des Alt-Nazis Gehlen in die Dienste des US-amerikanischen Geheimdienstes und seine spätere Rolle beim Aufbau des Bundesnachrichtendienstes (BND) haben für Empörung gesorgt, denn das stand im Widerspruch zur Rolle der USA als Befreier und Wegbereiter der Demokratie. Die Debatten wurden immer offen geführt. Die Bezirksleitung war informiert, es handelte sich nicht um verdeckte oder heimliche Gespräche. Manfred Leiss, seit 1956 Leiter der Abteilung Jugend, bestätigte vergleichbare Diskussionen in den Bezirken Bayern oder in Hannover. Horst Klaus berichtet, dass die IG-Metall-Jugend Nürnberg die Konzentrationslager Dachau und Flossenbürg besuchte und 1960 anlässlich des 15. Jahrestages der Befreiung zu diesem Thema 640 Teilnehmer auf 21 Wochenendseminaren begrüßen konnte.

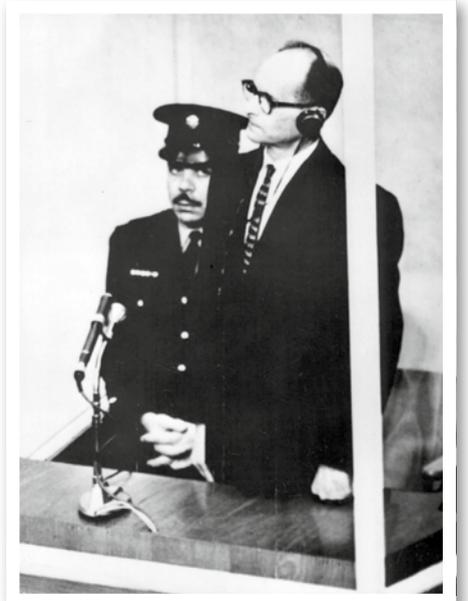
Es blieb nicht bei Diskussionen über die Judenverfolgung. 1961 besuchte Volkmar Heusel noch als Ehrenamtlicher mit einer IG-Metall-Delegation Auschwitz. Gezielt wurden dazu die Jugendsekretäre angesprochen, um Multiplikatoren zur Teilnahme zu bewegen. Die Jugendgruppe hatte sich außerdem darum bemüht, als Zuschauer

an einer Verhandlung des Frankfurter Auschwitz-Prozesses teilnehmen zu können. Das war nicht einfach, es gelang aber über Kontakte eines Kollegen zu Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, dem Initiator der Prozesse. Die Jugendlichen waren von der Befragung von Zeugen, die Auschwitz überlebt hatten, durch den Verteidiger eines Angeklagten erschüttert: Der Rechtsanwalt hatte versucht, durch Fragen nach Details wie Uniformabzeichen das Erinnerungsvermögen von Zeugen und damit die Beweiskraft von Identifizierungen zu erschüttern. Dieser Umgang mit Überlebenden stieß auf Empörung. Der Antifaschismus war aber nicht auf die Gewerkschaftsjugend beschränkt. Der Frankfurter Stadtjugendring beispielsweise führte eine Israelreise durch und besuchte dort unter anderem einen Kibbuz. Allerdings gab es auch kontroverse Diskussionen mit jungen Israelis über die Rolle der israelischen Armee.

Auch die Informationen der Zeitzeugen zeigen, dass der Holocaust und die Judenverfolgung sehr wohl thematisiert worden sind. Die Annahme eines breiten antifaschistischen Konsenses wird bestätigt. Vor allem aber haben die Diskussionen auf eigene Initiative ohne äußeren Anlass begonnen, wie die Zeitzeugen bestätigen. Sie waren zudem nicht auf einen einzigen Aspekt eingegrenzt, sondern haben immer den Gesamtzusammenhang von Verfolgung in der NS-Zeit reflektiert. Möglicherweise wurden Jugendliche dort zum ersten Mal überhaupt mit dem Thema Judenverfolgung konfrontiert. Eine Vorreiterrolle der Gewerkschaften bei der gesellschaftlichen Debatte des Holocaust ist zumindest denkbar, eine gründliche Untersuchung dieser Frage war im Rahmen dieses Beitrages nicht möglich.

Die These einer breiten Debattenkultur unter Einschluss der Judenverfolgung wird von einem internen Bericht über die 5. Jugendkonferenz der IG Metall im Juni 1960 gestützt. Dort wurde ein Antrag einstimmig angenommen, dass künftig

Gedenkfahrten nach Auschwitz durchgeführt werden sollten. Er wurde ohne Diskussion angenommen, was als Beleg für einen breiten Konsens interpretiert werden kann. Der Jugendausschuss stellte dann einen diesbezüglichen Antrag beim Gewerkschaftstag, ebenso die Verwaltungsstelle Berlin. Die Antragsberatungskommission erweiterte den Antrag dahingehend, dass ebenso andere Konzentrationslager besucht werden können. Der Antrag wurde vom 6. Gewerkschaftstag einstimmig und abermals ohne Debatte angenommen. An dieser Stelle lohnt ein genauer Blick auf die Zeitabläufe: Am 5. und 6. Mai tagte der 5. Jugendkongress in Bochum. Auf den 11. Mai 1960 fiel die aufsehen erregende Verhaftung Adolf Eichmanns, am 23. Mai wird gegen den inzwischen nach Israel gebrachten SS-Mann Haftbefehl erlassen. Der 6. Gewerkschaftstag der IG Metall fand vom 17. bis 22. Oktober 1960 statt. Am 21. Februar 1961 erhob der israelische Generalstaatsanwalt Anklage gegen Eichmann. Die Jugendkonferenz fasste den Beschluss also vor der Festnahme. Am 16. April 1963 wurde im ersten Auschwitz-Prozess öffentlich Anklage erhoben.



Vor der IG Metall-Jugend hatte die Sozialistische Jugend Deutschlands – „Die Falken“ Auschwitz besucht. Die Naturfreundejugend unterstützte diese Fahrten, die Jugendorganisationen anderer Verbände hingegen nicht. Die IG Metall griff auf die Erfahrungen zurück, die die „Falken“ gemacht hatten. Die Fahrt selbst war mit erheblichem Aufwand verbunden. Westdeutschland und Polen unterhielten zu diesem Zeitpunkt keine diplomatischen Beziehungen. In Ostberlin wurden in der polnischen Militärmission die Einreisevisa ausgestellt. Weiter ging es über Poznan nach Warschau und Krakow. Da der erste Besuch in Auschwitz durch die DDR führte, wurde von der ursprünglichen Absicht, 200 Jugendlichen die Reise zu ermöglichen, Abstand genommen und zunächst eine Gruppe von 40 „aktiven Funktionären“ ins Auge gefasst, um Erfahrungen zu sammeln. Die Teilnehmer wa-

ren der Jugendausschuss, die Jugendsekretäre der Bezirke und einige Bevollmächtigte. Unter ihnen befanden sich Eugen Loderer, Hans Pleitgen, Manfred Leiss, Horst Klaus, Sepp Rosenthal und Fritz Angermeier. Als problematisch wur-

Eichmann-Prozess
in Israel 19.04.1961:
Eichmann beim
täglichen Rundgang
im Gefängnishof
© Picture Alliance/
AP Images

Eichmann-Prozess
in Israel 19.04.1961:
Urteilsverkündung.
Der Angeklagte in
seiner kugelsicheren
Glazelle
© Picture Alliance/
AP Images

den die kaum zu vermeidenden Kontakte mit den Staatsgewerkschaften der Ostblockstaaten eingeschätzt; ein Zusammentreffen mit solchen Organisationen lehnten die DGB-Gewerkschaften strikt ab. Wenige Monate später haben Hans Pleitgen und insbesondere Sepp Rosenthal die Initiative zu einer zweiten Fahrt aufgegriffen, die Teilnehmer kamen diesmal überwiegend aus dem Bezirk Frankfurt. Etwa 80 Jugendfunktionäre der größten Gewerkschaft besuchten so Anfang der 60er Jahre Auschwitz.

Die Wirkung des Besuchs vom Mai 1961 wird folgendermaßen beschrieben: „Die Gewerkschaftsjugend und insbesondere die Jugend der IG Metall hatte es sich von jeher angelegen sein lassen, ihren Teil dazu beizutragen, um die Vergangenheit zu bewältigen und mit einer bewältigten Vergangenheit die Grundlage zu schaffen für eine aufgeschlossene, an einem demokratischen Staatsleben interessierte Jugend. [...] Die Jugend der IG Metall hat auch in den Jahren zuvor bereits in den Konzentrationslagern Dachau, Bergen-Belsen usw. ihre Gedenkfeiern abgehalten.“ (Bericht über den Besuch der IG Metall Jugend in Auschwitz im Mai 1961: S. 1) „Wenn man dann auf den gesprengten Gaskammern steht und sich vergegenwärtigt, dass diese Vernichtungsanlage von Menschen geplant und dieser Massenmord bis in die kleinsten Teile perfektioniert wurde, die Kapazität der Verbrennungsöfen von vorneherein auf mindestens 12.000 Menschen pro Tag abgestellt wurde, dann kann man vor so viel Skrupellosigkeit nur erschauern. Diese Stätten werden den deutschen Namen und das deutsche Volk auf ewig belasten. Es wird einem dann klar, was für eine Schuld wir auf uns geladen haben. Diese Schuld ist nicht anders zu begleichen als durch ein ehrliches und zuverlässiges Bemühen, in der Gegenwart und in der Zukunft eine menschenwürdige Politik zu betreiben, die das Ziel hat, zu verhindern, daß solche Ungeheuer von Menschen je wieder politische Macht erhalten.“ (Ebd.: S. 4)

In der politischen Kultur Westdeutschlands während der Adenauer-Ära war kein Platz für eine angemessene Erinnerung an die jüngste deutsche Vergangenheit. Vieles wurde ver- und beschwiegen, nicht nur die Ermordung der europäischen Juden. Auch die eigene Rolle beim Aufstieg des Faschismus und während der Diktatur wurde zu gerne übergangen und vergessen. Dazu zählt auch der Umgang mit Verfolgten des Nazi-Regimes. Die deutsche Politik hat versucht, sich der Verantwortung bei allen passenden Gelegenheiten zu entledigen. Das Bekenntnis zu Schuld und die Gewährung von Entschädigung für solche Schäden, die in Geld bemessen werden können, erfolgten immer nur dann, wenn genügend Druck seitens der Geschädigten aufgebaut werden konnte. Jahrzehntlang wurde deshalb Sinti, Schwulen, Wehrmachtsdeserteuren oder osteuropäischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern eine Anerkennung des angetanen Unrechts ebenso verweigert wie eine materielle Entschädigung. Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ zur Entschädigung von Zwangsarbeit wurde erst im August 2000 ins Leben gerufen, nach massivem Druck aus den USA. Und immer noch müht sich das hoch verschuldete Griechenland um eine Entschädigung für das erlittene Unrecht unter der brutalen deutschen Besatzung 1941 bis 1944. Noch nicht einmal die unter Zwang gewährte griechische Anleihe an die deutsche Kriegswirtschaft mochte die Bundesregierung bis heute anerkennen.

Waren die Gewerkschaften Vorreiter bei der Diskussion der NS-Verbrechen, bei der Erinnerung an Auschwitz und den Massenmord an den Juden? Jedenfalls haben sie sich nicht abgewandt und geschwiegen, sondern sich diesem schmerzhaften Prozess von Anfang an gestellt. Es war die deutsche Öffentlichkeit, die solche Stimmen in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegsdemokratie nicht hören wollte.

Zeitzeugen-Statements zum Kapitel: Nachwirkungen der NS-Zeit

Hans-Detlef Dahlke – Kein Kanonenfutter für den nächsten Krieg

„Für mich war klar, das war auch schon die Parole meines Vaters: Die Kinder, die wir in die Welt setzen, sind das Kanonenfutter für den nächsten Krieg. Insofern, hat meine Mutter mir gesagt, war ich ein Betriebsunfall. Ich bin auch das einzige Kind. Und die Parole 1933 war ja: Wer Hitler wählt, wählt den Krieg! Da musste ich mich nicht mehr groß auseinandersetzen. Das ging ganz automatisch, dass ich anfällig war. Dann hatte ich mit Günter Czichon schon als Juso die Atomgeschichte, was ist überhaupt Atom, und den Kampfband gegen Atomschäden mit der Frau Dr. Hegescheid. Das war alles folgemäßig. Wie ich auch Kollegen hatte, die schon organisiert waren als Kriegsdienstverweigerer. So hatte man seine Kontakte und hat sich da angeschlossen. [...]

Ich habe zumindest über Heinrich Hannover gewisse Eindrücke gehabt. Wir haben hier in Bremen auch einen Prozess geführt, mir fällt der Name jetzt nicht ein. [...] Wie der Fritz Bauer, der den Auschwitz-Prozess in Frankfurt ins Rollen gebracht hat, behandelt wurde, da habe ich mit Heinrich Hannover schon Gespräche geführt. Ich bin mit ihm oft nach Berlin gefahren und wir haben uns über gewisse Sachen unterhalten. Er hatte engen Kontakt zu Leuten wie Fritz Bauer und wusste um die Schwierigkeiten mit solchen Prozessen. Aber mit anderen Leuten habe ich darüber nicht gesprochen.“

Gerd Bohling – Reden über den Krieg

„Meine Enkel, die Zwillinge sind 20 und meine Enkeltochter ist 23 [...], mit denen kann man so was diskutieren. Die sind ganz interessiert. Die kommen an und fragen: Wie war das, was war damals? Das war bei meinen Kindern nicht so. Bei meinen Kindern hätte ich anfangen müssen. Ob sie das dann aufgenommen hätten, weiß ich nicht. Aber die Enkel wollen so was wissen. Da bin ich ganz erstaunt, mit was die ankommen.“

Horst Matysik – Die NS-Zeit war ein Tabuthema

„Das war bei den älteren Kollegen, die selbst im Krieg waren, überhaupt kein Thema. Die haben gar nicht den Drang, etwas zu erzählen. Das war ein Tabuthema. Jeder hatte mit sich selbst zu tun, dem Aufbau, wieder einen Arbeitsplatz zu haben, wieder eine eigene Wohnung zu bekommen. Für meinen Vater, der selbst im Krieg war, war das auch kein Thema. Er hat nur immer gesagt, er hat Glück gehabt, dass er mit dem letzten Flieger aus Stalingrad rausgekommen ist. Und wie die russischen Panzer über die Gräben gefahren sind, wo die deutschen Landser drin lagen. Aber sonst ... [...]

Wie gesagt, es waren harte Diskussionen, auch auf politischer Ebene im Betriebsrat. Wir hatten überwiegend SPD-Kollegen im Betriebsrat, einige CDU-Mitglieder und einige ehemalige Kommunisten, die in der DKP waren. Das ging in den Betriebsratssitzungen ganz schön her. Weil die politischen Geschehnisse über-

schwappten, auch im sozialen Bereich, worüber dann diskutiert wurde. Aber bezogen auf den Krieg oder die Nachkriegszeit, da zählte nur der Wiederaufbau. Da hatten alle das Bestreben, Arbeit zu haben, viel zu arbeiten und viel Geld zu verdienen. Das war oberstes Gebot nach den Hungerjahren und allem. [...]“

Frage: Wie hat sich das denn aufgelöst, dieses Hitlerjungen-Dasein?

„Aufgelöst hat sich das auch durch die Demokratie, die ich in der Nachkriegszeit habe erfahren können. Das war ein Schritt, den ich heute überall, wo ich die Gelegenheit habe, zum Ausdruck bringe. Welch ein Segen es ist, dass wir die Demokratie – ich will nicht sagen – übergestülpt bekommen haben, aber dass die gewachsen ist. Da kann man sich glücklich schätzen, auch als älterer Mensch, wenn man das alles erlebt hat, wie sich das heute darstellt. [...]

Wenn ich das Thema heute bei meinen Enkelkindern mitbekomme, die sind natürlich ganz weit weg davon. Die erleben die Demonstrationen ganz anders als wir ältere Menschen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wenn ich mit meinen Enkelkindern das Tagesgeschehen mit den Flüchtlingen diskutiere und wie die das alles aufnehmen, mit der Judenverfolgung, dann merke ich, die sind so weit davon weg, weil sie es in der Schule nicht lernen und es nicht diskutiert wird. Das finde ich sehr traurig. Da spielt die Bildung eine große Rolle. Traurig, dass jedes Bundesland seine eigene Bildung hat und da nicht einheitlich über dieses Thema der Vergangenheit und die Verpflichtung, die wir Deutsche haben, geredet wird – gerade in der heutigen Zeit wieder mit den Flüchtlingen. Das versuche ich auch meinen Enkelkindern beizubringen: Euer Ururgroßvater, also mein Großvater, ist achtzehnhundertsoundsoviel aus Ostpreußen ins Ruhrgebiet gekommen,

um Arbeit zu suchen und eine Familie zu gründen. Wie es den Menschen geht, die heute aus bestimmten Systemen flüchten, um Arbeit zu finden, um zu überleben. Dann merke ich aber bei meinen Enkelkindern, ich habe fünf Enkelkinder und eine Enkeltochter, die haben in vielen Dingen kein Verständnis dafür, dass sie in der dritten, vierten Generation heute dafür noch in Verantwortung genommen werden. Das finde ich traurig. Ich sage, ihr wärt auch heute nicht hier, wenn mein Großvater damals nicht aus Ostpreußen der Arbeit wegen nach Duisburg geflohen wäre. Man sieht das ganz anders, weil man ja selber geflüchtet ist.

Ich war damals 12, 13 Jahre alt, als ich die Trecks aus Ostpreußen und Schlesien erlebt habe. Die Bilder sehe ich heute noch vor Augen. Mit Kind und Kegel, mit Wagen und Pferden, Kinderwagen, wie die durchmarschierten. Der Treck war unendliche Kilometer lang. Die Bilder kann ich nicht vergessen. Ich habe auch das Bild nicht vergessen: In Bernburg war ein Zuchthaus, das war in der Nähe von Gröbzig, da haben wir als Jungs beobachtet, wie die KZ-Häftlinge durch die Straßen getrieben wurden. Und am Ende war ein Leiterwagen mit vier Sprossen, wo man vorne und hinten anfassen konnte, so ein hoher Leiterwagen. Die sind umgefallen und waren tot. Wir sind als junge Burschen hinterher gelaufen. Die KZ-Häftlinge mussten für die eigenen Leute ein Grab schaufeln, da wurden die verscharrt, dann zogen die weiter. Das war 1945, als ich von der Hitlerjugend aus der Tschechei da hinkam. Das sind Bilder, die kriege ich aus meinem Kopf nicht raus.“

Frage: Wusstest du zu dem Zeitpunkt, dass das KZ-Häftlinge waren?

„Nein, das wusste ich nicht. Nur Häftlinge. Die hatten die Häftlingskleidung an. Dass das KZ-Häftlinge waren, habe ich erst später erfah-

ren, und dass in Bernburg ein großes Zuchthaus war. Das waren Strafgefangene, wie auch immer, aber aus welchem politischen Grund, das wusste ich nicht. Das konnte man ja gar nicht, man war ja anders erzogen worden. Aber das sind Bilder, die kannst du aus dem Kopf nicht rauskriegen. [...]“

Frage: Wann ist denn die ganze Sache mit Konzentrationslagern, mit der Ermordung der Juden, wann ist das für dich das erste Mal Thema geworden?

„Im Gedächtnis ist das bei mir, als der Adenauer sich mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion getroffen hat. Da bin ich das erste Mal wachgerüttelt worden. Und später durch meinen Freund und Kollegen Bruno Bachler, der es am eigenen Leibe erfahren hat. Wie es ihm ergangen ist, dass er geschlagen wurde und getreten. Aber durch die Adenauer-Geschichte damals ist das geprägt worden und auch, als der Adenauer die letzten Gefangenen aus Russland geholt hat. Das waren einschneidende Erlebnisse, die man dann in sich aufgenommen hat.“

Ingrid Henneberg – Antifaschistische Erziehung

„Ich bin 1952, in meinem zweiten Lehrjahr, das erste Mal in Buchenwald gewesen. Es war von der Schule aus. Wir sind da hingefahren und da war das noch alles sehr neu, da war das noch keine Gedenkstätte. Es waren Häftlinge da, die uns geführt haben. Ich war zwei Mal in meinem Leben in Buchenwald, das erste Mal war furchtbar. Da waren wir ganz jung, nicht, da haben wir noch alles selbst gesehen. [...] Das war ein großes Thema, dass alle Schulklassen hinfahren mussten. Alle wurden später zu einer KZ-Stätte gefahren und da wurden dann die entsprechenden Ausführungen gemacht.

Ich war später nochmal dort, als es dann eine Gedenkstätte war, und das war Pflicht in der Schule. Auch in der Grundschule wurde darüber gesprochen. KZs und überhaupt die ganzen Verbrechen der Nazis. Man musste ja ein Volk umerziehen. Uns Kinder, die die Hitler-Fahne begrüßt haben mit dem Hitler-Lied, nicht, also mit dem Deutschland-Lied. Ich habe immer noch Magenschmerzen heute bei. Sie mussten nun vollkommen anders gepolt werden. Bei Kindern war das noch am einfachsten, aber bei den Alten war das viel schlimmer. Aber wir wurden von vorneherein, ich sage das mal, wie der Slogan hieß, im sozialistischen Sinne erzogen. So hieß das. [...]

Das hat einen auch genauso betroffen, wie der ganze Krieg. Es ist nicht nur dadurch entstanden, dass uns alles kaputt gegangen ist, sie haben die Menschen auch noch umgebracht, die eine andere Meinung hatten. Ich wusste damals nicht, welche Arten von Leuten in den KZs waren, ich wusste, die Kommunisten waren drin. Also viele Kommunisten wurden eingesperrt. Ich wusste, dass die Sozialdemokraten drin waren, ich wusste, dass die Gewerkschafter drin waren, und dass sogar auch Homosexuelle und Juden dort waren. Das wurde dann nachher durch die Bücher bekannt [...]. Ich habe als Kind doch gar nicht gewusst, dass es Juden bei uns gab, da waren wir genauso Deutsche wie alle anderen. Die trugen doch kein Schild um den Bauch, nicht?“

Gerhard Küther – Reden über den Krieg

„Diese Position, ich will das mal so nennen: Russen haben an allem Schuld, was uns hier so in der Nachkriegszeit widerfährt, die Diskussion gab es, und nicht zu knapp. Die gab es auch unter uns Jungs. Wir waren so sechs, die immer zusammen waren. Ich habe noch ein schönes Bild davon. Wir sind zusammen tanzen gegangen, wir waren immer zusammen.

Ich hatte mehr oder weniger Glück, Informationen zu haben, zu sagen: Hey, was ihr da erzählt, ist falsch. Da habe ich mich oft mit denen angelegt. Das war schon Diskussion. [...]

In dem Betrieb, wo ich gearbeitet habe, bei der Firma Dr. C. Otto, da hat es in der Betriebsversammlung keine Rolle gespielt. Ob sich die Kumpels untereinander darüber unterhalten haben, das weiß ich nicht. Jedenfalls in meinem Ausbildungsjahr nicht. Es hat in der Schule keine Rolle gespielt; auch in der Berufsschule war das kein Thema. Wahrscheinlich wollte keiner von den Lehrern damals dieses Thema anpacken. [...]

Das Falkenheim, Jugendherberge, der Hedberg in Dahlhausen liegt im Wald. Kein riesiger Wald, aber Wäldchen. In dem Wald haben wir rumgetobt, alles Mögliche gemacht, gespielt. Es gab auch Vorlesungen, Lesungen. Ich kann dir nicht mehr sagen welche, aber es wurde aus Büchern vorgelesen. Dann gab es den Volkstanz, Besichtigungen, Reisen, nicht in ein anderes Land, sondern in die nächste Umgebung mit dem Fahrrad. Ich hatte noch nicht mal ein Fahrrad, ich musste mir eins leihen. Dann hatte ich mir eins geliehen, fahre dreihundert Meter, da fliegt das Tretlager ab. Da war schon Ende. Und so Geschichten. Das waren keine weltbewegenden Themen, die dich politisch in irgendeine Richtung hätten treiben können. Allein die Tatsache, dabei zu sein, mitzumachen und den Roten Falken anzugehören, reichte aus. [...]"

Frage: Auf diesem ersten Seminar von der IG Chemie, habt ihr da über den Krieg oder ...

„Nein. Gar nicht. An das erste Seminar kann ich mich noch ein bisschen erinnern. Das war für mich natürlich Neuland. Da wurden dir das Jugendarbeitsschutzgesetz, Teile des Betriebsverfassungsgesetzes, wo was über Auszubildende drinstand, vorgestellt. Fragen gab es noch

nicht so viele. Das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 war ja noch nicht so umfangreich.

Ich hatte auch ein bisschen Glück. Ich hatte einen guten Jugendleiter im Betrieb, den Gerd Willerscheidt, ein guter Mann. Wir hatten damals schon jede Woche Freitag von halb eins bis um zwei Werksunterricht. Das war kein Werksunterricht, in dem wir etwas Besonderes für die Schule gelernt haben, sondern mehr sozialkundlicher Unterricht. Da wurde interpretiert, die Auslegung von Gesetzestexten gemacht, aber wir haben auch Volkslieder gelernt. Der Jugendleiter hat die Lieder mit Kreide an die Tafel gemalt und wir haben die dann geschmettert.

Der Unterricht hat auch manchmal was mit der Schule zu tun gehabt, die sozial-kritischen Fragen, die gerade auf der Tagesordnung waren, wurden angesprochen. Aber über den Nationalsozialismus oder andere Diskriminierungen? Nein! Da war doch grundsätzlich mehr der Vorwärtsgang drin. Vorwärts und nicht vergessen – kennst du das Lied?"

Frage: Was meinst du mit Vorwärtsgang?

„Also die Fragen, die für uns erledigt schienen, das waren der Krieg und der Faschismus. Ich sage es ganz ehrlich, in so manch einer Diskussion, die am Samstagnachmittag in der Familie stattfand, da ging es hoch her. Meistens waren es die Frauen, die Tanten, die gesagt haben: Muss es immer so laut sein, wenn ihr euch über den Scheißkram unterhaltet? Das wollte gar keine nach draußen dröhnen lassen, die Ansichten über Faschismus. So weit weg war das ja noch nicht. Also der Wille, dieses Thema zu behandeln, war nie da. Es tauchte auf. Und wenn es auftauchte, hat Gustav es immer gleich angepackt und so hingerückt, dass zumindest klar war, wo es lang ging. Das war schon gut. [...]"

Das Ausmaß des Terrors der Nationalsozialisten war nicht klar. Es gab keine Literatur, zumindest war mir keine bekannt. Du konntest nur auf das zurückgreifen, was du in gewerkschaftlichen Seminaren gekriegt hast, so zwei, drei Seiten, aber das war ja nicht in einem Zusammenhang. Klar war, Krieg, das Ergebnis oder der Inhalt, das war ganz fürchterlich. Und die, die den Krieg angezettelt hatten, waren die Faschisten. Damit war beides dort, wo es hingehörte – in der Mülltonne. Da noch mal rumzusuchen, weshalb, wieso, warum und wer ist jetzt für wen, das hat zur damaligen Zeit in dem Umfang so nicht stattgefunden. [...]

Da gab es schon Diskussionen zu der Zeit. Als der Eichmann-Prozess war, sowieso. Die Maschinen, die ich repariert habe, an denen haben immer zwei oder drei Maschinenführer gearbeitet. Wenn wir Reparatur hatten, haben die natürlich nicht gearbeitet. Dann haben wir fünf oder sechs Stunden abgezockt. Das stimmt allerdings. Ich war immer froh, wenn ich die Reparatur mit dem Franz ausführen durfte, denn dann war ich nicht alleine. Ja, die Diskussion hat es gegeben, erheblich.“

Frage: Erinnerst du dich noch, wie darüber diskutiert worden ist und was da für Argumente ausgetauscht worden sind?

„Das war in erster Linie von denen, die da nicht so abgeneigt waren, der Hinweis: Der konnte ja auch nichts dafür. Der war doch auch nur ein ausführendes Organ.“

Frage: Wer?

„Eichmann in diesem Fall, oder auch ein paar andere noch. Die Frage, ob die jetzt in genügendem Maße bestraft werden oder nicht. Mehr als genug, war die eine Seite. Andere haben gesagt, die hätte ich gar nicht erst ins Gefängnis gesteckt, die hätte ich sofort einen Kopf kür-

zer gemacht. Die radikale Diskussion lief da schon. So auf privater Ebene, aber während der Arbeitszeit. [...]“

Frage: Vielleicht nochmal zu dem anderen Thema. Wann tauchte das denn auf in der Bildungsarbeit, das Thema Faschismus?

„Ich kann das nicht genau sagen, wann das war. Ich glaube, das hat sich bei mir mehr auf der Akademie der Arbeit (AdA) abgespielt. Da hat das eine riesige Rolle gespielt. Allein schon durch die Studentenbewegung damals.“

Frage: Kannst du noch ein bisschen beschreiben, wie das eine Rolle gespielt hat? Was habt ihr diskutiert, was habt ihr gelesen? Was ist euch erzählt worden?

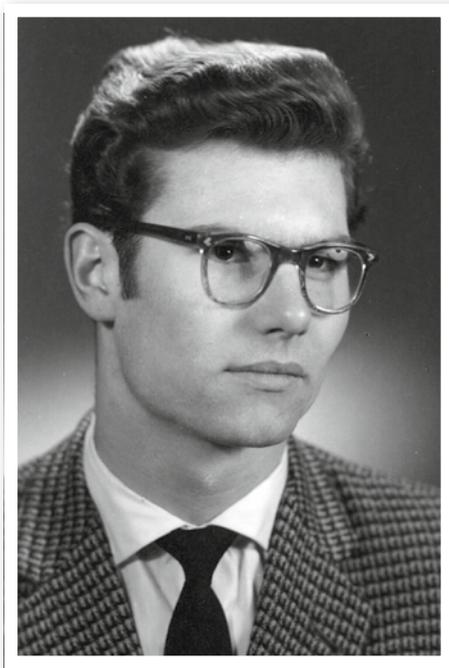
„Auf der AdA dazu gar nichts. Aber an der Uni. Du durftest ja die Vorlesungen besuchen. Oder in Diskussions-Arbeitskreisen an der Uni. Dann habe ich an drei oder vier privaten Arbeitskreisen noch beim Wolfgang Abendroth mitgemacht. Aber an der AdA nur in den Vorlesungen beim Andrek über Geschichte, und beim Arbeitsrechtler Zinkeisen. Bei ihm aber nur im Zusammenhang mit Recht und Ordnung. Wie hieß denn das Gesetz bei den Faschisten, Arbeitsfront ...“

Frage: ... Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit.

„Ja, das hat da eine Rolle gespielt. Aber größere politische Themen gab es an der AdA nicht, es sei denn, du hast sie dir über diese Arbeitskreise selbst gesucht und mit diskutiert. Bei dem Wolfgang Abendroth im Haus haben wir ein paarmal abends gehockt und haben gezackert.“

Bernd Strutz – Buchenwald

„Da hat mal einer angefangen in der Brigade, zum Frühstück über den Krieg zu sprechen. Das war 1959, und da hat dann einer gesagt: ‚Halt die Fresse, wir wollen vom Krieg nichts mehr hören!‘ Damit war das abgesägt. Das ist nie wieder aufs Trapez gekommen. Auch in der Familie hat keiner über den Krieg gesprochen. Mein Vater war ja im Krieg, aber der war ja nicht da. Und mein Schwiegervater später hat auch nicht über den Krieg gesprochen, weil er nicht im Krieg war. Er war freigestellt, er war Lokführer bei der Reichsbahn und hat bloß die Versorgungszüge dann praktisch immer von Leipzig, Cottbus, Berlin ringsum gefahren. Der war freigestellt, den brauchten sie ja zuhause. Da wurde auch nie über so was gesprochen. Also in meinem unmittelbaren Umfeld wurde nie über so was diskutiert oder gesprochen oder erwähnt und manchmal hatte ich so den Eindruck, als wenn sie froh waren, dass das vorbei war. Ich weiß es nicht.“



Bernd Strutz 1960

Also, ich muss dazu sagen, über den Faschismus wurde ja bloß mal in der Schule gesprochen und das hat mich dann auch nicht so weiter interessiert, bin ich jetzt ganz ehrlich, weil in den 50er Jahren hat mich das alles nicht interessiert.“

Als ich in der 7. Klasse war, da musste sich die Klasse oder die Schule oder die drei 7. Klassen, die wir waren, nach Buchenwald bewegen. Das war Pflichtprogramm hier in Deutschland, also in der DDR. Wir hatten ja noch andere Konzentrationslager, aber wir waren für Buchenwald ... und da habe ich das erste Mal das Grauen gesehen. Und da habe ich auch mit dem Kopf geschüttelt, als Kind, als ich die Bilder gesehen habe, diese Leute, diese Entstellten ... mir ist ein bisschen übel geworden, muss ich dazu sagen, nicht. Mir treten heute noch die Tränen in die Augen. Wir waren ja mit einem IG Metall-Seminar auch da in dem Konzentrationslager und als ich die Bilder da gesehen habe, da war's mir genauso. Was da passiert ... das geht mir immer noch auf den Geist, das geht mir so nah, mir kommen immer fast die Tränen, auch wenn ich dran denke, ja. Was da für Schand... Schindluder getrieben wurde. Das war das erste Mal, das war in der 7. Klasse. Kann natürlich sein, dass sie schon vorher mit uns da in der Schule gesprochen haben, aber so richtig wahrgenommen habe ich es erst in der 7. Klasse, als wir dann in Buchenwald waren, ja. Und vor allen Dingen ... vor allen Dingen dann dieser Widerspruch, ja. Die Stadt der Dichter und Denker Weimar und daneben dieses Konzentrationslager. Das war ja auch infam, was da getrieben wurde.“

Politisch-kulturelle Entwicklungen in der jungen BRD

Stefan Müller

Nach dem Krieg: Neuordnung oder Westintegration

Nach dem Krieg und mit der Befreiung stand der Kapitalismus in Deutschland unter enormem Rechtfertigungsdruck. Nicht zuletzt die Industriearbeiter des Bergbaus und der Stahlindustrie wurden für die Übergabe der Macht an die Nationalsozialisten 1933 und für die Eroberungsfeldzüge ab 1939 verantwortlich gemacht. In weiten Teilen der Bevölkerung herrschte die Stimmung, diese Industrie zu enteignen und durch die Gesellschaft kontrollieren zu lassen. Selbst die Konservativen mussten sich für kurze Zeit diesem Druck beugen. Im Wirtschafts- und Sozialprogramm der nordrhein-westfälischen CDU vom Februar 1947, dem Ahlener Programm, heißt es: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ Dass solche Stimmen in den Gewerkschaften besonders stark vertreten waren, ist kaum verwunderlich. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zählten als Sozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten oder Christen zu den ersten politisch Verfolgten des NS-Regimes, welches von ihnen vielfach als Bündnis mit den Unternehmern erfahren wurde. In seinem Gründungsprogramm von 1949 sprach sich der DGB entsprechend für die Vergesellschaftung wichtiger Industrie-sektoren und die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aus. Verbunden waren diese wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen mit der Idee eines einheitlichen, friedlichen und sozialen Europa.

Die in der Nachkriegszeit von vielen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern zum Ausdruck gebrachte Sympathie mit einer sozialistischen Entwicklung und die Forderungen nach Sozialisierung fußten oftmals auf wirtschaftsdemokratischen Ideen der 1920er Jahre. In den

Gewerkschaften bestand bis weit in die 1950er Jahre hinein eine „Spannung“ zwischen eher an der Sozialdemokratie orientierten Positionen und solchen sozialistischen Positionen, die radikal über den Kapitalismus hinausgehen und eine grundlegende Neuordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft forderten. Letztere spielten zu Beginn zwar eine große Rolle im DGB und den Einzelgewerkschaften, stellten aber dennoch eine Minderheit dar. Dies sollte sich bis Mitte der 1950er Jahre in den zentralen außenpolitischen Fragen über den weiteren Weg der Bundesrepublik äußern.

Zuerst die alltägliche Not lindern!

Das zentrale außenpolitische Ziel der CDU unter Konrad Adenauer war es, die Bundesrepublik an „den Westen“ anzubinden, also die ökonomischen, politischen und schließlich auch militärischen Bindungen an die westlichen Besatzungsmächte und die westeuropäischen Staaten zu vertiefen. Diesen Kurs trugen die Gewerkschaften in ihrer Mehrheit in den folgenden Jahren mit. Sie folgten dabei oftmals pragmatischen Überlegungen und Zwängen, die aus dem Alltag und der konkreten politischen Situation heraus entstanden waren. Der erste Schritt hierzu war die Unterstützung der Gewerkschaften zur Teilnahme der westlichen Zonen am sogenannten Marshall-Plan (European Recovery Program). Mit dem Marshall-Plan unterstützten die USA den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaften mit rund 13 Milliarden US-Dollar (heutiger Wert ca. 120 Mrd.). Diese Leistung war nicht ganz uneigennützig, denn mit dem im Krieg zerstörten Europa war den USA ein wichtiger Absatzmarkt weggebrochen. Zudem wirkte dieser erste Schritt der ökonomischen Integration Europas als Schutzschild vor dem Kommunismus.



Plakat der SPD zur Landtagswahl in Bremen 1947
© AdsD

Die Gewerkschaftsvertreter erhofften sich vom Marshall-Plan, dass dieser eine Grundlage darstellen werde, um „der friedlichen ökonomischen Zusammenarbeit aller europäischen Völker“ näher zu kommen sowie den Wiederaufbau und eine demokratische Entwicklung zu garantieren (Gewerkschaftsrat der britischen und amerikanischen Zone, 1./2. März 1948). Insofern schwebte den Gewerkschaften ein friedliches und soziales Europa als Ziel vor. Zuallererst galt es aber, die tagtägliche Not zu lindern. Und dies war auch der wichtigste Grund, dem Marshall-Plan zuzustimmen. Hans Böckler, der kommende erste Vorsitzende des DGB, formulierte dies sehr drastisch: „Unsere Wirtschaft muß um jeden Preis – koste es, was es wolle – wieder in Gang gesetzt werden [...] Wir dürfen dem Hunger nicht weitere Opfer bringen.“ (DGB-Kongress in der britischen Zone, 5. April 1948)

Die frühen Entscheidungen galten also dem wirtschaftlichen Wiederaufbau und der Lösung der drängenden Probleme. Die Gewerkschaften kritisierten zwar den dabei eingeschlagenen Weg,

nämlich dem Kapitalismus uneingeschränkt wieder auf die Beine zu helfen und am Ende sogar die Bundesrepublik wieder zu bewaffnen. Die große Not der ersten Jahre, die grundsätzliche Ablehnung des Kommunismus sowie eine seit den 1920er Jahren existierende, proeuropäische Haltung führte bei der Mehrheit der Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen dazu, dass sie sich der Westintegration nicht versperren. Der folgerichtig nächste Schritt war die Währungsreform im Juni 1948. Trotz Bedenken, da hierdurch die Teilung Deutschlands vertieft würde, und auch trotz der Kritik an der unsozialen Durchführung der Reform befürworteten am Ende die Gewerkschaften die Währungsreform als eine notwendige Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung des Marshall-Plans.

Bis zur Währungsreform gingen Gewerkschaften und Sozialdemokratie noch Hand in Hand. Die nächsten Schritte aber, der Eintritt Deutschlands in die Ruhrbehörde und die folgende Montanunion trennte die beiden Organisationen jedoch in außenpolitischen Fragen. Mit der Ruhrbehörde begann, etwas vereinfacht, das, was wir heute als Europäische Union kennen. Die im April 1949 von den USA, Großbritannien, Frankreich und den Beneluxstaaten eingerichtete Ruhrbehörde bestimmte Preise und Zölle der heimischen Kohle- und Stahlproduktion und lenkte damit auch den Output in diesem zentralen Wirtschaftsbereich. Die SPD unter Kurt Schumacher lehnte die Ruhrbehörde ab, da hierdurch die Alliierten Zugriff auf nahezu 40 Prozent der westdeutschen Wirtschaftsleistung erhielten. Die Gewerkschaften befürworteten dagegen das Ruhrstatut, da Adenauer bei den Alliierten in diesem Zusammenhang die weitere Demontage deutscher Industrien verhindern konnte. Und tatsächlich begann mit der Ruhrbehörde, anders als die SPD dies vermutete, die allmähliche Lösung von der Aufsicht durch die Siegermächte, aber mit der Konsequenz getrennter Wirtschaftsgebiete von West- und Ostdeutschland und dem Ende aller

sozialistischen Neuordnungsideen. Keine zwei Jahre später fand sich die Bundesrepublik als gleichberechtigtes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS/Montanunion) wieder und die Besatzungsrechte über das Ruhrgebiet waren beendet. Dies war der Beginn des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes. In den Gewerkschaften herrschte nach und nach die Stimmung vor, besser durch Beteiligung die neuen Institutionen und Behörden zu beeinflussen, als in grundsätzlicher Opposition abseits und ohne Einfluss zu stehen. Die deutlichen Siege Adenauers bei den Bundestagswahlen 1949 und 1953 verstärkten diese Tendenz. Die parteipolitische Alternative, die Sozialdemokratie, fuhr eine nicht zu leugnende Niederlage ein und eine gar radikale, sozialistische Opposition gegenüber der bundesrepublikanischen Entwicklung wollte die Mehrheit der Gewerkschaften auch nicht einnehmen.

Wiederbewaffnung oder deutsche Einheit?

Soweit die Zustimmung des DGB zur politischen und ökonomischen Westintegration noch mit prinzipiellen und schon in den 1920er Jahren vorhandenen Europavorstellungen übereinstimmte und sich aus einer solchen Tradition heraus erklären ließe, verhielt sich dies in der Wiederbewaffnungsfrage anders. Hier wäre nach dem Zweiten Weltkrieg auch eine deutlichere und einheitlichere Ablehnung zu erwarten gewesen. Doch schon seit dem Koreakrieg 1950 wich das anfänglich strikte Nein zur westdeutschen Wiederbewaffnung pragmatischen Argumenten. Die kommunistische beziehungsweise sowjetische Bedrohung beherrschte zunehmend die Debatte – und erneut kam der pragmatische Zug zum tragen, auf die Entwicklung Einfluss nehmen zu können, sei es auch noch so minimal. Würde der DGB, so der spätere DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg im November 1950 gegenüber dem DGB-Bundesvorstand, „heute ein ‚Nein‘



20.11.1954:
Gewerkschafts-
jugend demonstriert
in München gegen
Wiederbewaffnung.
© Picture Alliance/
dpa



Gewerkschaftsjugend demonstriert gegen Wiederbewaffnung am 20.11.1954 in München.

© Picture Alliance/
dpa

sprechen, würde uns in Zukunft jegliche Möglichkeit genommen, Einfluß zu üben auf Gestaltung und Entwicklung dieser neuen Wehrmacht“ (DGB-Vorstandssitzung, 21. November 1950). Während in den folgenden Jahren die meisten Mitglieder des DGB-Bundesvorstandes einen solchen Wehrbeitrag bejahten, folgte dem die Basis nur bedingt. Hoch her ging es beispielsweise auf dem DGB-Bundeskongress 1952, wo sich beide Positionen gegenüber standen und die Unterstützung der Adenauerschen Außenpolitik sogar dem DGB-Vorsitzenden Christian Fette die Wiederwahl kostete.

Die Debatte um die Remilitarisierung ebnete zwischenzeitlich ab und flammte dann 1954 wieder auf. Inmitten des Kalten Krieges – beide Supermächte rüsteten unaufhaltsam ihre Atomwaffen auf – ging es nun sogar um den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO (Pariser Verhandlungen). Die Gegner der Remilitarisierung, im Wesentlichen die IG Metall, die IG Druck und Papier und

die Gewerkschaft ÖTV (letztere heute beide Teil von ver.di), konnten beim DGB-Bundeskongress 1954 erfolgreich einen Initiativantrag durchbringen, der jeden Wehrbeitrag ablehnte. Nach 12 Jahren NS-Diktatur und einem verheerenden Krieg war die Furcht vor der Rückkehr des Militarismus ebenso groß wie die Sehnsucht nach Normalisierung und internationaler Entspannung. In besonderem Maße stand hinter dem Wunsch nach Entspannung noch die Hoffnung auf die baldige staatliche Einheit Deutschlands, die durch den Beitritt zur NATO beziehungsweise im Osten durch die Gründung des Warschauer Paktes nahezu aussichtslos wurde.

Die Kritik an der Westintegration der Bundesrepublik, angefangen bei der Kritik am Marshall-Plan und bis hin zur Ablehnung der Bundeswehr, wurde von vielen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern damit begründet, dass diese die Einheit der Besatzungszonen und später die Wiedervereinigung von Bundesrepublik und

DDR behindern würde. Als auf der einen Seite, in der DDR, das ökonomische und politische System der Sowjetunion übernommen wurde, auf der anderen Seite die Bundesrepublik in die entstehende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und schließlich sogar in die NATO integriert wurde, konnte es kaum noch Hoffnung auf eine baldige (friedliche!) Wiedervereinigung geben. Diese war jedoch für viele Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen ein wichtiges politisches Ziel. Dieses Zusammenspiel von antimilitaristischen und demokratischen Motiven mit der Forderung nach nationaler Einheit war in dieser Zeit häufig anzutreffen. Für die spätere Generationen war dies schwer verständlich, zumal in den 1980er Jahren diese Ideen mit der Friedensbewegung auf der einen und der Kohl-Regierung auf der anderen Seite in Konflikt standen.

Die Mehrheit des DGB-Bundeskongresses lehnte also die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ab, setzte allerdings den alten Vorstand mit seiner mehrheitlich für den Wehrbeitrag stehenden Haltung wieder ins Amt ein. Dies führte in den folgenden Monaten zu einem lavierenden Kurs. So weigerte sich der DGB, offiziell an den Verhandlungen in Paris 1954/55 teilzunehmen, worum er von der Adenauer-Regierung gebeten wurde. Zugleich lehnte es die DGB-Spitze aber auch ab, gemeinsam mit der Sozialdemokratie gegen die Pariser Verträge und den NATO-Beitritt zu opponieren. So war der DGB anlässlich der großen Protestveranstaltung in der Frankfurter Paulskirche am 29. Januar 1955 nur bereit, in Form eines Personenbündnisses aufzurufen, nicht aber als Organisation. Auch bat die DGB-Spitze die SPD, in der Paulskirche weniger die Aufrüstung zu kritisieren, sondern die Wiedervereinigung in den Blick zu nehmen. „Die Gewerkschaften“, so das DGB-Vorstandsmitglied Albin Karl in seinem Bericht über das vorbereitende Gespräch mit dem SPD-Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer, „hätten ihre Aufgabe auch noch, wenn über die Pariser Verträge entschieden sei, und sie hätten

sie im Zusammenhang ebenfalls mit einer eventuellen Aufrüstung“ (DGB-Vorstandssitzung am 16. Januar 1955). Die Paulskirchenbewegung aus Gewerkschaften und SPD, den Liberalen um den späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann oder engagierten Christen wie Martin Niemöller forderte auf Demonstrationen eine Volksabstimmung über die Pariser Verträge und den NATO-Beitritt. Die Bewegung selbst trat für ein militärisch und politisch neutrales, vereinigt Deutschland ein. Dass die Paulskirchenbewegung schließlich nur gebremst auftrat und wenig Wirkung entfaltete, lag auch an der fehlenden Unterstützung durch die Gewerkschaften. In der historischen Forschung wird das Urteil vertreten, dass die maßvolle Beteiligung des DGB „nur ein taktisches Manöver“ des Vorstands dargestellt habe, „um die Mitgliedschaft nicht zu sehr von der Organisation zu entfremden, ihren Unmut in kontrollierbare Bahnen zu kanalisieren und selbst aus diesem politischen Engagement unbeschadet herauszukommen“ (Körper: S. 327, siehe Literaturempfehlung).

Nach NATO-Beitritt und Wiederbewaffnung fand im DGB ein realpolitischer Abnutzungsprozess auch bei den Kritikern statt, der sich schon auf dem Bundeskongress ein Jahr später in einem formelhaften Kompromiss spiegelte. So „bedauert[e]“ der DGB die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, sah seine Aufgabe aber fortan in der demokratischen Entwicklung und Kontrolle der neuen Armee (Protokoll DGB-Bundeskongress 1956, Antrag „Militärische Abrüstung – Soziale Aufrüstung“).

Angesichts der großen innenpolitischen Konflikte mit der Regierung Adenauer (Montanmitbestimmung 1951) ist es zunächst verwunderlich, dass der DGB ausgerechnet in Fragen der Außenpolitik der Bundesregierung weitgehend folgte. Wesentlich waren hier ein politischer, aus Tagesentscheidungen geborener Pragmatismus, der prinzipielle Antikommunismus sowie die

Einschätzung, dass angesichts der schlechten Wahlergebnisse für die Sozialdemokratie gegen die Politik der Adenauer-CDU nicht anzukommen sei. Letztlich waren diese Entscheidungen in den Gewerkschaften nicht unumstritten, allerdings befand sich der oppositionelle Flügel stets in der Minderheit und verlor ab Mitte der 1950er Jahre auch noch weiter an Bedeutung.

Literaturempfehlung

Ernst-Dieter Köpper: Gewerkschaften und Außenpolitik. Die Stellung der westdeutschen Gewerkschaften zur wirtschaftlichen und militärischen Integration der Bundesrepublik in die Europäische Gemeinschaft und in die NATO, Frankfurt am Main, New York 1982

Albert Fußmann

Jugendkultur(en) in Westdeutschland von 1945 bis 1960

Jugendkulturen? – War dies nicht *das* Ding der achtziger Jahre, vorbereitet von „1968“ und weitergeführt in hunderten von nebeneinander bestehenden Jugendkulturen? Ist das nicht irgendwas zwischen Popkultur und Subkultur, zwischen Aufruhr und Kommerz?

Ja, so ist es auch, aber gleichzeitig auch mehr: Vorläufer dessen, was alle unter Jugendkulturen verstehen, hat es schon in den zwanziger Jahren gegeben. Jugendkulturen führten ein unterdrücktes und verbotenes Dasein im Faschismus – und wurden dann in den fünfziger Jahren skandalisiert von Politik und Wissenschaft mit dem Begriff des Teenagers und der Halbstarke.

Voraussetzungen für das Entstehen von Jugendkulturen in den fünfziger Jahren

Die Formen von Jugendkulturen lassen sich nicht trennen von ihren materiellen Bedingungen. Die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland wurde in den Jahren 1945 bis 1955 geprägt von den Folgen des Krieges einerseits und der Förderung der drei westlichen Besatzungszonen in dem sich abzeichnenden Kalten Krieg. Westdeutschland wurde ein Großteil seiner Schulden erlassen und etliche Milliarden Dollar flossen als Wirtschaftsförderung aus den USA nach Westdeutschland. Etwa in der Mitte dieses Jahrzehnts zeichnete sich dann ab, dass allmählich die Phase des Wiederaufbaus ergänzt und ersetzt wurde durch den sich entwickelnden Massenkonsum von Dingen des täglichen Gebrauchs.

Ausgehend von einem niedrigen Niveau stieg das Realeinkommen der Lohnabhängigen in dem Zeitraum zwischen 1950 bis 1960 um 75 Prozent. Die Arbeitslosenquote fiel von 10 auf unter ein Prozent, die Quote der erwerbsarbeitenden Frau-

en stieg von 21 auf 36 Prozent. Von den Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren waren rund 80 Prozent berufstätig (zum Vergleich: heute sind 56 Prozent der 18- bis 26-Jährigen berufstätig).

Mit dem Verlust der bäuerlichen Arbeitsplätze wuchsen die Städte. Gleichzeitig veränderte sich die Art der Arbeitsplätze in Richtung Dienstleistung und Angestellte.

Aber vor allem: Im Jahre 1956 konnte die IG Metall als erste Gewerkschaft die 5-Tage-Woche durchsetzen bei 45 Wochenstunden. Das führte zusammen mit einer Ausdehnung der Urlaubszeit dazu, dass erstmals ein Großteil der Bevölkerung über nennenswerte freie Zeit verfügte, die nicht nur der Reproduktion der Arbeitskraft diente (Essen, Schlafen, Familie), sondern im wahrsten Sinne eine Frei-Zeit wurde, die Platz ließ für weitere kulturelle Bedürfnisse (Geselligkeit, Kultur, Reisen).

Auferstanden aus Ruinen – die vaterlose Gesellschaft nach 1945

Verkrüppelt, tot, in Gefangenschaft, so das Schicksal eines Drittels der erwachsenen Männer – der Wiederaufbau fand zu einem großen Teil ohne diese Männer statt, Frauen und Jugendliche trugen die Hauptlast, vor allem in den Städten. Das militärische Leitbild der deutschen Jugend „Hart wie Kruppstahl, zäh wie Leder, flink wie ein Windhund“ lag besiegt und zerstört am Boden. Politik wurde verachtet und nur bei einem Teil der Bevölkerung gab es Hoffnung und Engagement für eine bessere und gerechte Gesellschaft. Nach zwölf Jahren Diktatur nahm die Bevölkerung und insbesondere die Jugend die Errungenschaften der Demokratie gleichgültig hin: „Die Demokratie wird von den Jungen

hingegen wie ein amtliches Formular, mit gelangweiltem Blick, wegwerfender Handbewegung“ (Ernst Fischer, österreichischer Unterrichtsminister, später einer der bekanntesten Vertreter des Eurokommunismus).

Dennoch, es gab neben den Ruinen auch noch kleine Überreste einer Jugendbewegung, die sich der HJ (Hitlerjugend) nicht unterworfen hatten. Seit den späten 1920er Jahren gab es sogenannte Wilde Cliques in den Großstädten, deren Namen sich als Programm lesen: Meuten, Blasen, Navajos, Edelweißpiraten. So, wie die Wandervogelbewegung 20 Jahre vor ihnen eine bürgerliche Bewegung gewesen ist, handelte es sich bei diesen Cliques um Jugendliche aus dem Arbeitermilieu. Gemeinsam war ihnen ein ungestümer Freiheitsdrang, eine Abneigung gegen alle Autoritäten, die Lust am „Anders sein“; sie waren freizeitorientiert und informell. Auch wenn sie zahlenmäßig nicht die Massen von Jugendlichen banden, so gab es diese Gruppen doch in jeder Großstadt, teilweise bis über die Zeit des Faschismus hinaus, trotz heftiger Verfolgung. Auf der anderen Seite, der eher bürgerlichen Jugendbewegung, gab es noch immer Teile der Bündischen Jugend, die nach 1945 einen Neuanfang wagten; so z. B. mit der Gründung der „Freideutschen Jugend“ im Jahre 1947. Dennoch, die Mehrheit der Jugendlichen war apolitisch, desillusioniert und damit beschäftigt, sich und ihrer Familie den notwendigen Lebensunterhalt zu besorgen.

Der Halbstarke als öffentliches Ärgernis

In der Inszenierung des „Halbstarcken“ setzte sich die Haltung der Wilden Cliques fort: Öffentliche Empörung zu erzeugen, war wesentlicher Teil ihrer Strategie. Wobei es in einer durch und durch normierten Gesellschaft, die auf „Anstand, Ordnung, Sauberkeit“ bedacht war, ein leichtes war, durch bloße Anwesenheit öffentliches Aufsehen zu erregen. Höhepunkt von Massenaufmärschen und -prügeleien war das Jahr 1956, als man über 300 solche „Aufläufe gegen die Ordnung“ verzeich-



nete. Die Halbstarcken waren somit öffentliches Thema geworden, wie eine Aussprache über die „randständige Jugend“ im Deutschen Bundestag von 1956 zeigt. In den Medien wurden diese Formen des Protestes extrem negativ dargestellt, ebenso in Kultur und Pädagogik. Es gab von keiner gesellschaftlichen Institution irgendeine Form von Rückhalt oder Unterstützung.

Rock Around The Clock – vom Halbstarcken zum Teenager

Mit den Filmen aus Hollywood, der Popularisierung des Jazz und der neuen Musik der amerikanischen Jugend, des Rock'n Roll, erhalten diese zunächst nur gelegentlich auftretenden, oftmals unscharfen Äußerungen einer Jugendkultur so etwas wie eine programmatische Wendung: hin zum „American Way Of Life“, hin zum Individualismus, der fortan Musik, Filme und Mode prägte.

Jugendliche mit Kofferradio und James-Dean-Tasche in den 1950er Jahren
© Deutsches Historisches Museum

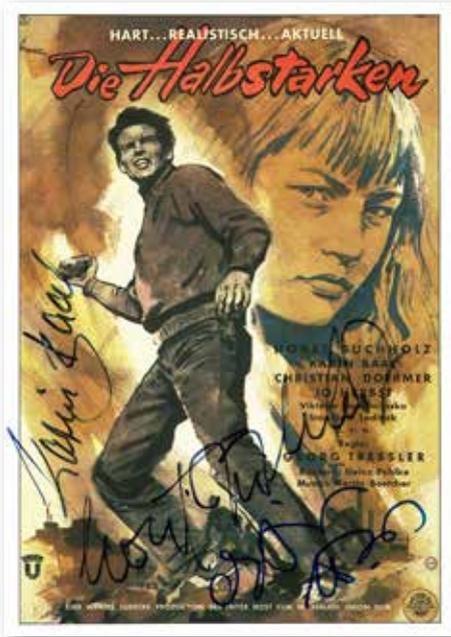


Abb. links:
Werbekarte zu dem bundesdeutschen Spielfilm „Die Halbstarken“ mit Unterschriften der Hauptdarsteller
© Deutsches Historisches Museum, Berlin

Abb. rechts:
Bill-Haley-Konzert in Berlin 1958
© Associated Press/
Picture Alliance

Film

Während die deutsche Filmindustrie harmlose Schnulzen oder Post-Nazi-Filme produzierten (wie: „Hunde, wollt ihr ewig leben“), traf Hollywood mit Filmen wie „Der Wilde“ (1953) und „Die Faust im Nacken“ (1954), „... denn sie wissen nicht, was sie tun“ (1955), „Jenseits von Eden“ (1955) die Stimmung unter den Jugendlichen.

Hier war nicht mehr das traditionell-militärische Männerbild geboten, sondern ein neues



Männerbild: individualistisch, sinnsuchend, draufgängerisch. In Marlon Brando und James Dean waren die ersten Helden der Jugendkultur gefunden; das Militärisch-Zackige wurde ersetzt durch Coolness.

Musik

Auch Blues und Rock'n Roll schufen neue Helden: Bill Haley („Rock Around The Clock“) und Elvis Presley („Heartbreak Hotel“, „Jailhouse“ Rock) wurden zu den Masterminds einer ganzen Generation. Diese Musik verströmte eine ungeheure Energie, befreite den soldatisch abgehärteten Körper und vermittelte ein rauschhaftes Gemeinschaftserlebnis, Grundgefühle einer jeden Jugendkultur. Für die verschiedenen Musikrichtungen deuteten sich Klassen- oder schichtenspezifische Vorlieben an: Rock'n Roll und Rhythm & Blues sprachen mit ihrer Härte, Direktheit und Energie eher die Arbeiterjugendlichen an; Dixieland und Boogie Woogie wurde mit Vorliebe unter Oberschülern gehört; die Ende des Jahrzehnts sichtbaren Existentialisten (unter den Studenten) entdeckten den Cool Jazz als Stilmittel.

Marlon Brando und Mary Murphy in „Der Wilde“ (Original: „The Wild One“, 1953)
© Picture Alliance/
dpa

Diese Abgrenzungsmerkmale innerhalb der Jugendkulturen wurden immer wichtiger, um sich in seinen Orientierungen und Haltungen sichtbar zu unterscheiden. Andererseits ging es nicht nur um Unterscheidungen zwischen den verschiedenen Jugendkulturen, sondern auch um eine Botschaft aller Jugendlichen an die Erwachsenengeneration. Pete Townshends Song von The Who „My Generation“ wurde zum Glaubensbekenntnis ganzer Generationen von Jugendlichen.

Mode

Neben den Filmen und der Musik wurde die neue Mode zum Stilmittel der Halbstarke: Lederjacks und Bluejeans kreierten einen umfunktionierten Arbeiterchic und zeugten von einem neuen Selbstbewusstsein ihrer Träger. Shirts, Hosen und offen getragenes Haar dokumentierten ein neues Bewusstsein der weiblichen Jugendlichen, die sich damit zum ersten Mal überhaupt in der bisher männlich dominierten Jugendwelt Stimme und Gehör verschafften. So entstand erstmals

eine eigenständige Jugendkleidung. Locker und lässig, aufsässig gegen die Hüter der Moral in Familie, Schule oder Betrieb, körperbetont mit leichter sexueller Symbolik. Aus heutiger Sicht vollkommen harmlos, damals aber Grund für Schulverweis, Ausgangssperren und Schikanen am Arbeitsplatz.

Tanz und Geschlechterrolle

Wer sich die Tänze Walzer oder Rock'n Roll bildlich vor Augen führt, sieht sofort den Unterschied. Beim Rock'n Roll gibt es kein Führen und Geführtwerden und keine eindeutige Paarzuordnung mehr, formalisierte Schrittführung wird zur freien Improvisation. Der Körper befreit sich aus gedrillten Haltungen, wo jeder Fehler bestraft wird, er wird zum Selbstaussdruck der individuellen Fähigkeiten. Erst zaghaft entwickelte sich diese Bewegung, bis sie im Hip-Hop und dem Breakdance mit dem Tanzen auf dem Kopf endgültig alle bisherigen konventionellen Figuren des Tanzes sprengte. Nicht nur der individuelle Körper gewann an Freiheit, auch der Umgang der Geschlechter miteinander befreite sich nach und nach von den gesellschaftlichen Konventionen (auch wenn der Besuch des Tanzkurses bis in die sechziger Jahre obligatorisch war).

Kommerz und Kontrolle

Mit der steigenden Kaufkraft der Jugendlichen, die im Jahre 1956 rund 500 Mio. DM für den persönlichen Konsum ausgaben, entstand auch in Westdeutschland so etwas wie eine Freizeitindustrie. So wurden Mitte der fünfziger Jahre 60 Prozent aller Schallplatten von Jugendlichen erworben. Eine seltsame Konstellation bildete sich: hier der Politiker mit Bekenntnis zum Westbündnis – dort der Vorwurf der Amerikanisierung unserer Kultur. Hier der Politiker mit konservativen Wurzeln – dort die Wirtschaftslobbyisten mit ihrem Bedürfnis, den Massenkonsum anzukurbeln. Außerdem wurden diese kulturellen Leistungen der Jugendlichen und die gesamte Popmusik nicht als Konsum verstanden,



Das britische Model Twiggy präsentiert im Februar 1967 ihre erste Kollektion in einem Londoner Modosalon.

© Associated Press/
Picture Alliance

sondern als billiges Einerlei, demgegenüber man die Größe der Hochkultur zu bewahren habe. Einerseits sorgte sich die Oberschicht um ihren eigenen Nachwuchs, dessen Haltung sie durch die „Niggermusik“ des Jazz bedroht sah, andererseits wehrte sie sich gegen jeglichen Zugang der unteren Klassen zu kulturellen Ausdrucksweisen. In vielen Aufsätzen und Büchern über die Jugendkultur der fünfziger Jahre ist davon die Rede, wie die Jugendlichen mithilfe riesiger Werbestrategien manipuliert und ihrer Seele entfremdet wurden. Ein bürgerlich-elitäres Kulturverständnis und eine noch aus dem Nationalsozialismus stammende Verachtung der Moderne gingen dabei ein seltsames Bündnis ein, bei dem man die Dritten im Bunde nicht vergessen darf: die Jugendschützer. Seit der Wilhelminischen Zeit (ab 1890) gab es den Kampf der Jugendschützer gegen die Groschenhefte und Schundliteratur, vor allem gefördert von Pädagogen der Oberschulen und Vertretern der Hochkultur. Diese waren der Auffassung, dass der Staat eingreifen müsse, um Jugendliche vor gefährdenden Inhalten zu schützen. Von dort über die Freiwillige Selbstkontrolle (FSK) bis zum Medienschutzstaatsvertrag lässt sich eine gerade Linie ziehen. Steckt da wirklich eine pädagogische Absicht dahinter? Oder eine krude Mischung aus Verachtung, Unterwerfungsgeste, Dünkel und Arroganz? Letztlich handelt es sich um eine ordnungspolitische Maßnahme und nicht um eine pädagogische, die neugierig macht, die die Kommunikation fördert und Kompetenzen im Umgang mit Gefahren ausbildet.

Beispielhaft sei hier die Geschichte und ihre Begleitmusik der BRAVO genannt, dem journalistischen Leitmedium der frühen Jugendkulturen. Gestartet mit 30.000 Exemplaren entwickelte sie sich zu einer Zeitschrift mit einer Auflage von mehr als 1,2 Mio. (und noch viel mehr Lesern): einerseits ein Musterbeispiel einer kapitalistischen Erfolgsgeschichte, andererseits beargwöhnt von Eltern und Jugendschützern, was mehr als einmal zu Verboten geführt hat.



„Bravo“-Titel Nr. 1, 1956 mit Marilyn Monroe
© Picture Alliance/dpa

Bei Modelabels oder der Musikindustrie gab es Ähnliches zu beobachten. Einerseits bedienen sie ein jugendgemäßes Bedürfnis und hatten damit kommerziellen Erfolg, andererseits riefen Texte oder Schnitte von Kleidungsstücken die Sittenwächter auf die Bühne.

Schock oder Schöpfung

Jugendkulturen sind immer ambivalent: Erst provozieren sie, dann werden sie kommerziell ausgebeutet. Kurzzeitig kämpfen sie gegen einen vorherrschenden Trend, gegen den Mainstream, dann erscheint im Kaufhaus, was wenige Jahre vorher noch undenkbar war. Unvergessen die – textlich wunderbar gelungenen – Werbeanzeigen des „Kaufhof“: „Jetzt wird der Punk zum Prunk“, mit der man künstlich verschlissene Jeans von der Stange anpries – oder mit den Worten von Heinz-Herrmann Krüger (Erziehungswissenschaftler aus Halle-Wittenberg): „Abgesahnt wird woanders“.

In Abgrenzung zu ihrer späteren wirtschaftlichen Verwertung sollen hier die schöpferischen Leis-

tungen von Teilen westdeutscher Jugendkulturen herausgestellt werden:

- Jugendkultur hat sich in Form der Popkultur als Gemeinkultur etabliert.
- Popkultur ist Gegenstand von Volks- und Hochkultur geworden.
- Jugendkulturen haben einzelne Genres der Kunst weiterentwickelt.
- Jugendkulturen können demokratisierend wirken, weil sie die Grenze zwischen ernsthafte und unterhaltender Kultur sowie zwischen Bildung und Unterhaltung aufheben.
- Jugendkulturen haben einen Modernisierungsschub ausgelöst, indem sie gegen die Hochkultur der gebildeten Eliten opponierten und sie abgelöst haben durch ein kapitalistisches Warenmodell.
- Jugendkulturen überschreiten Grenzen und Kulturen (sind transnational und transkultural).

All dies wussten die Halbstarken von damals nicht, aber sie waren der Beginn einer aufmüpfigen Jugendkultur in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie hatten keinen gesellschaftlichen Rückhalt, schufen dennoch ihre eigenen Lebensweisen, die sich bis heute in all ihren Ambivalenzen weiter entwickeln.

Literatur

Viggo Graf Blücher: Freizeit in der Industriegesellschaft, Düsseldorf 1956

Deutscher Werkbund e. V.; Württembergischer Kunstverein: Schock und Schöpfung. Jugendästhetik im 20. Jahrhundert, Darmstadt und Neuwied 1986

Klaus Farin: Über die Jugend und andere Krankheiten, Berlin 2012

Wilfried Ferchhoff: Jugend an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert, Opladen 2/1999

Heinz-Hermann Krüger (Hrsg.): Handbuch der Jugendforschung, Opladen 1993

Kaspar Maase: Bravo Amerika. Erkundigungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, Hamburg 1992

Kaspar Maase: Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850 – 1970, Frankfurt 1997

Helmut Schelsky: Die skeptische Generation, Düsseldorf 1957

Zeitzeugen-Statements zum Kapitel: Politisch-kulturelle Entwicklungen in der jungen BRD

Hans-Detlef Dahlke – Internationale Kriegsdienstgegner

„Bevor ich mich bei der Internationale der Kriegsdienstgegner engagierte, die von Österreich, Deutschland, England und Holland nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurde, hatte ich Kontakt zu der Kampfgemeinschaft gegen Atomschäden. Diese Kampfgemeinschaft gegen Atomschäden war schon eine stramme Gruppe, sogar mit Ärzten. Die Frau, die das aufgebaut hat, war eine Frauenärztin. Ich hatte Kontakt zu einer Reihe von Leuten, die sich als Kriegsdienstverweigerer organisiert hatten. Als im Juni 1956 die Wehrpflicht eingeführt wurde, da hatten wir gewaltigen Zulauf. Wir mussten einen Vorstand aufbauen. Ich war damals Landesdelegierter für die SPD, angeblich die 100 Leute, die die Richtlinien der Politik vorgeben. (lacht) Und ich hatte in Hämelingen 280 Genossen unter meiner Fuchtel. Der Distrikt in Hämelingen, der früher preußisch war, mit über 800 Mitgliedern damals. Da hatten wir drei Wohnbezirke. Ich war Vorsitzender des Wohnbezirks Neuhämpling, wo auch Cordes & Slüter zugehörte. Von daher hatte ich das Mandat als Landesdelegierter. Und in der Ortsverwaltung war ich Leiter des Angestelltenausschusses.

Und da hieß es, du bist ja gut verankert in der IG Metall, Betriebsrat bist du auch bei der Waggonfabrik, in der SPD bist du auch schon Landesdelegierter, du wärst doch der ideale Vorsitzende. So bin ich dann im Oktober 1956 Vorsitzender der Bremer Kriegsdienstverweigerer geworden. Das haben wir hochgepuscht, wir sind ja die Hochburg in Deutschland gewesen. Der erste Ostermarsch war die Gründung der

norddeutschen Kriegsdienstverweigerer. Da war ich im Zentralen Ausschuss auf Bundesebene auch aktiv. Ich habe dadurch Leute wie Niemöller kennengelernt.“

Gerd Bohling – Wiederbewaffnung und Wiederaufbau

„Ich bin ja ein weißer Jahrgang, bin nie zum Militär gekommen, weil ich jahrgangsmäßig nicht dazu passte, und da bin ich sehr froh drüber. Ich habe vor ein paar Tagen einen Film im Fernsehen gesehen, ‚Mütter bei der Bundeswehr‘. Also wirklich, da gab es eine Episode: Weibliche Führungskraft, die ihre Kompanie mit dem ganzen militärischen Tamtam befehligt. Ich muss sagen, das ist was Schlimmes für mich, das kann ich nicht sehen. Das hat damit zu tun, was ich im Krieg erlebt habe. Die Hälfte meiner Schulkameraden sind im Krieg umgekommen. [...]

Es war nicht Thema am Arbeitsplatz, das war seltsam. Es war kein Thema beim Frühstück, da gab es andere Themen. Es gab die Bild-Zeitung, die wurde morgens in der Straßenbahn gelesen, da waren andere Themen aktuell. Aber hier in diesem Raum [IG Metall] haben wir schon über diese Thematik diskutiert. Ich muss sagen, wir waren sehr entsetzt über die Wiederbewaffnung der Bundeswehr. [...]

Dann hatten wir eine positive Erlebnisserie. Wir hatten eine Tante in Amerika, die uns ein Care-Paket geschickt hat. Und zwar das erste Care-Paket, das es nach dem Krieg aus Amerika gab. Das mussten wir in der Horner Straße abholen, zu Fuß durch die Trümmer –

wir wohnten da hinten im Blockland, das war ziemlich weit weg. Die ersten Care-Pakete waren die normale Verpflegung, die die amerikanischen Soldaten bekamen: Plum-Pudding und kleine Dosen mit Wurst und Brot. Später gab es Care-Pakete, die waren speziell auf unsere Bedürfnisse zugeschnitten mit Marmelade, Zucker, Mehl und so. Das war ein positives Erlebnis.“

Horst Matysik – Wiederbewaffnung

„Da kann ich mich auch dran erinnern. Da war ich, wie gesagt, beschäftigt mit meiner Familiengründung. Aber das war auch Thema,



Horst Matysik mit Frau Anneliese und Kindern Ulrich und Guido 1960

dass man gesagt hat: Jetzt fängt der schon wieder mit der Wiederbewaffnung an, wir haben gerade das eine hinter uns gebracht und sind stolz, dass wir jetzt ein bisschen Demokratie haben, da fangen die schon wieder an mit der Wiederbewaffnung, mit Militär. Ich brauchte nicht zum Militär, ich gehörte zu den weißen Jahrgängen, aber meine Söhne wurden später auch eingezogen. Das war schon ein Thema, wieder Soldat zu werden, wieder aufrüsten. Werden wir wieder in einen neuen Krieg hineingezogen, nachdem wir das Verbrechen durch Adolf Hitler weltweit angerichtet haben? Das war schon ein Thema.

Und dann die Nachrüstung unter Helmut Schmidt. Wenn man im Nachhinein die politische Entwicklung betrachtet, war dieser Beschluss ja wohl richtig, denn dadurch hat sich vieles verändert, auch mit dem Eisernen Vorhang. Aber als damalige junge Menschen haben wir das anders gesehen, ganz anders. Wir als Gewerkschafter, die vom Vorstand der IG Metall in Frankfurt, überall, da waren ja überall in der Bundesrepublik Proteste. Und die größte Demonstration, die wir hatten war in Bonn mit über 300.000 Teilnehmern.“

Ingrid Henneberg – Frauen in die Leitungen, Antimilitarismus und sozialistischer Wettbewerb

„Es war 1958, wo ich als Zeichnerin gearbeitet habe und dann gefragt wurde. Das traf zusammen mit einer Linie, die war herausgegeben von der SED, Frauen in die Leitungen zu schicken. [...] So, und das ging 1958 los und funktionierte genauso wenig, wie das jetzt hier im Westen funktioniert. Ich bin ja im Westen, jetzt kann ich es ja sagen, dass es genauso wenig funktioniert, denn die männlichen Kollegen haben über Jahrhunderte das Patriarchat. Das ist gar nicht böse gemeint. Woher sollten sie plötzlich auf die Idee kommen, dass Frauen jetzt leitende Funktionen haben, die haben immer geleitet. Nun kam der Aufruf und es funktionierte nicht und da haben sie nachgelegt und haben gesagt, in allen volkseigenen Betrieben sind Frauenausschüsse zu wählen, und wer waren die Frauenausschüsse? Das waren die ersten Frauen, die dann in leitenden Funktionen waren. [...]

Dann haben wir die Listen gemacht, haben alle aufgeschrieben und sind zum Personalbüro gegangen. Wir haben unsere Aussprache angemeldet und die Listen vorgelegt und haben gesagt, wir wollen euch nur helfen. Sie haben

uns bald rausgeschmissen, ja seid ihr denn verrückt, wo sollen wir denn mit den Männern hin, sollen wir die alle umbringen? Nein, haben wir gesagt, das sollt ihr nicht, ihr sollt nur dafür sorgen, dass, wenn der ausscheidet, dass nicht wieder ein Mann hinkommt. Mehr verlangen wir gar nicht.

So, ich will das abkürzen, das hat 20 Jahre gedauert, lange. Als der Betrieb zugemacht wurde, war die Chefköchin eine Frau, die Hauptbuchhalterin war eine Frau, die Finanzbuchhalterin war eine Frau, die Lohnbuchhaltung war eine Frau, waren alles Frauen. Wir hatten in den technischen Bereichen Frauen, die Leiterin von der Standardisierung war eine Frau. Natürlich, da, wo die großen Dellen gemacht worden sind, da war ein Mann der Leiter, ganz logisch, die waren ja nicht Größenwahnsinnig, aber da, wo es möglich war, haben wir es versucht. Es muss nur so gemacht werden, anders kommst du nicht rein.

So ist das auch mit den Kindergartenplätzen gekommen. Wenn ihr wollt, dass die Frauen in leitende Funktionen kommen, dann müsst ihr Kindergartenplätze für die haben, dann müsst ihr auch einen Wochenkindergarten einrichten, da sie auch mal auf Dienstreise gehen müssen. Sonst geht das nicht, sie haben nicht alle Omas.

Hat lange gedauert, wir haben uns aber nach und nach durchgesetzt, und als das im Laufen war, hat die Partei gesagt, ja was gehen uns die Frauenausschüsse an, das ist eine Sache der Gewerkschaft. Dann bekamen wir als Frauenausschüsse die Gewerkschaft als Partner. Sie waren auch damit einverstanden, denn die haben ja Interessen, die wir auch verfolgt haben wie zum Beispiel den Kindergarten und die Küche. [...]"

Frage: Und Du warst Parteimitglied?

„Ich war Parteimitglied von meinem 18. Lebensjahr an. Schon durch meinen Vater war ich das. Das hat mir nicht geschadet, bei all der Arbeit, die ich gemacht habe. Hat mir vielleicht auch manche Tür aufgeschlossen, es musste aber nicht sein. Wir hatten ja auch einen technischen Direktor, der nicht Parteimitglied war. Es war ja halt so in der Gegend, in der wir wohnten. Ich bin ja nicht aus Vorteilsgründen reingegangen, ich bin als Zeichnerin reingegangen. Ich habe ja von meinem Vater erzählt, wie ich aufgewachsen bin. Für mich war in diesem Land ausschlaggebend, ich habe auch vieles später kritisiert, dass hier im Mittelpunkt stand, und das ist auch bis zum Schluss so geblieben, bei allem was falsch gemacht wurde, nie wieder Krieg und das haben sie durchgehalten. Kann gewesen sein, was will, aber kein Krieg.

Und es hat große Probleme gegeben. Das habe ich jetzt auch erst erfahren, dass sich die Nationale Volksarmee damals geweigert hat, als die in Tschechien reingegangen sind. [...] Dann sind die mit ihrem Bataillon hingefahren und kurz vor der Grenze sind sie draußen geblieben. Dann hatten sie endlich die Russen so weit, dass sie ihnen gesagt haben, wir können nicht so und so viele Jahre nach dem Krieg hier wieder reinfahren, das geht einfach nicht. Und dann haben sie es eingesehen. Also neben aller NVA und allem Militär haben sie auch den Verstand nicht ganz verloren. [...]"

Die Gewerkschaft hat im Betrieb Wettbewerbe organisiert, in den einzelnen Produktionsabteilungen untereinander, und wir haben um den Titel gekämpft. ‚Sozialistisches Kollektiv der Arbeit‘, das war eine typische Gewerkschaftsaufgabe und wir fanden das blöd. Wir haben gesagt, das können die Kollegen in der Produktion machen, wir machen so einen Quatsch nicht mit. ‚Kollektiv der sozialistischen Arbeit‘, wir machen jeden Tag sozialistische Arbeit, da

Ingrid Henneberg
(hinten 2. von links)
und ihr Arbeits-
kollektiv im VEB
Bergmann-Borsig
Berlin 1987



brauchen wir keinen Titelkampf. Na ja, haben die gesagt, aber wenn ihr nicht um den Titel kämpft, kriegt ihr auch für eure Betriebsausflüge keinen Zuschuss von der Gewerkschaft. Da mussten wir uns was überlegen. [...] Da haben wir uns mal einen Vertrag angeguckt, den die Kollegen hatten. Den haben wir uns mal ausgeliehen. Also, das lief unter dem Motto ‚Sozialistisch arbeiten, sozialistisch lernen, sozialistisch leben‘, das waren die drei Punkte, wo wir unsere Aktivitäten einordnen mussten. Dann gab es einen Wettbewerb, und wenn man das gut gemacht hat, konnte man auch noch Prämien neben dem Zuschuss gewinnen. So, haben wir mal überlegt, sozialistisch arbeiten, im Prinzip ist es das, wofür wir sowieso bezahlt werden, wir werden das aber so machen, dass wir uns anstrengen – das war aber nur Rhetorik, wir haben das formuliert, die wollten es ja so [...]. So, sozialistisch lernen, wer macht ein Studium? Ich habe damals noch studiert. Der andere war an der Volkshochschule, der eine hat einen Sprachkurs gemacht und wir haben alles gesammelt. Das war sozialistisch lernen. Dann sozialistisch leben. Da kam dann rein, Theaterbesuch, Betriebsausflug und Ähnliches.“

Gerhard Küther – Wiederbewaffnung

„Aber dann kam 1956/57 die erste große Wirtschaftskrise. Gleichzeitig hat zu diesem Zeit-

punkt die CDU, an vorderster Stelle natürlich Konrad Adenauer, den Versuch unternommen, eine Bundeswehr zu gründen. Da gab es Zoff im Gelände. An allen Ecken und Kanten wurde dagegen protestiert, insbesondere von den Gewerkschaften. Keiner wollte eine Bundeswehr und alle haben Adenauer an seinen Spruch erinnert, dass kein Krieg von deutschem Boden ausgehen darf und dass kein Deutscher mehr eine Waffe in die Hand nimmt, solange er Bundeskanzler ist. Aber er hat damals schon nach dem Motto gelebt: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern? Die Diskussion hat sich bis in die Betriebe durchgesetzt. Wir hatten in den Jugendversammlungen die Diskussion: Nein zur Bundeswehr.“

Gewerkschaftliche Identität/gewerkschaftliche Bildung

Witich Roßmann

„Kollektives Gedächtnis“ und gewerkschaftliche Orientierung

Historisches Erinnern, „Lernen aus der Geschichte“ – welche Bedeutung hat das für Gewerkschaften? Diese Frage ist Leitmotiv für die nachfolgenden Überlegungen. Zwei Aspekten soll nachgespürt werden:

Erstens: Wann und warum hat historische Erinnerung einen gewichtigen Stellenwert für das praktische Handeln von Gewerkschaften als Organisationen und wie prägt es Einstellungen, Wertorientierungen und die Formulierungen von Strategien von Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen?

Zweitens: Wie setzen sich Gewerkschaften und Gewerkschafter(innen) mit ihrer Geschichte auseinander? Oder mit anderen Worten: Warum verläuft die gewerkschaftliche Geschichtsdiskussion in Wellen, wechseln die Themen und die Fragen, die an die eigene Geschichte gestellt werden?

Beginnen wir mit einem oberflächlichen Eindruck: 2016 kann die IG Metall ihr 125-jähriges Jubiläum feiern. Zum 75-jährigen Jubiläum erschien ein großartiges, repräsentatives Geschichtsbuch der IG Metall, initiiert vom langjährigen IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner, zum 100-jährigen eine Neuauflage mit einer eher kleinen Ergänzung der 25 Jahre bis 1991.

Ich möchte im Nachfolgenden an ausgewählten Beispielen historischer Erinnerung begründen und am Ende skizzieren, welche unerledigten neuen Themen einer historischen Aufarbeitung bedürfen.

„Kollektives Gedächtnis“ und gewerkschaftliche Orientierung – eine Vorbemerkung

Nicht nur Individuen haben ein Gedächtnis,

welches wichtige Ereignisse erinnert, das gilt gleichermaßen für Familien, soziale Gruppen und insbesondere auch für große Organisationen wie Gewerkschaften. Das „kollektive Gedächtnis“ überliefert über Generationen hinweg die bewusst erlebten, erzählten, erlesenen Erinnerungen an prägende Situationen, große Erfolge wie deprimierende Niederlagen. Und je nachdem, was das „kollektive Gedächtnis“ erinnert, ergeben sich Normen, Werte, Strategien des Handelns von einzelnen Menschen, Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen sowie Gewerkschaften als Organisationen. Nehmen wir einige typische Beispiele aus der Gewerkschaftsgeschichte:

Der mehrwöchige Streik um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf den Werften an der Küste in den 50er Jahren hat sich, ebenso wie die Arbeitszeitkämpfe um die 40-Stunden-Woche („Samstags gehört Vati mir!“), in den 60er Jahren mit Streik und Aussperrung in Baden-Württemberg ins „kollektive Gedächtnis“ der IG Metall eingebrannt: Sozialer Fortschritt muss erkämpft werden, die IG Metall ist Avantgarde für faire Verteilung, Arbeitszeitverkürzung, soziale Sicherheit – das hat Generationen von IG Metallern Selbstbewusstsein gegeben, aber auch ein Bewusstsein der eigenen Verantwortung für die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Angesichts solcher historischer Erinnerung konnten schmerzliche Niederlagen, wie der Bayernstreik 1954 oder der kontinuierlich sinkende Organisationsgrad in den 60ern, erfolgreich verdrängt werden: Sie sind weitgehend aus dem „kollektiven Gedächtnis“ ausgefiltert worden. Ganz anders die große Streikniederlage 1972 in der Chemieindustrie: Sie hat im „kollektiven Gedächtnis“ der vordem kämpferischen IG Chemie eine eher lähmende Angst vor harten Auseinandersetzungen

gen hinterlassen und für Jahrzehnte eine sozialpartnerschaftliche Praxis als Organisationsroutine geprägt. Als „offene Wunde“ verbleibt die Streikniederlage 2003 in der ostdeutschen Metallindustrie – als Ostproblem verdrängt und nicht aufgearbeitet. Gleichwohl hat die IG Metall seitdem keinen Flächenstreik mehr in der Industrie geführt. Im kollektiven Gedächtnis indes dominiert die wenig später erfolgreiche Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise ohne größere Beschäftigungsverluste.

Mit anderen Worten: Im „kollektiven Gedächtnis“ reflektieren sich vor allem anderen die ganz realen, existenziellen Erfahrungen, die die Menschen, die einzelnen Gewerkschafter(innen) in den Betrieben wie ihre Organisationen erleben. Aber was im „kollektiven Gedächtnis“ quasi hängen bleibt und als bewusste Erinnerung die zukünftige Praxis leitet, das hängt auch entscheidend davon ab, wie diese Erfahrungen verarbeitet werden, welche Schlussfolgerungen gezogen werden und was im Nachgang tatsächlich über die Generationen hinweg vermittelt wird: In den Erzählungen, Berichten, Büchern und nicht zuletzt in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.

Das „kollektive Gedächtnis“ der IG Metall und der deutschen Gewerkschaften – ein kleiner historischer Ausflug

Die offizielle Geschichte der IG Metall beginnt mit der Gründung des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) 1890/91, unmittelbar nach dem Fall des zwölfjährigen Sozialistengesetzes, das Gewerkschafter und Sozialisten außerhalb des Gesetzes gestellt hat. Bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges erleben Gewerkschafter einen grandiosen Aufstieg: Zwanzig Jahre Wirtschaftsaufschwung, unaufhörlich steigende Mitgliederzahlen, Streiks für Löhne und kürzere Arbeitszeiten, sozialen Aufstieg. Im „kollektiven Gedächtnis“ verdichtet sich gleichermaßen der Stolz auf die sozialen Erfolge, auf die wachsende Organisationsmacht wie die erinnerte Furcht

vor einer erneuten Ausgrenzung und Zerschlagung der Organisationen. Konfrontiert mit dem Kriegsbeginn gewinnt die Furcht vor erneuter Ausgrenzung die Oberhand gegenüber den starken Antikriegsgefühlen der Gewerkschafter(innen) – Bewahrung der Organisation statt Opposition zum Krieg. Die Gewerkschaften entscheiden sich für die Politik des Burgfriedens. Zehntausende junge Facharbeiter ziehen in das Elend, Sterben und die Not des mörderischen Stellungskrieges vor Verdun. Die Gewerkschaften verwalten die Kriegswirtschaft, kümmern sich um die soziale Not vor Ort. Und mit der wachsenden Opposition gegen den verheerenden Krieg, gerade auch in den großen Rüstungsbetrieben, spaltet sich für fast zwei Jahrzehnte das „kollektive Gedächtnis“ der Gewerkschafter(innen) in den Gewerkschaften: Zwei völlig verschiedene Geschichten schreiben sich in das „kollektive Gedächtnis“ und bestimmen das strategische gewerkschaftliche Handeln.

Geschichte Nr. 1: Opposition und Kampf

In den Betrieben bilden sich – in Opposition und oft auch emotionaler Verachtung für die Burgfriedens-Gewerkschafter – von den Belegschaften selbst gewählte Interessenvertreter (Vertrauensleute/Betriebsräte). Diese organisieren von 1917 bis 1918/19 Streiks gegen die soziale Not des Krieges wie gegen die weitere Kriegsführung an sich. Im November 1918 schlagen diese Kämpfe mit der Weigerung der Kieler Matrosen, einen selbstmörderischen Krieg weiterzuführen, in eine Revolution um: Bewaffnet ziehen diese Matrosen (in der Mehrzahl qualifizierte Metallarbeiter) durch Deutschland und hinterlassen in jeder größeren Stadt gemeinsam mit den oppositionellen Arbeitern aus den Betrieben Arbeiter- und Soldatenräte, die kurzzeitig die politische Macht vor Ort übernehmen. Auf dieser Basis wird der Kaiser verjagt, der Krieg eingestellt, die erste demokratische Verfassung in Deutschland verabschiedet: Innerhalb weniger Monate werden historische Utopien, Ziele der Gewerkschaften

historische Realität in Deutschland: gleiches, geheimes Wahlrecht für Männer und Frauen, flächendeckend Tarifverträge für alle Branchen, der 8-Stunden-Tag (das große utopische Ziele der 1.-Mai-Demonstrationen seit 1890), ein Betriebsverfassungsgesetz. Und die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften verdreifachen sich innerhalb nur eines Jahres. Arbeitskampf und Revolution realisieren die historischen Ziele. Das prägt das kollektive Gedächtnis der Aktiven dieser Kämpfe.

Geschichte Nr. 2: Organisation und pragmatische Anpassung

Auch die Gewerkschafter(innen), die sich pragmatisch mit der Burgfriedenspolitik arrangieren, erzählen eine Erfolgsgeschichte, die Jahrzehnte später als „rheinischer Kapitalismus“ tradiert wird: Durch begrenzte Anpassung und Kooperation mit den Kriegsbehörden können gewerkschaftliche Organisationsstrukturen im Krieg erhalten bleiben, soziale Probleme regional gelöst werden: Der junge Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer verhandelt mit den oppositionellen Interessenvertretern in den Betrieben und kooperiert mit den offiziellen Gewerkschaftern vor Ort und lernt solchermaßen die Essentials sozialpartnerschaftlicher Kooperation. Die Revolution begreifen sie eher als politische Anarchie und oppositionelle Betriebsräte als gefährliche Alternative zu Gewerkschaften. Insofern prägt ihr „kollektives Gedächtnis“ der Stolz, die gewerkschaftliche Organisation über den Krieg gerettet zu haben, den revolutionären Impuls für Sozialismus und Vergesellschaftung in reale Erfolge für die Arbeiter(innen) transformiert zu haben: Tarifverträge, 8-Stunden-Tag und Mitbestimmung im Betriebsverfassungsgesetz. Und zusätzlich brennt sich positiv der erfolgreiche Generalstreik der Gewerkschaften gegen den Kapp-Putsch (der erste reaktionäre Anschlag auf die junge Weimarer Republik und die Gewerkschaften) in ihr „kollektives Gedächtnis“ ein: Erfolgreichen „Generalstreik“ kann es nur auf zentralen Beschluss der Gewerkschaften geben.

Disziplinierte Gewerkschaften müssen darauf warten, aber können auch, wenn es ernst wird, damit rechnen.

Trotz dieser zutiefst gespaltenen Verarbeitung der noch jungen Gewerkschaftsgeschichte arbeiten Aktivisten und Pragmatiker bis zur Weltwirtschaftskrise (1929–1933) erfolgreich zusammen: Die pragmatischen Gewerkschafter(innen) können in den oft harten Streikkämpfen gleichermaßen auf die leidenschaftlichen Kämpfer wie auf die neuen Betriebsräte in den Betrieben bauen und die wesentlichen Erfolge der Revolution gegen die aggressiven Angriffe der Arbeitgeberverbände verteidigen.

In der Weltwirtschaftskrise hingegen brechen die Differenzen so tiefgreifend wieder auf, prägen völlig gegensätzliche Strategien und gehen deshalb mit einer bitteren politischen wie emotionalen Spaltung der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung einher – und erleichtern damit letztlich auch den widerstandslosen Machtantritt des Hitler-Faschismus 1933.

Was ist der Kern dieser Auseinandersetzung? Der pragmatische Flügel der Gewerkschaften, der weitgehend den ADGB und die Führungen der Einzelgewerkschaften dominiert, reagiert auf den sich jährlich verschärfenden Sozialabbau der Regierungen Müller, Brüning (die mittels Notverordnungen regieren) mit einer Tolerierungspolitik. Wie im Ersten Weltkrieg steht der Versuch, die Maßnahmen durch Mitarbeit zu entschärfen, im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Verzichtet wird weitgehend auf die Mobilisierung gewerkschaftlichen Widerstands, der angesichts enorm schnell steigender Arbeitslosenzahlen auch immer schwieriger wird (von einer Million Arbeitslosen bis zu sechs Millionen von 1928 bis 1932).

Ihm steht aber – im Unterschied zu den letzten Kriegsjahren und den Revolutionsjahren – keine spontane Massenbewegung aus den Betrieben gegenüber. Für die Arbeitslosen steht das nackte

Überleben im Mittelpunkt, für die Arbeitenden in den Betrieben das verzweifelte Bemühen, ihr prekäres Arbeitsverhältnis zu erhalten.

In einer solchen Situation liegt die einzige Erfolgchance in der einheitlichen, von starker Führung initiierten Mobilisierung aller verbliebenen gewerkschaftlichen Machtressourcen. Aber genau dies bleibt aus. Linke Sozialisten in den Gewerkschaften, die sich politisch in kleinen linkssozialistischen Parteien, wie der SDAP, dem ISK oder der KPO organisieren (u.a. Otto Brenner; Willi Bleicher), besitzen keinen Einfluss auf die gewerkschaftlichen Führungsgruppen.

Ein alternatives Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften unter dem Titel „Umbau der Wirtschaft“, das, ähnlich dem „New Deal“ in den USA, beschäftigungssichernde und wirtschaftsdemokratische Forderungen kombiniert, wird erst im Sommer 1932 verabschiedet. Jegliche Mobilisierung für seine Zielsetzungen indes unterbleibt – nicht einmal Flugblätter für die Betriebe werden gedruckt. Die „Herbststreik-

welle“ 1932 demonstriert ein letztes Aufflackern betrieblichen Widerstandes, offenbart das auch in der Krise noch existierende Kampfpotential. Es folgen die zwölf bitteren Jahre von Gewerkschaftsverbot, faschistischer Diktatur, Verhaftungswellen von Gewerkschaftern und Weltkrieg. Im Widerstand und in der Emigration bleibt viel Zeit, diese tiefen Niederlagen der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung aufzuarbeiten.

„Kollektives Gedächtnis“ und Nachkriegsgeschichte

„Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg“: Dieses Motto prägt gewerkschaftliches Handeln nach dem 8. Mai 1945. Aber nicht abstrakt, sondern unter selbstkritischer Aufarbeitung aller Fehler, die den Machtantritt des Faschismus begünstigt haben. Es ist hier weder Platz noch Raum, auf alle diese Aspekte einzugehen. Ich möchte mich im Folgenden auf solche Themen begrenzen, die bis heute das strategische Handeln der IG Metall geprägt haben. Der wichtigste und über lange Jahre für die Politik der IG Metall entscheidende Moment war sicherlich, dass die Führungsgruppen



Protestaktion des DGB in München im Januar 1948

© AdsD

der IG Metall vom „kollektiven Gedächtnis“ der jungen, kritischen, sozialistischen Gewerkschafter der Weimarer Republik dominiert wurden. Stellvertretend dafür können der langjährige Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner (1956 bis 1972), der Bezirksleiter Baden-Württemberg, Willi Bleicher, der Chefredakteur der Metallzeitung, Jakob Moneta, genannt werden: Drei Aspekte prägen – resultierend aus den Erfahrungen der Weimarer Republik wie des Faschismus – die Betriebs-, Tarif- und Gesellschaftspolitik der IG Metall:

- Beschlüsse mit politischen Forderungen an den Staat bleiben sinnlos, wenn für sie nicht auch mit Demonstrationen und Streiks mobilisiert wird (Mitbestimmungsgesetz 1951, Betriebsverfassungsgesetz 1952, Wiederbewaffnung, Notstandsgesetze).
- Betriebs- und tarifpolitische Forderungen müssen in „Aktionsprogrammen“ gut aufeinander abgestimmt werden, mit klaren zeitlichen Prioritäten und Handlungsschwerpunkten.
- Hohe Mitgliederzahlen allein sichern keine Durchsetzungskraft, wenn nicht gewerkschaftliche Bildungs- und Medienarbeit Bewusstsein prägt und basisnahe Gewerkschaftsstrukturen, wie Vertrauensleute und Betriebsräte, gewerkschaftliche Gegenmacht im Betrieb organisieren.

Diese drei Aspekte beeinflussten die Gewerkschaftsarbeit vor allem in den Regionen, in denen die kritische Aufarbeitung der Geschichte wie die eigenen Lebenserfahrungen die betrieblichen Funktionäre und Führungsgruppen deutlich geprägt haben: In Baden-Württemberg unter dem Bezirksleiter Willi Bleicher und in den industriellen Zentren der nordwestdeutschen Regionen mit ihren kämpferischen Traditionen des Kampfes um gesellschaftliche Neuordnung in der Kohle-, Stahl- und Werftindustrie.



Die strategische Orientierung des IG Metall-Vorstandes in der Organisationskrise der 60er Jahre (stagnierende Mitgliederzahlen bei stark wachsender Industriebeschäftigung) auf Ausbau der Bildungszentren, Bildungsarbeit sowie auf den Aufbau von Vertrauensleutestrukturen verhinderte den „Gedächtnisverlust“. Das war letztlich die Basis der enormen Mitgliederzuwächse in den 70er Jahren.

Die aktive mobilisierende Tarif- und Gesellschaftspolitik sowie die demokratischen Basisstrukturen der IG Metall führten zu zwei wichtigen Organisationserfolgen der IG Metall:

Erstens: Sie ermöglichten – unter Einschluss von heftigen innergewerkschaftlichen Konflikten – die Integration von hunderttausenden Arbeitsimmigranten aus Südeuropa und der Türkei in die Gewerkschaftsstrukturen der IG Metall. Diese Veränderung der Belegschaftsstrukturen hätte auch zur tiefen Spaltung führen können.

Zweitens: Sie ermöglichten einen Generationswechsel innerhalb der betrieblichen wie gewerkschaftlichen Führungsgruppen, der trotz der heftigen politischen Konflikte der 70er Jahre um das Selbstverständnis der Gewerkschaftsar-

Urabstimmung in der Metallindustrie – Stahlarbeiter kündigen ihre Arbeitsverträge zum 31.01.1951.

Quelle: AdsD

© Fotograf unbekannt

beit („Wilde Streiks“ 1969/1973), den inneren Zusammenhalt der IG Metall und damit ihre gesellschaftliche Gegenmacht nicht gefährdeten.

Krisen der 80er/90er Jahre und „Kollektives Gedächtnis“

Intensiv wird das „kollektive Gedächtnis“ der IG Metall durch den radikalen Umbruch der wirtschaftlichen und politischen Arbeitsbedingungen der 80er/90er Jahre herausgefordert: Auf die drei Weltwirtschaftskrisen 1974/75, 1981/82, 1992/93 mit jeweils stark ansteigenden Arbeitslosenzahlen, Branchenkrisen, Produktionsverlagerungen nach Osteuropa und Asien sowie den neoliberalen Angriffen der Kohl-Regierung: Privatisierung, Deregulierung, Sozialabbau, reagierte die IG Metall kämpferisch: mit betrieblichen Abwehrkämpfen (Rheinhausen), mit Demonstrationen gegen Sozialabbau (1981 Stuttgart, 1982 bundesweit), mit dem Kampf um die 35-Stundenwoche (1978/79 Stahlindustrie; 1984 Metall- und Elektroindustrie).

So beantwortete die IG Metall die Historikerdebatte der 70er Jahre praktisch (Kann man in der Krise kämpfen? Gab es in den 30er Jahren Alternativen zur Tolerierungspolitik?).

Und es ist sicherlich kein Zufall, dass in diesem Zeitraum Gewerkschaftsgeschichte vor Ort aufgearbeitet wurde. Koordiniert von der Bildungsabteilung des Vorstands spielt die kritische und selbstkritische Aufarbeitung der Gewerkschaftsgeschichte – u. a. die Geschichte der Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung und den 8-Stunden-Tag – in der IG Metall eine zentrale Rolle.

Es entstehen in dieser Zeit eine Vielzahl von regionalen Gewerkschaftsgeschichten, in deren Erarbeitung Gewerkschafter(innen) selbst beteiligt sind. Dies alles prägt innerhalb der IG Metall das Bewusstsein der eigenen Verantwortung für gesellschaftliche Weichenstellungen.

Gleichzeitig bewahrt das „kollektive Gedächtnis“ in dieser Zeit das Bewusstsein dafür, dass nicht nur kritische Erinnerung handlungsorientierend ist, sondern vor allem die Debatte und die Formulierung von gesellschaftlichen Zukunftsentwürfen. Gewerkschaftliche Mobilisierung war letztlich immer gebunden an die Vision einer besseren, humanen, gerechten, demokratischen Gesellschaft: Die Utopie des 8-Stunden-Tages des Pariser Arbeiterkongresses, die in der weltweiten Protestbewegung des 1. Mai kulminierte, des New Deal in den USA, der wirtschaftsdemokratischen Umbaupläne der Nachkriegszeit bis hin zu den Zukunftskongressen der IG Metall.

Gewerkschaftsgeschichte im

21. Jahrhundert – neue Perspektiven

Seit den großen historischen Debatten um Gewerkschaftsgeschichte in den 70/80er Jahren ist viel Zeit vergangen. Die IG Metall ist in den 90er Jahren, aber vor allem in den ersten 15 Jahren des 21. Jahrhunderts mit vielen neuen Fragen konfrontiert worden. Sie hat sich seit der erfolgreichen Bewältigung der Weltwirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 stabilisiert. Und sie ist zugleich mit tiefgreifenden Herausforderungen durch die Globalisierung und den industriellen Strukturwandel (Industrie 4.0) konfrontiert. Dies schließt auch Herausforderungen an die historische Arbeit der Gewerkschaften sowie ihre Bildungsarbeit ein. Einige Aspekte seien abschließend dafür benannt:

1. Die IG Metall ist eine europäische Gewerkschaft geworden. Im kollektiven Gedächtnis ihrer Mitglieder sind die Erfahrungen und kulturellen Prägungen ihrer Immigranten aus Südeuropa und der Türkei integraler Bestandteil. Sie müssen jetzt auch Bestandteil jeglicher Geschichte der IG Metall/Gewerkschaften werden und damit auch der entsprechenden Bildungsarbeit. Geschichte der IG Metall als Teil der europäischen Gewerkschaftsgeschichte und der Geschichte der europäischen Migration.

2. Die am schnellsten wachsende Gruppe der Beschäftigten wie der Mitglieder der IG Metall sind die Angestellten. Sie haben auch eine deutsche Gewerkschaftsgeschichte, die aber bislang in den Geschichten der IG Metall weitgehend ausgeblendet geblieben ist. Hier besteht erheblicher Nachholbedarf. Dies schließt die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte von Berufsgewerkschaften und die Bewahrung der Identität von integrierten Branchengewerkschaften, wie z. B. der Gewerkschaften Holz/Kunststoff und Textil/Bekleidung, ein.
3. Globalisierung, vernetzte Just-In-Time-Produktion, veränderte Zusammensetzung von Belegschaften (Leiharbeit, Werkverträge sowie die wachsende Bedeutung von Forschung und Entwicklung sowie Service/Montage) haben tiefgreifende Bedeutung für Arbeitskampffähigkeit und damit gewerkschaftliche Gegenmacht. Die Aufarbeitung von Arbeitskampferfahrungen außerhalb der traditionellen IG Metall-Arbeitskampferfahrungen gewinnt an Bedeutung für die Erarbeitung neuer gewerkschaftlicher Handlungsstrategien der IG Metall ebenso, wie der eigenen Erfahrungen (Streiks um Sozialtarife; „Neue Beweglichkeit“/Warnstreiks, flexible Streiks 2002, Streikniederlage 2003 in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie).
4. Die IG Metall wie ihre Vorläufer (Deutscher Metallarbeiterverband DMV) haben eine außerordentlich originelle Organisationsverfassung, die sich im Kern seit 1891 nicht verändert hat: Sie verbindet die personelle und finanzielle Autonomie ihrer Basisorganisationen (Verwaltungsstellen) mit einer starken Zentralisierung. Sie hat sich damit gleichermaßen die Fähigkeit gesichert, die unmittelbaren Erfahrungen an der regionalen Basis früh in ihre Gewerkschaftspolitik zu integrieren. Und sie hat sich gleichzeitig die Fähigkeit zu einheitlicher Aktion bewahrt.

Diese interne Organisationsverfassung unterscheidet sie von den meisten anderen europäischen wie deutschen Gewerkschaften. Auch sie ist hinsichtlich ihrer Bedeutung historisch völlig unterbelichtet geblieben, obwohl diese Basisautonomie im „kollektiven Gedächtnis“ der regionalen Funktionäre der IG Metall eine gewichtige Rolle spielt. Aus meiner Sicht eine „Erfolgsstory“ vernünftiger Verbindung von Dezentralisierung und Zentralisierung, die in der Geschichte einer demokratischen Organisationsverfassung eigenständige Bedeutung gewinnen sollte.

5. In einer neuen Ausarbeitung der Geschichte der IG Metall müssen auch bislang eher vernachlässigte Themen aufgearbeitet werden: Genannt seien die Geschichte der technischen Umwälzungen, der Ökologie sowie der Geschichte der Frauen.
6. Und eine besondere Aufmerksamkeit sollte angesichts der neoliberalen Umwertung von gesellschaftlichen Werten der Geschichte der gewerkschaftlichen Ethik, der Leitbilder und programmatischen Ziele der Gewerkschaften zukommen.

Chaja Boebel, Ulrike Obermayr

Sich seiner selbst bewusst werden, um selbstbewusst zu handeln

70 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit

Am Beginn unserer Geschichtsseminare fragen wir Kolleginnen und Kollegen meist, warum sie sich für die Teilnahme an einer solchen Veranstaltung entschieden haben. Die häufigste Antwort dürfte wohl ein Zitat – oder dessen Abwandlungen – des US-amerikanischen Philosophen George Santayana wiedergeben: „Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnern kann, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.“

Dieser Ausspruch wird ganz besonders häufig auf die Zeit des Nationalsozialismus und den Beginn des (auch gesellschaftlichen) Wiederaufbaus in der unmittelbaren Nachkriegszeit bezogen. Der Nationalsozialismus ist hierbei im Versagensfall die drohende Verdammnis; der Wiederaufbau eines demokratischen Gemeinwesens im Allgemeinen und der Gewerkschaften im Besonderen sind das positiv-leuchtende Gegenbeispiel, dessen Errungenschaften als immer noch gegenwärtig, bewahrens- und verteidigungswert eingeschätzt werden.

So ist auch in unseren Seminaren mit Händen zu greifen, was zum Kernbestand gewerkschaftlichen Selbstverständnisses zählt: die vehemente Ablehnung des historischen Nationalsozialismus wie auch die Abwehr aktueller rechtsextremer Erscheinungsformen und Entwicklungen.

Demgegenüber springt vielen erst auf den zweiten Blick ins Auge, welche konkrete Rolle am Ende des Nationalsozialismus gerade die Arbeiterbewegung bzw. deren Überreste geleistet haben. Vielerorts wurden unmittelbar nach dem Zusammenbruch der lokalen Naziherrschaft – oft noch vor dem Einrücken der Alliierten – Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zum Teil unter Lebensgefahr in den sogenannten

Antifaschistischen Ausschüssen aktiv. Diese Ausschüsse spielten bei der Redemokratisierung, Entnazifizierung und dem Aufbau einer Friedensproduktion in den, von den Unternehmern erst einmal weitgehend verlassenen, Betrieben die zentrale Rolle.

Ehemalige Betriebsratsmitglieder und Gewerkschafter(innen) wirkten daran mit, demokratische Strukturen zu implementieren und trugen so zur Entwicklung und Stabilisierung dieser neuen Gesellschaftsform mit.

Warum beschäftigen wir uns in der Bildungsarbeit so ausführlich mit historischen Themen und warum erachten wir es als wichtig, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Verständnis dafür entwickeln, unter welchen Bedingungen nach 1945 IG Metall-Mitglieder politisch, gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch aktiv geworden sind und welche Interessen sie hatten?

Zur Beantwortung dieser Fragen ist es hilfreich, auf die schulischen wie gesellschaftlichen Lernerfahrungen zu schauen, und das daraus resultierende Eingangswissen unserer Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei Seminarbeginn zu skizzieren.

Im schulischen Geschichtsunterricht kamen und kommen Gewerkschaften und Gewerkschafter in ihrer Bedeutung für demokratische Prozesse vielfach gar nicht, nur unzulänglich oder viel zu selten vor. Und das gilt weitgehend unabhängig von den jeweils besuchten Schulformen. Das breit vermittelte Grundwissen über den Wiederaufbau nach der Befreiung enthält, wenn man die Aussagen in den Seminaren ernst nimmt, wenig mehr als die Rolle(n) der Alliierten, his-

torische Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer und Willy Brandt und Schlagwörter wie Marshall-Plan, Währungsreform und Luftbrücke. Diese Schlagwörter sind oftmals in Deutungsmustern eingebunden, die eher das Selbstverständnis der Bundesrepublik als das Selbstbewusstsein von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern erkennen lassen.

Über Gewerkschaften in Ost und West ist bekannt, dass sie im Nationalsozialismus verboten waren und anschließend neu gegründet wurden, dass es Unterschiede zwischen dem DGB in Westdeutschland und dem FDGB in Ostdeutschland gab und dass im Ahlener Programm der CDU sozialistischere Ziele formuliert wurden, als man es heute für denkbar hält.

Eine intensive Auseinandersetzung mit dieser Anfangs- und Aufbauphase bietet vielfältige Möglichkeiten für Lernerfahrungen, die weit über den bloßen Wissenserwerb hinausgehen. Letzterer ist ein zwar notwendiges, letztlich aber nur vordergründiges Ziel im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Ziel unserer Arbeit auch und gerade in den gesellschaftspolitischen Seminaren ist stets eine Handlungsmotivation und -orientierung. Damit ist dieser Bereich der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit wesentlich enger mit der betriebspolitischen Wirklichkeit verknüpft, als dies bei flüchtiger Betrachtung erkennbar ist.

Zugleich fassen wir die Rahmenbedingungen für betriebliches Handeln ins Auge. So kann historisches Wissen Grundlagen schaffen für eine dringend nötige Repolitisierung der politischen Debatten in einem gesellschaftlichen Klima scheinbar alternativer Entscheidungen. Auf diese Weise arbeiten wir einerseits heraus, warum wir als Gewerkschaften in diesem Klima häufig aus der Defensive heraus handeln, zudem leisten wir andererseits einen Beitrag zur Entwicklung potentiell offensiver Perspektiven.

Dies kann am besten im Rahmen von Bildungsveranstaltungen eingeübt werden, in denen historische Entscheidungsprozesse und ihre Rahmenbedingungen in ihrer Bedeutung für die Gegenwart thematisiert und reflektiert werden und indem auch die Ergebnisse solcher Entscheidungen hinterfragt und diskutiert werden.

Eine bloße Aneinanderreihung von Fakten, die aus Quellen und Geschichtsbüchern zusammengetragen werden, wäre übrigens auch aus didaktischen Gründen keine Option: Ein solches Vorgehen würde bei unseren Teilnehmerinnen und Teilnehmern berechtigtermaßen Langeweile auslösen und so der Förderung von Erkenntnis eher im Wege stehen.

Geschichte wird dann spannend und zum eigenen Anliegen, wenn es uns gelingt, den Blick dafür zu öffnen, warum es auch heute noch sinnvoll und notwendig ist, sich auf einzelne Themen einzulassen und sich mit ihnen zu beschäftigen. Das eigene Anliegen wird dann nicht nur zur subjektiven, sondern letztlich auch zur organisationspolitischen Handlungsbefähigung, wenn im Rahmen eines gewerkschaftshistorischen Seminars der Bogen von der Vergangenheit bis zur Gegenwart geschlagen wird. Aktuelle Alltagserfahrungen und gegenwärtige Fragestellungen werden, wenn wir sie in historische Zusammenhänge stellen, konstruktiv verarbeitet.

Das hier skizzierte Vorgehen macht deutlich, warum die Satzung der IG Metall viel mehr ist als die Grundlage für die Arbeit von Vertrauensleuten und IG Metall-Betriebsräten. Unser formalisiertes Selbstverständnis enthält zahlreiche Aspekte, die man am ehesten dann verstehen kann, wenn man darüber Bescheid weiß, aufgrund welcher Erfahrungen und unter welchen Bedingungen ihre Verfasser nach dem Zweiten Weltkrieg arbeiteten und den Neubeginn wagten.

Wo sonst, wenn nicht in Geschichtsseminaren, haben wir beispielsweise die Gelegenheit, uns ausführlich mit der Frage zu beschäftigen, warum es nach 1945 geboten schien, keine Richtungs-, sondern eine Einheitsgewerkschaft zu gründen? Und auch der weithin in Vergessenheit geratene § 4 Absatz 2 der Satzung, die angestrebte „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum“ lässt sich besser diskutieren, wenn man weiß, welche Erfahrungen und Gedanken bei der Ausformulierung unseres Selbstverständnisses handlungsleitend waren.



Mit einem gefestigten Wissen über die Geschichte der eigenen Organisation und der Fähigkeit, diese Kenntnisse in einen größeren Kontext einzuordnen und immer wieder neu zu reflektieren, können Mitglieder und Funktionäre der IG Metall für sich und ihre Organisation selbstbewusst und konstruktiv eintreten.



Das im Eingangssatz geforderte „Lernen aus der Geschichte“ ist uns also weder Selbstzweck noch an einer scheinbaren Objektivität ausgerichtet. Es hilft vielmehr dabei, eine Identität als Gewerkschaftsmitglied weiter zu entwickeln und sich der eigenen und der organisatorischen Handlungsmöglichkeiten stets aufs Neue bewusst zu werden.

Immer wieder bekommen wir Rückmeldungen von Seminarteilnehmenden, aus denen hervorgeht, dass sie die erworbenen historischen Kenntnisse selbstbewusster und argumentationsfähiger gemacht hätten. Das gelte nicht zuletzt für die Ansprache potentieller Mitglieder, denen sie mit größerem Stolz gegenüberreten könnten, wenn sie selbst eine klare Vorstellung von Errungenschaften und Erfolge hätten und nicht für eine erweiterte Versicherung, sondern für eine Organisation werben würden, die viele vermeintliche Selbstverständlichkeiten erkämpft hat.

Die IG Metall war und ist betriebs- und gesell-

schaftspolitischer Akteur in einer sich wandelnden Gesellschaft, in der sie Einfluss ausgeübt hat und weiterhin einflussreich agiert. Die Bundesrepublik, wie wir sie heute, 2015, kennen, ist einerseits sehr weit entfernt von dem besiegten Deutschland nach dem Kriegsende, das seinen Weg durch den Wiederaufbau in Ost und West, Teilung und Wiedervereinigung noch vor sich hatte. Dass aber die Erfahrungen der letzten 70 Jahre in die IG Metall, ihre Satzung, ihr politisches Selbstverständnis und in die Vielfalt ihrer Handlungs- und Organisationsformen eingeschrieben sind, ist eine Erfahrung, die immer wieder erworben werden muss und in unserer gewerkschaftlichen Bildungsarbeit erworben werden kann.

Vor einigen Jahren haben wir uns die Konzepte der Geschichtsseminare angeschaut und einen

Vom Frontalunterricht zum teilnehmerorientierten Lehren und Lernen – auch die Vermittlungsformen in der IG Metall-Bildungsarbeit ändern sich in den letzten 70 Jahren.

Oben: Gruppenaufnahme mit Leiter der Abteilung Bildung beim Vorstand der IG Metall Hans Matthöfer.

Quelle: AdSD
© W. Böhringer,
Düsseldorf

Unten: Seminararbeit in Kleingruppen 2014

© Karsten Meier

Prozess der Weiterentwicklung angestoßen. Bei der Überprüfung und Reflexion unserer bisherigen Praxis sind uns drei Aspekte besonders aufgefallen:

1. Trotz der großen Nachfrage und dem Interesse an Geschichtsseminaren haben die Aktivitäten zur Erforschung der regionalen Sozial-, Wirtschafts- oder Gewerkschaftsgeschichte im letzten Jahrzehnt stark abgenommen. Auffällig viele regionale Projekte sind in der Vergangenheit durch Jubiläen zum Beispiel von Verwaltungsstellen angeregt worden und häufig standen dafür zusätzliche personelle Ressourcen zur Verfügung.
2. Der Bezug zur jüngeren Geschichte musste in einigen Seminarkonzepten stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Dabei war uns wichtig, dass wir der Entstehung des Nationalsozialismus – die Phase zwischen 1933 und 1945 –, aber auch dem Wiederaufbau und der Aufarbeitung nach 1945 großen Raum geben. Dennoch fehlte ein wesentlicher Teil jüngerer Geschichte, die sich vor allem mit den Veränderungen der Arbeitswelt und nicht zuletzt mit unseren eigenen Handlungsbedingungen im Betrieb beschäftigt.
3. Uns fehlten kleine „didaktische Bausteine“ für historische Bezüge in unseren regionalen Einstiegsseminaren. Denn die Auseinandersetzung mit Aspekten unserer eigenen Geschichte, sei es zum Beispiel im Arbeits- und Gesundheitsschutz, in der Frage von sozialen Sicherungssystemen und nicht zuletzt besonders aktuell zur Geschichte von Tarifverträgen – sind nach unserem Bildungsverständnis zu bedeutsam, als sie ausschließlich nur in historischen Seminaren zu bearbeiten.

Daher war eine Konsequenz die Entwicklung von kleinen Konzepten für die regionale Bildungsarbeit zum Beispiel für die Geschichte der Mitbestimmung.

Auf der zentralen Ebene ist ein neues Seminar „Geschichte vor Ort“ entwickelt worden, um Arbeitskreise bzw. lokalen Gruppen bei der Erarbeitung von lokalen Geschichtsprojekten Starthilfe zu geben. Inzwischen gibt es hier einige interessante Ergebnisse, wie zum Beispiel die Zerschlagung der Mitbestimmung am Beispiel Siemens 1933 aus Berlin oder ein Projekt über 60 Jahre Industrie- und IGM-Geschichte in Offenbach.

Wenn man der Grundüberlegung folgt, dass „historisch denken lernen“ politisches Handeln vorbereitet, geht es nicht um das Wichtigste aus der Vergangenheit (Kriege, Entdeckungen, Staatsgründungen, Revolutionen etc.), so der Geschichtsdidaktiker Bodo von Borries auf einer IG Metall-Bildungstagung (8. Theorie-Praxis-Dialog, Weimar 2013: Historisches Denken und Politisches Handeln, Hrsg. IG Metall, 2013). Es gehe in erster Linie darum, eine Perspektive, ein Verfahren, eine Denkweise zu erkunden. Geschichte verbindet Vergangenheit und Gegenwart im Hinblick auf die Erwartung und Gestaltung der Zukunft.

Diesem Gedanken folgend sind wir für unsere eigene historische Praxis auf historisches Denken angewiesen, wenn sie erfolgreich sein will. Historisches Lernen braucht Neugier, Forschergeist, Engagement und Genauigkeit, so Borries. Unsere Aufgabe ist also nicht nur die Implementierung von historischen Bausteinen in die Seminarkonzepte, sondern vielmehr die didaktische Maßgabe, historisches Lernen als integralen Bestandteil gewerkschaftspolitischer Bildung zu initiieren. Denn Geschichte ist lebendig, verändert sich und muss immer neu geschrieben werden.

Das merken wir besonders, wenn wir auf die neueren Entwicklungstendenzen der rechten Bewegungen in Europa schauen und deren Entwicklungen verstehen wollen. Hier lohnt es sich, vor der eigenen Tür zu kehren. Die Gründung der Partei AfD und die, wenn auch möglicherwei-

se zeitlich begrenzten, Demonstrationen gegen die angebliche Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA) werfen einige Fragen auf im Zusammenhang mit der aktuellen Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Asylpolitik und den unterschiedlichen Vorstellungen von Einwanderungs- und Migrationsgesellschaft sowie – in letzter Konsequenz – dem demokratischen Miteinander als solchem.

Hier sind in der Tat Neugier, Forschergeist und Genauigkeit nötig, um Denkmuster zu untersuchen, die ohne historisches Denken bzw. eine Geschichtsanalyse nicht auskommen. Daher ist es eine Verpflichtung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, hierzu Konzepte und Räume vom Baustein über zentrale Seminare bis hin zu maßgeschneiderten Veranstaltungen anzubieten, die den Austausch ermöglichen und gewerkschaftliches Handeln vorbereiten.

Zeitzeugentexte zum Kapitel: Gewerkschaftliche Identität/ gewerkschaftliche Bildung

Maria Burgi – Gewerkschaft war mein Leben

„Für mich hat es nur die Gewerkschaft gegeben, sonst nichts. Die Gewerkschaft war mein Leben. Für sie habe ich mich eingesetzt. Es gab ja auch keinen, der nicht drin war. Wir hatten einen, der nicht drin war, den hab ich entlassen. Der hat gehen müssen. Wenn du was erreichen willst, dann musst du rein. Denn es gibt immer eine Sache, wo man sie einfach braucht, die Gewerkschaft.“

Ich war gerne Betriebsrat. Ich wüsste nicht, wie es gewesen wäre, wenn ich nicht Betriebsrat gewesen wäre – zu mir sind sie halt mit allem gekommen. Eine Gewerkschaft braucht man, sonst gehen wir unter. Das ist wahr.“



Maria Burgi wird 1999 für ihre 70-jährige Gewerkschaftsmitgliedschaft geehrt.

Hans-Detlef Dahlke – Ich habe hier meine Heimat gefunden

„Ich habe nicht nur den Angestelltenausschuss geleitet, sondern auch den Referentenarbeitskreis. Der hat sich gebildet, nachdem das bremische Bildungsurlaubsgesetz erlassen wurde. Dafür haben wir uns zusätzlich qualifizieren müssen. Aber vorher hatten wir schon für den bremischen Bildungsurlaub ein Geschichtseminar ‚Die Arbeiterbewegung in Bremen‘. Bloß hat das keiner angenommen. Das war aber der Ursprung für das Buch ‚100 Jahre IG Metall‘ und Anlass, diese Geschichtsgruppe zu gründen. Das ist 30 Jahre her und die Gruppe leite ich heute noch. [...]

Ich war schon so verankert in der IG Metall, da war nicht mal der Gedanke, in die DAG reinzugehen. Mein bester Freund war Geschäftsführer der Handelskrankenkasse, der hat mich beackert, in die DAG zu gehen, der hat mich beackert, in die HKK reinzugehen. Ich war über 60 Jahre Mitglied in der Betriebskrankenkasse, ich war da in der Vertreterversammlung bis zu meinem Beschäftigungsende. Das hat mich nicht gereizt. Ich habe hier



Maria Burgi (Mitte), Essen 1972



Maria Burgi (2. von rechts) diskutiert mit anderen Teilnehmerinnen während einer Schulung der GTB, Abt. Frauen in Waldheim 1976

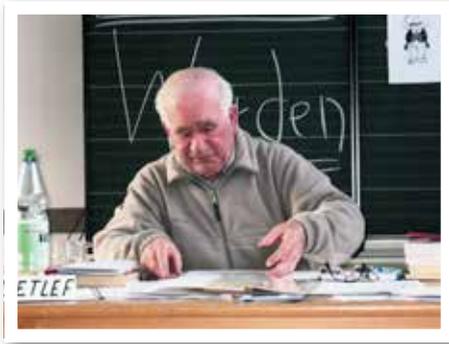
Hans-Detlef Dahlke redet auf der 1.-Mai-Veranstaltung in Bremen 1983



Tarifrunde in Bremen 2004: Hans-Detlef Dahlke mit IGM-Senioren aus Rostock



Als Referent eines Bildungsurlaubs der bpb in Bad Zwischenahn 2009



Gerd Bohling redet auf dem 10. Angestelltentag des DGB 1980

meine Heimat gefunden. Ich habe hier auch meine Leute, egal auf welcher Ebene, und hatte hier auch die Möglichkeit, mich zu entfalten. Ich habe hier wirklich viel gelernt! Ich hatte tolle Kollegen, wenn wir Seminare gemacht haben, egal, ob das in Sprockhövel war oder wo auch immer. Daher bin ich gar nicht auf die Idee gekommen, mich irgendwo anders zu organisieren. Im Gegenteil, ich habe die DAG dann bekämpft. Wir hatten ja damals noch die Angestelltenkammer und die Arbeiterkammer. In der Angestelltenkammer haben wir damals

die schweren Kämpfe gegen den Frenzel, den damaligen Chef der DAG, geführt und letztendlich haben wir gewonnen. Das war für mich überhaupt keine Diskussion.“

Gerd Bohling – Gewerkschaft ist mein Hobby

„Ich gehörte nicht zum linken Flügel, ich war kein Kommunist. Man hatte versucht, mich da reinzukriegen. Man hatte mir mal ein Angebot gemacht, ich könnte mal nach St. Petersburg zu den Jugendfestspielen, kostet mich nichts, kriege sogar noch Taschengeld dazu. Das habe ich nicht gemacht, andere haben das gemacht. Wir waren dann im Betriebsrat nicht die Mehrheit, das war dann die Fraktion der SPD. Man konnte machen und sagen, was man wollte, man lief immer auf. Das war eigentlich nicht so schön.

Ich war aktiv in der Angestelltenarbeit und im Bereich der Arbeitssicherheit. Ich war ebenfalls in Entgeltfragen aktiv und ich muss sagen, wir haben eigentlich eine tolle Angestelltenarbeit gemacht. Das hat eigentlich schon mein Leben geprägt. Wenn ich das so sage, mein Leben, da hat die Gewerkschaft ganz, ganz stark mit zu beigetragen. Insofern bin ich ein alter Gewerkschaftshase, habe viele Vorsitzende erlebt bei der IG Metall, alle möglichen Charaktere.



Wir haben gute Sitzungen in Frankfurt gehabt und wir waren ein tolles Team. Die Vorsitzenden der Bezirksangestelltenausschüsse aus Deutschland, wir waren wirklich ein toller Kreis und hatten ein gutes Netzwerk. Ich war lange Jahre im Gehaltsausschuss der IG Metall. Also, die Gewerkschaft ist wirklich mein Hobby gewesen – und ist es noch immer.“



Horst Matysik – Partnerschaft

„Meine Frau war politisch an meiner Seite. Es gab für uns, das muss ich von Herzen sagen, nichts anderes als die Sozialdemokratie. Da waren wir uns immer einig. Ich weiß natürlich nicht, was sie an der Wahlurne gemacht hat, aber da wird nichts anderes herausgekommen sein als in den Diskussionen, die wir führten. Und später bei der Seniorenarbeit war sie sehr behilflich. Sie war bis zum letzten Tag bei allem mit dabei. Hat mit vorbereitet, schriftliche Arbeiten gemacht, Einladungen geschrieben, es war schon ein Verbund bis zu 100 Prozent.“

Frage: Das unterschätzt man immer. Diese ehrenamtliche Arbeit ist ja mit vielen Tätigkeiten verbunden. Wenn man dann einen Partner hat, der das mit unterstützt ...

„Es gab eine Krise in unserer Ehe bezogen auf meine Tätigkeit als Betriebsrat. Als sie erfahren hat, dass die Kollegen mich für den Betriebsrat

vorschlagen, da hat es eine lange Diskussion zwischen uns gegeben. Denn viele meiner Betriebsratskollegen waren geschieden aufgrund dieser Tätigkeit, der vielen Abwesenheit, Konferenzen, Seminare und alles. Da hat sie gesagt: Wenn du in den Betriebsrat gehst, dann lass ich mich scheiden. Das war eine harte Situation. Sie hat aber bis zuletzt an meiner Seite gestanden und hat das mit durchgezogen. Sie war mit Sicherheit nicht mit allem einverstanden, wie das in jeder Ehe ist. Aber sie war immer an meiner Seite. [...]

Ein ganz wichtiger Einschnitt war, wenn ich so zurückdenke: Als ich anfangs verheiratet war, hatten wir noch kein Lohnfortzahlungsgesetz. Man war jung verheiratet, war im Aufbau, hatte das erste Kind. Und wenn man dann mal arbeitsunfähig krank wurde, dann hatte man drei Karenztage. Dann kriegte man die ersten drei Tage kein Krankengeld. Was hat man gemacht? Man ist mit dem Kopf unterm Arm zur Arbeit gegangen. Wir hatten damals wöchentliche Löhnung. Da kann man sich vorstellen, wenn man in sieben Tagen drei Tage kein Krankengeld kriegt, was man am Wochenende rausbekommt. Deshalb ist man mit dem Kopf unterm Arm zur Arbeit gegangen. Als dann 1956 der Arbeitskampf in Schleswig-Holstein für die Lohnfortzahlung war, da waren wir natürlich mit dabei. Das war eine der größten Errungenschaften der IG Metall.“

Ingrid Henneberg – IGM-Seniorenarbeit und Rückblick auf den FDGB

„So, wie gesagt, wir sind sieben Leute als Leitung, der Seniorenarbeitskreis umfasst 45 ... 35 Leute, das ist die Leitung, die wahlberechtigt ist.

So, wir haben zehn Mandate in der Delegiertenkonferenz, kranken zur Zeit noch an der

Gerd Bohling
schwenkt die
IG Metall-Fahne
zum 1. Mai

Ingrid Henneberg (Mitte) mit dem Senior(inn)en-Arbeitskreis auf der Demo gegen den Irakkrieg in Berlin 1996



Ingrid Henneberg und die AG-Mitgliederbetreuung in der Schorfheide 2002



Frauenquote, weil nämlich da auch nichts gemacht wird. Wir haben jetzt der zweiten Bevollmächtigten gesagt. ‚Wir wünschen, dass eine vernünftige Frauenversammlung organisiert wird. Dann wollen wir mal gucken, wir helfen mit, dann wollen wir mal gucken, ob wir hier nicht Frauen als Kandidaten finden. Dann werden wir ihnen mal ein bisschen was erzählen.‘ Na, wir haben Probleme, die haben Probleme und wir müssen unsere 30 Prozent von unserem Anteil ja auch bringen und wir sind alt, nicht? [...] Wir haben einen Delegierten zum Gewerkschaftstag, wir haben als Senioren einen Delegierten, der ist auch Mitglied des Ortsvorstandes. Ich bin nach zwölf Jahren Ortsvorstand ausgeschieden, persönlich. Ich habe gesagt: ‚Ich bin alt genug, jetzt kommt ein anderer mal.‘ [...] Ja, Du willst da ja nun nicht deinen Lebensabend verbringen im Ortsvorstand, nicht? So. Nachdem sie sich nun mal daran gewöhnt hatten, dass einer da von den

Senioren dabei war, dann ist es beim zweiten Mal schon nicht mehr schlimm und beim dritten Mal gab es gar keine Probleme mehr [...].

So, was machen wir noch? Ja, wie gesagt, fünf thematische Mitgliederversammlungen, Referenten werben ohne eine Mark, nur mit Freundlichkeit und Bitten. Hat immer bis jetzt geklappt, zwei hatten wir schon, im Juni ist die dritte. Thematische Mitgliederversammlungen machen wir, auch politische Themen, wir haben Tarife gemacht, Tarifentwicklung, wir haben gemacht TTIP, solche allgemeinen Dinge machen wir dann. [...]

In der Bundesrepublik war die Gewerkschaft eine Notwendigkeit, wenn es um Geld ging, um Tarife usw. Das war in der DDR nicht nötig. Das war anders geregelt. Aber wir haben eben begriffen: erstens, Solidarität, Solidarität auch mit anderen Ländern. [...] Ich habe nicht bloß Beitrag bezahlt, ich habe jeden Monat so und so viel Geld ausgegeben als Solidarität für andere Länder. Das war eine Selbstverständlichkeit, Soli-Marken zu kleben. Die Gewerkschaft ist eben eine Gemeinschaft. In der DDR hatte sie diesen Kampf um Löhne und Tarife nicht. Also hat sie sich mehr oder weniger ein anderes Betätigungsfeld gesucht.“

Gerhard Küther – Bildungsarbeit war mein Ding

„Das war ein mitbestimmter Betrieb, Stahlindustrie, da war die Gewerkschaftsarbeit noch in vollem Umfang möglich. Ich gehe sogar so weit und behaupte, eigentlich hat die Gewerkschaftsarbeit oder die Interessenvertretungsarbeit der gewerkschaftliche Vertrauenskörper gemacht. Wir hatten damals 564 Vertrauensleute, aufgeteilt auf dieses Werk mit 12.000 Beschäftigten in 17 oder 18 Bereichen. Da konnte man Gewerkschaftsarbeit so machen, wie man



Gerhard Küther im Stand der IG Metall-Ludwigshafen 1987



Jubilarehrung 2014 (rechts: Gerhard Küther)

gedacht hat. So kann es funktionieren, so können wir unsere Lebens- und Arbeitsverhältnisse endlich verbessern. Der Betriebsrat hat sich an der Diskussion und an den Ergebnissen der Diskussion der Vertrauensleute orientiert und gesagt: Gut, ihr habt das bei euch so diskutiert im Vertrauenskörper in diesem Bereich, wir versuchen das, was ihr an Änderungsvorschlägen einbringt, zu machen. [...]

Ich habe ja eingangs schon gesagt, dass das so wieso mein Hauptaugenmerk war. Bildungsarbeit war mein Ding. Da kam ich her. Für mich war das das A und O der Gewerkschaftsarbeit. Gute Bildungsarbeit – gute Gewerkschaftsarbeit, schlechte Bildungsarbeit – das kannst du jetzt fortsetzen. Gute Bildungsarbeit – gute Betriebsratsarbeit ... Bei den Betriebsräten hatte ich damals noch nicht so das große Los gezogen. Die habe ich mit meiner vielen Bildungsarbeit, meinen Angeboten und Regeln

manchmal auch ein bisschen, ich will nicht sagen verärgert, aber sie sind der Sache nicht so gefolgt. Aber bei der Jugend. Ich habe mir gesagt, das kannst du nicht alleine schaffen, du musst hier einen Referentenarbeitskreis machen. Das war ganz schwierig am Anfang. Ich habe die wichtigsten Betriebsräte von den vier wichtigsten Betrieben zusammengeholt, habe versucht, das mit denen zu besprechen und von ihnen die Zustimmung dazu erhalten: Ja, das machen wir, wir machen einen Referentenarbeitskreis. Und dann haben wir die Bildungsarbeit mit den Referenten gemacht. Das hat lange gedauert, mindestens ein, zwei Jahre, bis das einigermaßen stand.

Ich habe dann am intensivsten die Jugendbildungsarbeit gemacht. [...] Über 40 Wochenendseminare in einem Jahr. Es war jedes Wochenende, mit wenigen Ausnahmen oder Urlaub – Urlaub hat man ja früher auch nicht so oft gemacht – mit Bildungsarbeit belegt. Das muss ich wirklich sagen, sehr zu Lasten meiner Familie. [...] Das würde heute keiner mehr so machen – auch ich würde das heute nicht mehr machen.

Aber Bildungsarbeit, besonders die für die Jugend- und Auszubildendenvertretungen, die Betriebsräteschulung auf Wochenendseminarbasis war sehr effektiv. Denn es war hautnah. Ich hatte auch immer den direkten Erfolg und die Kontrolle: Tut es gut oder tut es nicht gut? Es hat gut getan. So viele Handwerksbetriebe wie diese Verwaltungsstelle hatten andere nicht. Es waren 15 oder 16 Handwerksbetriebe, die ich betreut habe. Da war vorher gar nichts. Jugend- und Auszubildendenvertretungen, damals hießen sie noch Jugendvertretung, auch so um die 20. Und die haben alle ihre Arbeit gut gemacht. In den Betrieben – und das ist jetzt das Wesentliche – die heute noch gut funktionieren, auch gerade das PFW-Werk in Speyer, da sind Leute in der vorderen Front, die unter

meiner Regie Jugendarbeit gemacht haben. Das freut mich in einem besonderen Maße. Das sag ich auch jedem, der das wissen will. Alle meiner Kumpels, die haben bei mir angefangen, das ABC zu lernen. Das hält mich heute auch noch so fit, dass ich das sehen darf. [...]“

Frage: Wie kam das denn, dass die Bildungsarbeit für dich so wichtig wurde? Gibt es da Schlüssel-erlebnisse?

„Das Schlüsselerlebnis hatte ich in dem Betrieb, in dem ich meine Ausbildung begonnen habe. Ich bin als Jugendsprecher gewählt worden und habe an einem Seminar der IG Chemie in Hattingen in der Hans-Böckler-Schule teilgenommen. Und dieses Seminar war so toll, dass ich gesagt habe, das will ich auch machen. Das war da eigentlich schon gebongt. Es war damals nicht zu erkennen, dass ich das jemals hauptamtlich machen würde. Ich wollte die gewerkschaftliche Bildungsarbeit für mich erst einmal genießen, sehr umfassend genießen, und dann weitergeben, sie weitertragen, dahin, wo sie hingehört.“

Frage: Das hört sich nach Kraft schöpfen an, aber auch nach Erholung, weil du gerade „genießen“ gesagt hast ...

„Das hat es auch. Ich hätte das, so wie ich die Bildungsarbeit betrieben habe, nicht machen können, wenn ich daran nicht meine riesige Freude gehabt hätte. Wenn ich das als Arbeit, als Last betrachtet hätte, dann hätte das nicht funktioniert. Aber es hat keiner zu mir gesagt, du musst das jetzt machen, dafür wirst du bezahlt. Nee. All meine älteren Kollegen, auch die, mit denen ich das Buch geschrieben habe, von dem ich gerade erzählt habe, und besonders der Willi, der hat jedesmal gesagt: Gerd, dein Karren ist zu voll. Du musst was runter nehmen, das geht nicht, du brichst zusammen oder deine Familie bricht auseinander.“



Und das muss ich natürlich sagen: Meine Frau hat mir alle Steigbügel gehalten, die man sich vorstellen kann. Wenn die nicht so tapfer gewesen wäre, den Haushalt alleine geschmissen hätte, denn ich war so gut wie nicht da, dann wäre das gar nicht gegangen. Und wenn ich mir immer hätte vorhalten müssen: Eigentlich möchtest du es machen, aber eigentlich geht es nicht – unter diesem Zwiespalt hätte ich wahrscheinlich auch irgendwann einmal die Lust verloren. Aber ich hatte freie Fahrt auf allen Straßen. Meine Bildungsarbeit habe ich gestaltet und sie mit denen gemeinsam gemacht, mit denen ich Spaß hatte. Doch, das war ein tolles Erlebnis.“

Das Ehepaar Küther
1989

Anhang

Zu den Autorinnen und Autoren

Chaja Boebel

geb. 1966, Historikerin mit den Schwerpunkten Geschichte der Arbeiterbewegung, jüdische und osteuropäische Geschichte; seit 1993 in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und in verschiedenen geschichtspolitischen Projekten tätig; seit 2005 Bildungsreferentin im Bildungszentrum der IGM Berlin.

Albert Fußmann

geb. 1953, Diplompädagoge und Schreiner. Zunächst tätig als Handwerker, dann in der Offenen Jugendarbeit; zehn Jahre Leitung eines Jugendzentrums mit jugendkulturellem Schwerpunkt in Trier. Seit 1998 Direktor des Instituts für Jugendarbeit, dem Fortbildungszentrum des Bayerischen Jugendrings, Schwerpunkte Kulturelle Bildung und Medienpädagogik.

Holger Gorr

geb. 1961, studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Volkswirtschaftslehre sowie Arbeits- und Sozialrecht. Seit 2006 Angestellter beim Vorstand der IG Metall. Seit 1990 verantwortliche Durchführung von regionalen und überregionalen Geschichtsprojekten der IG Metall. Zwischen 1994 und 2006 sowie seit 2012 Mitarbeit bei der Entschädigung von NS-Unrecht an Gewerkschaften und weiteren Organisationen der Arbeiterbewegung.

Christian Hall

geb. 1982, 2003 bis 2008 Studium der Geschichte, Klassischen Archäologie und Politikwissenschaft an der Universität Rostock, 2008 Magister Artium, 2009/10 Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Universitätsgeschichte der Universität Rostock, seit 2011 freiberuflicher Historiker mit den Forschungsschwerpunkten Gewerkschafts-

geschichte, Oral-History und Geschichte der SBZ/DDR.

Karl Lauschke

geb. 1950, Historiker, arbeitet derzeit am Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum an einem Forschungsprojekt zur betrieblichen Interessenvertretung in der bundesdeutschen Eisen- und Stahlindustrie.

Stefan Müller

geb. 1966, Historiker mit den Schwerpunkten Geschichte der Arbeit und der Arbeiterbewegung, transnationale Zeitgeschichte, Kartographiegeschichte und Oral History; seit 1995 ehrenamtlich in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit; arbeitet nach Promotion und Tätigkeiten als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Berlin und Essen seit 2013 im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Ulrike Obermayr

geb. 1967, M.A. Europäische Ethnologie, seit 1999 bei der IG Metall beschäftigt und seit 2008 Funktionsbereichsleitung Gewerkschaftliche Bildungsarbeit beim Vorstand der IG Metall.

Christian Raabe

geb. 1934, Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt. Kurz nach seinem Examen trat er in die Kanzlei von Henry Ormond ein. Im ersten Frankfurter Auschwitzprozess wurde er so Vertreter der Nebenklage.

Witich Roßmann

geb. 1951, 1979 bis 1985 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Marburg, 1984 Referent bei Streikveranstaltungen zur 35-Stundenwoche,

1986 Promotion („Vergesellschaftung, Krise und gewerkschaftliche Gegenmacht. Studien zu Strukturveränderungen in den industriellen Beziehungen“), seit 2008 Erster Bevollmächtigter der IG Metall-Köln-Leverkusen für die Arbeitsbereiche „Betriebsberatung, Tarifpolitik, und Angestelltenarbeit“.



„Vom Erinnern an den Anfang“ möchte interessierte Mitglieder der IG Metall über den gewerkschaftlichen Wiederaufbau, die Gewerkschaftspolitik in der jungen Bundesrepublik und der DDR sowie über die Diskussionen informieren, die nach 1945 in der IG Metall über den nationalsozialistischen Terror, die Verfolgung und den Krieg geführt wurden.

Neben Überblicksbeiträgen dokumentiert dieses Buch Auszüge aus Gesprächen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die als junge Erwachsene in den 1940er und 1950er Jahren ihr betriebliches oder gewerkschaftliches Engagement in West und Ost begonnen haben.

IGM-Produktnummer: 33409-59964

ISBN 978-3-941310-46-9



9 783941 310469

www.buechner-verlag.de